

Empowerment, Selbstbestimmung, Teilhabe

Politische Begriffe und ihre Bedeutung für die inklusive politische Bildung

Die politische Dimension von Empowerment, Selbstbestimmung und Teilhabe

Empowerment, Selbstbestimmung und Teilhabe sind ursprünglich politisch konnotierte Begriffe. Teilhabe etwa wird im politischen Kontext zumeist als »politische Teilhabe« oder »politische Partizipation« verstanden, Selbstbestimmung wird eng verknüpft mit Artikel 2 des Grundgesetzes – dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit. Alle drei Begriffe sind in Zusammenhang mit den Ansprüchen und den Befreiungsbemühungen marginalisierter Gruppen und Minderheiten entstanden und haben von dort aus die Zielsetzungen pädagogischer, insbesondere sonderpädagogischer Arbeit beeinflusst, wo sie auch als Leitprinzipien für die Umsetzung von Inklusion unverzichtbar geworden sind. Der politische Ursprung und die politische Dimension, die diesen Begriffen innewohnen, dürfen jedoch nicht aus dem Blick geraten.

Das Leitprinzip des Empowerment

Das Empowerment-Konzept stammt aus den USA, wo es seit den 1950er-Jahren untrennbar mit den Bürgerrechtsbewegungen verbunden ist. Außerdem stehen die Anfänge des Empowerment in der Tradition der Befreiungsbewegungen in den Ländern der »Dritten Welt« (vgl. Herriger 2014: 1). Kennzeichnend für diese Bewegungen, z. B. die schwarze Bürgerrechtsbewegung und die Frauenbewegung, ist die Erfahrung der Diskriminierung und der Vorenthaltung von Bürgerrechten, von gesellschaftlicher Ohnmacht und mangelnder Wertschätzung (vgl. Lindmeier/Lindmeier 2012). In ihrem Einsatz für gleiche Rechte erfuhren sowohl die einzelnen Protagonistinnen und Protagonisten als auch die Bürgerrechtsbewegungen

als Ganze eine Stärkung, die als »Empowerment« bezeichnet wird. Der Begriff, der häufig als »Selbstermächtigung« ins Deutsche übersetzt wird, drückt die Erfahrung aus, dass durch gemeinsames politisches Handeln Kräfte freigesetzt werden, welche die ehemals ohnmächtigen und marginalisierten Personen und Gruppen handlungsfähig und »mächtig« werden lassen (vgl. ebd.: 160 ff.). Aus diesen politischen Initiativen betroffener Menschen heraus hat der Begriff des Empowerment dann in den 1990er-Jahren Eingang in die Pädagogik gefunden und wurde zum »Signum einer professionellen psychosozialen Arbeit, die Prozesse der (Wieder-)Aneignung von Selbstgestaltungskräften anregend, unterstützend und fördernd begleitet« (Herriger 2014: 1).

Die sozialen Bewegungen der 1960er- und 1970er-Jahre, wie die Bürgerrechts- oder Frauenbewegungen, wurden auch wegweisend für die Selbsthilfebewegungen bzw. -vereine von behinderten Menschen. So entstanden, ebenfalls in den 1960er-Jahren, in den USA die Independent-living-Bewegung von Menschen mit körperlicher Beeinträchtigung, in Deutschland in den 1970er-Jahren die deutsche Selbstbestimmt-Leben-Bewegung und in den 2000er-Jahren der Verein Mensch zuerst – Netzwerk People First Deutschland e. V. von und für Menschen mit Lernschwierigkeiten. Für die Pädagogik bedeutete das Engagement der Selbsthilfebewegungen, die sozialpolitische Veränderungen anstrebten, ein großes Potenzial für innovative Impulse. Auch das Assistenzkonzept für behinderte Menschen, die Idee der Leichten Sprache und der Anspruch auf Inklusion wurden von Betroffenen selbst formuliert, häufig zunächst gegen den Widerstand von Pädagoginnen und Pädagogen.

Nach der Übernahme des Empowerment-Konzepts in die pädagogische Arbeit kam es zu einer schwerwiegenden Verschiebung der Begriffsbedeutung: Nicht mehr die eigene politische Arbeit selbst sollte die Betroffenen stärken, sondern zielgeleitetes pädagogisches Bemühen. Dieses veränderte, pädagogisierte Verständnis lässt sich an Georg Theunissens Systematisierung unterschiedlicher Zugänge zu Empowerment für die pädagogische Profession ablesen. Empowerment zielt demnach

1. »auf eine Lebenskraft und Stärke, die von der Person und ihren individuellen Ressourcen ausgeht;
2. auf einen Zusammenschluss von marginalisierten Menschen in schwierigen Lebenslagen, die ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen, sich dabei ihrer Macht und Potenziale (»gemeinsam sind wir stark«) bewusst sind und sich in eigener Regie Wissen und Fähigkeiten aneignen;
3. auf die Thematisierung sozialer Benachteiligung, Diskriminierung und ungleicher Machtverhältnisse, die es durch Nutzung kollektiver Widerstandskraft und politische Aktionen zu überwinden gilt;

4. auf die professionelle Aufgabe, Menschen in gesellschaftlich marginaler Position in ihrer Lebenskraft zu »stärken«, zu einer Selbstvertretung zu befähigen, um ihnen in schwierigen Lebenslagen assistierend beiseitezustehen« (Theunissen 2016: 114).

Der von Theunissen formulierte vierte Punkt macht deutlich, warum die Pädagogik das Empowerment-Konzept als bedeutsam für eine anders verstandene psychosoziale Arbeit und Behindertenhilfe betrachtete: Sie sah darin eine Möglichkeit, die bisherigen bevormundenden Strukturen überwinden zu können.

Die Frage, ob und in welcher Weise Empowerment durch pädagogische Fachkräfte angeregt und unterstützt werden kann, ist von zentraler Bedeutung für die Gestaltung von Unterstützungsleistungen, die Hilfe zur Selbsthilfe bieten und ein möglichst hohes Maß an Selbstbestimmung ermöglichen sollen. In der Sozialpädagogik wird das Dilemma von Hilfe und Abhängigkeit als zentrales Grunddilemma, d. h. als nicht lösbares Problem fachlichen Handelns, angesehen (vgl. Schütze 2000). Es liegt darin, dass als nicht intendierte Folge von Hilfe eben nicht das intendierte Empowerment, sondern vielmehr eine gesteigerte Abhängigkeit von Hilfe entsteht.

Wesentlich ist der dialektische Grundgedanke des Empowerment-Konzepts: Menschen sind in der Regel in der Lage, ihr Leben ohne organisierte soziale Unterstützung zu gestalten. In sozial randständigen Lebenslagen wird diese Fähigkeit jedoch durch mangelnde Gestaltungsspielräume beeinträchtigt oder kann sich nicht entwickeln. Psychosoziale Hilfen, die zur Unterstützung von Menschen in Bedarfslagen entwickelt werden, unterstützen diese Menschen zwar, nehmen ihnen aber zugleich ihre Autonomie, machen sie abhängig und verstärken damit ihre Hilfsbedürftigkeit (vgl. Rappaport 1985). Die Intention des Empowerment-Konzepts ist es hingegen, Menschen so zu unterstützen und zur Selbsthilfe anzuregen, dass sie *power* (Macht, Kraft) gewinnen und unabhängiger von Unterstützung werden.

Die dialektische Grundorientierung des Empowerment-Konzepts geht daher von einem Spannungsverhältnis zwischen Selbst- und Fremdbestimmung, Autonomie und Abhängigkeit aus. Individuen wie auch Gruppen in benachteiligten Situationen sollen mittels ihrer eigenen Stärken und auf der Grundlage gleicher Rechte ihr Leben »in die eigene Hand nehmen« können. Empowerment wendet sich also gegen paternalistische, bevormundende Hilfe in einem wohlfahrtsstaatlichen »Bedürftigkeits- und Abhängigkeitsmodell«, ohne die Angewiesenheit auf Unterstützung in diesem Prozess auszublenden. Um ihre Rechte und Pflichten wahrnehmen zu können, benötigen benachteiligte Menschen auch bedarfsgerechte Ressourcen, die staatlich gewährleistet werden müssen. Behinderten und benachteiligten Menschen mehr Kontrolle über ihr eigenes Leben zu

ermöglichen, darf nicht dazu führen, deren Bedürfnisse nach Hilfe zu vernachlässigen (vgl. Lindmeier 2008).

Damit Hilfe nicht zu Bevormundung und Abhängigkeit führt, ist politisches Engagement hinsichtlich der Veränderung und Mitgestaltung des Hilfesystems (z. B. durch Selbsthilfegruppen) von hohem Stellenwert, das zur Befähigung der Betroffenen und zur öffentlichen Sichtbarkeit führt. Prozesse, die Bevormundung und Abhängigkeit verringern und zur Selbstermächtigung beitragen, kurz Empowerment-Prozesse, können sich nicht nur auf individueller Ebene, sondern auch auf Gruppen- und (gesamt-) gesellschaftlicher Ebene entwickeln. Empowerment-Prozesse auf den unterschiedlichen Ebenen dürfen nicht als getrennt und unabhängig voneinander betrachtet werden (vgl. Weiß 1999). Die Wirkung dieser Prozesse liegt vielmehr gerade in der wechselseitigen Abhängigkeit und in der Integration von Veränderung auf allen drei Ebenen.

Nach Prilleltensky (1994) können folgende Bezugswerte als Wertebasis von Empowerment benannt werden:

1. Autonomie und Selbstbestimmung: Autonomie und Selbstbestimmung zielen nicht auf ein von Bindungen freies »Ich-Projekt«, wie es vielfach missverstanden worden ist, sondern auf die Wiedererlangung von Gestaltungsspielräumen im eigenen Leben (Kontrollbewusstsein in Bezug auf die Gestaltung des eigenen Lebens, Selbstrespekt).
2. Verteilungsgerechtigkeit: Eine faire Verteilung von Ressourcen und Lasten in einer Gesellschaft bedarf immer wieder der kritischen Überprüfung. Dieser Punkt weist besonders deutlich auf die politische Dimension des Empowerment-Konzepts hin.
3. Kollaborative und demokratische Partizipation: Diejenigen Menschen, die von einer Entscheidung betroffen sind, sollen auch in die Entscheidungsfindung eingebunden sein.

Während das Leitprinzip des Empowerment mit dieser Wertebasis eine deutlich politik- und gesellschaftsbezogene Dimension hat (vgl. auch den Beitrag von Clara Mansfeld im vorliegenden Band), ist das nachfolgend dargestellte, vor allem in der Sonderpädagogik etablierte Leitprinzip der Selbstbestimmung stärker auf die Individualität und Freiheit der einzelnen Person und auf die Autonomieentwicklung bezogen.

Das Leitprinzip der Selbstbestimmung

Der Begriff der Selbstbestimmung ist im politischen Kontext wesentlich mit Artikel 2 des Grundgesetzes verknüpft, der das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit garantiert. Öffentlich diskutiert werden in diesem

Zusammenhang beispielsweise das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung, das Recht auf körperliche Unversehrtheit, letzteres vor allem im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt, und neuerdings das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, also das Recht, darüber zu bestimmen, ob und wie die eigenen Daten verwendet oder weitergegeben werden.

In Deutschland wurde der Einfluss des Prinzips der Selbstbestimmung auf die pädagogische und insbesondere die sonderpädagogische Fachdiskussion maßgeblich durch einen Kongress der Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V. zu diesem Thema gestärkt, der 1994 in Duisburg stattfand (vgl. BVLH 1996). Die Bundesvereinigung Lebenshilfe ist zugleich eine Selbsthilfevereinigung, ein Eltern-, Fach- und Trägerverband für Menschen mit insbesondere geistiger Behinderung und ihre Familien und damit auch eine von Betroffenen initiierte Vereinigung (vgl. Lindmeier/Lindmeier 2012: 157).

Zum ersten Mal aufgegriffen von einer politischen Bewegung von Menschen mit Behinderung wurde das Prinzip der Selbstbestimmung bereits Jahrzehnte zuvor in der internationalen Independent-Living-Bewegung, die in den 1960er-Jahren in den USA ihren Anfang nahm. Menschen mit Körperbehinderung erstritten die Erlaubnis, trotz umfangreicher Beeinträchtigungen auf dem Campus einer Universität zu leben und zu studieren. 1972 wurde im kalifornischen Berkeley das erste Zentrum für ein selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen (Center for Independent Living) gegründet, zu dessen Leistungen das *Peer Counseling* gehörte, d. h. die Beratung von behinderten Menschen durch behinderte Menschen als Expertinnen und Experten in eigener Sache. Die Verabschiedung eines Antidiskriminierungsgesetzes 1973, das behinderten Menschen weitreichenden Schutz vor Diskriminierung und Benachteiligung in allen staatlich finanzierten Projekten bot (Rehabilitation Act 504), stellte die Weichen dafür, behindernde Lebensbedingungen bekämpfen zu können, und gilt als Meilenstein der Bestrebungen der Independent-Living-Bewegung in den USA (vgl. Miles-Paul 1992).

In der Bundesrepublik Deutschland formierte sich eine politisch motivierte Bewegung körperbehinderter Menschen im Verlauf der 1970er-Jahre; sie fand 1981 in Dortmund einen ersten Höhepunkt im »Krüppeltribunal«. Das Krüppeltribunal war eine Protestaktion gegen das »Internationale Jahr der Behinderten« in Westdeutschland, das weitgehend unter Ausschluss behinderter Menschen stattfand. Angeklagt waren Menschenrechtsverletzungen in Heimen, Werkstätten für Behinderte und Psychiatrien sowie Missstände im öffentlichen Personennahverkehr und mangelnde Barrierefreiheit. Selbsthilfegruppen und einzelne behinderte Aktivistinnen und Aktivisten wurden durch diese und nachfolgende Aktionen erstmals als Handelnde wahrgenommen, die keiner Vertretung durch Wohlfahrtsver-

bände bedurften und diese als bevormundend ablehnten. 1986 wurde das erste Zentrum für Selbstbestimmtes Leben in Bremen gegründet. Heute gibt es in den meisten Bundesländern Zentren für Selbstbestimmtes Leben, wobei die Zahl der Zentren und somit ihre Erreichbarkeit angesichts eingeschränkter Mobilität sehr unterschiedlich ist.

Selbstbestimmt leben impliziert »die Kontrolle über das eigene Leben [...]«. Dies umfasst die Regelung der eigenen Angelegenheiten, die Teilnahme am täglichen Leben in der Gemeinde, die Ausübung einer Reihe von sozialen Rollen, das Treffen von Entscheidungen, die zur Selbstbestimmung führen und die Minimierung von physischen und psychischen Abhängigkeiten von Anderen« (Frieden u. a. 1979, zit. n. Miles-Paul 1992: 19 ff.). Ziel der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung war und ist bis heute, dass die »Regiekompetenz« für das eigene Leben und die benötigte Assistenz bei den Assistenznehmerinnen und -nehmern liegen soll(te). Das Vorhandensein von Unterstützungs- bzw. Assistenzbedarf soll(te) also nicht länger dazu führen, dass andere – Leistungsträger, ausführende Personen – bestimmten, welche Unterstützung wie geleistet würde.

Ottmar Miles-Paul und Uwe Frehse (1994) fassen die Forderungen der deutschen Selbstbestimmt-Leben-Bewegung unter folgenden Punkten zusammen:

- Durch Gleichstellung und Schutz vor Diskriminierung soll erreicht werden, dass anstelle der Anpassung behinderter Menschen an ihre Umwelt die Anpassung der Umwelt an die Bedürfnisse der behinderten Menschen geschieht.
- Entmedizinisierung und gesundheitliche Selbstverantwortung sollen dem Bild körperbehinderter Menschen als unmündige, pflegebedürftige Kranke entgegenwirken, das aus der Dominanz medizinischer Normen resultiert.
- Integration soll die Sondereinrichtungen am Rande der Gesellschaft auflösen.
- In den Interessenvertretungen behinderter Menschen sollen nicht behinderte Menschen ausschließlich als Fördermitglieder vertreten sein, nur behinderte Menschen sollen ein Stimmrecht besitzen und wichtige Positionen innehaben, sodass die Bevormundung behinderter Menschen durch diese Institutionen beendet wird.
- Die Unterstützungsangebote sollen ebenfalls von den behinderten Menschen selbst kontrolliert werden. Dies kann durch persönliche Assistenz nach dem Arbeitgebermodell oder durch die Organisation und Leitung ambulanter Dienste durch körperbehinderte Menschen selbst oder eine starke Kundenvertretung als Kontrollgremium eines ambulanten Dienstes geschehen (vgl. auch Lindmeier/Lindmeier 2000).

Das Leitprinzip der Selbstbestimmung verändert vor allem das professionelle Arbeitsbündnis und das Beziehungsgefüge zwischen Fachleuten und Menschen in marginalisierten Lebenslagen (vgl. Rock 2001). Als neue Rolle der Fachkräfte werden Assistenz und Begleitung anstelle von »befürsorgungen« (Wortschöpfung aus Bevormundung und Fürsorge) Betreuung gefordert. Das *Peer Counseling*, die Beratung durch gleich Betroffene, die in den Zentren für Selbstbestimmtes Leben erfolgt, unterstützt Menschen mit Behinderung in diesem Prozess (vgl. Mürner/Sierck 2012). *Peer Counselor* absolvieren eine Ausbildung, in der neben der Vermittlung von Beratungskompetenzen auch die Auseinandersetzung mit der eigenen Behinderung und den damit verbundenen Erfahrungen thematisiert wird.

Ihre Unterstützung durch Assistenz im Sinne eines selbstbestimmten Lebens können behinderte Menschen selbst organisieren, indem sie selbst als Arbeitgeber fungieren, d. h. ihre Assistenzkräfte beschäftigen, sie einstellen, einweisen und die »Regiekompetenz« ausüben. Auch hier leisten die Zentren für Selbstbestimmtes Leben Hilfestellung, indem sie zu rechtlichen und praktischen Fragen beraten, informieren und Fortbildungen anbieten (vgl. Mobile – Selbstbestimmt leben Behinderter e. V. 2001). Es ist trotzdem noch immer ein kleinerer Teil der Menschen mit einer körperlichen Beeinträchtigung und hohem Assistenzbedarf, der diese Persönliche Assistenz nach dem Arbeitgebermodell organisiert. Die Hürden sind hoch, insbesondere, wenn ein Mensch mit Behinderung zuvor in abhängig machenden, voll versorgenden Heimstrukturen gelebt hat: Die Angst, was passiert, wenn eine Assistentin oder ein Assistent erkrankt oder kündigt und nicht rechtzeitig Ersatz gefunden werden kann, Schwierigkeiten bei der Ausübung der Arbeitgeberfunktion, die Notwendigkeit, eine Assistenz in angemessenem Umfang eventuell vor Gericht vertreten zu müssen, all das schreckt viele Betroffene ab. *Peer Counselor* fungieren daher auch als »Mutmacher« und positive Rollenvorbilder, ein Modell, das insgesamt auch für die Einbeziehung Betroffener in Beratungs- und auch in pädagogische Prozesse übernommen werden könnte. Viele positive Beispiele aus dem Bereich körper- und sinnesbehinderter Menschen zeigen, dass der Gewinn an individueller Gestaltungsfreiheit bei diesem Modell sehr hoch ist. Eine Alternative ist die Inanspruchnahme ambulanter Dienste, die Assistenz im eigenen Wohnraum leisten und ebenfalls dem Assistenzmodell verpflichtet sind. Hier sind allerdings die Möglichkeiten, selbstbestimmt die Assistenz zu organisieren, gegenüber dem Arbeitgebermodell eingeschränkt.

Selbstbestimmung ist auch bei schwerer und mehrfacher Behinderung möglich, denn auch bei extremer Einschränkung der Handlungskompetenz ist Entscheidungs- oder Regiekompetenz möglich. Die Wünsche

und Bedürfnisse schwer und mehrfach behinderter Menschen können sich auch in leiblichen Ausdrucksformen artikulieren (Laut- und Geräuschproduktion, Bewegungsdrang, Selbst- oder Fremdaggression, Ausscheidung usw.). Diese Ausdrucksformen als Akte der Selbstbestimmung zu erkennen, erfordert ein Umdenken hinsichtlich unserer Auffassung von Behinderung. In diesem Fall besteht eine Aufgabe der Assistenz darin, diese Äußerungen zu interpretieren und schwer und mehrfach behinderten Menschen dadurch Handlungsmöglichkeiten anzubieten, auch wenn die Regiekompetenz von ihnen nicht ohne Weiteres wahrgenommen werden kann. Zielsetzung ist auch hier die Auflösung von Machtstrukturen, um den Alltag nicht länger *für*, sondern *mit* behinderten Menschen zu gestalten, indem ihre Wünsche und Bedürfnisse zum Orientierungspunkt des (pädagogischen) Handelns werden.

In der Arbeit mit Menschen mit einer kognitiven Beeinträchtigung wird Selbstbestimmung international unter fünf Gesichtspunkten diskutiert (vgl. Lindmeier/Lindmeier 2003), die im Folgenden aufgeführt sind.

1. »Selbstbestimmung ist ein Bündel von Fähigkeiten und Fertigkeiten bzw. Kompetenzen, die gelernt werden können – und gelehrt werden müssen; das Erlernen von selbstbestimmtem Entscheiden und Handeln ist bereits eine Aufgabe der Schule.
2. Selbstbestimmung ist ein innerer Antrieb zu autonomem, selbstgesteuertem und selbstbewusstem Verhalten (im Sinne von »Empowerment« und »sich seiner selbst bewusst sein«); als innerer Antrieb ist es auch auf vorsprachlichem Niveau vorhanden und deutbar.
3. Selbstbestimmung ist eine Form menschlicher Selbstgestaltung, die sich nur im Rahmen kommunikativer und sozialer Beziehungen vollzieht. Intentionale Kommunikation kann als eine grundlegende Form von Selbstbestimmung angesehen werden, entsprechend großer Wert muss auf die Kommunikationsangebote (Signale) nicht sprechender Menschen gelegt werden. Zudem ist das Leben aller Menschen durch gegenseitige Abhängigkeit, durch Interdependenz zwischen sich nahestehenden Menschen, gekennzeichnet. Die soziale Komponente der Selbstbestimmung besteht daher in der Unterstützung von Beziehungen.
4. Selbstbestimmung ist ein politisches Recht, ein Bürgerrecht, das jedem Menschen unabhängig von Art und Ausprägung seiner Behinderung zusteht.
5. Selbstbestimmung impliziert eine Aufforderung zur Veränderung des Systems der Hilfen für Menschen mit geistiger Behinderung« (Lindmeier/Lindmeier 2012: 160).

Ein mehrdimensionaler Blick auf politische Teilhabe

Im Kontext der politischen Bildung spielt der Teilhabebegriff eine herausgehobene Rolle, wie der vorausgehende Beitrag von Jugel/Hölzel/Besand zeigt, der politische Teilhabe marginalisierter Gruppen als Ziel politischer Bildung erörtert, und auch der Beitrag von Bertelmann/Düber/Rohrmann in diesem Band, der politische Teilhabemöglichkeiten marginalisierter Gruppen exemplarisch darstellt.

Politische Teilhabe, häufig auch politische Partizipation genannt, bezeichnet »die aktive Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen bei der Erledigung der gemeinsamen (politischen) Angelegenheiten« (Schubert/Klein 2016: o.S.). Speziell meint politische Teilhabe die Beteiligung an der politischen Willensbildung, insbesondere an Wahlen und Referenden (vgl. ebd.), aber auch an politischen Beiräten und anderen Formen der politischen Mitbestimmung, wie etwa Demonstrationen oder Bürgerinitiativen, in Verbänden und Vereinen, oder als gewählte Vertreterin oder gewählter Vertreter in den kommunalen und Landesparlamenten oder im Bundestag.

Die Frage des Rechts der politischen Teilhabe ist ein dynamisches Element historischer Prozesse. Über einen langen Zeitraum war in Europa politische Teilhabe männlichen Adligen oder reichen Bürgern vorbehalten. In Deutschland z.B. wurde erst 1918 durch die Einführung des allgemeinen aktiven und passiven Wahlrechts für Frauen deren Teilhabe an politischen Entscheidungen ermöglicht. Bis 2019 waren auch bestimmte andere Personengruppen vom Wahlrecht ausgeschlossen. Es handelte sich um Menschen, die nicht nur in einzelnen Aufgabenkreisen, sondern in »allen ihren Angelegenheiten« eine gesetzliche Betreuung hatten (gemäß § 13 Nr. 2 BWahlG), sowie um Menschen, die nach Straftaten wegen Schuldunfähigkeit in einem psychiatrischen Krankenhaus untergebracht wurden (gemäß § 13 Nr. 3 BWahlG). Diese Regelungen im Bundeswahlgesetz wurden allerdings in der pauschalen, gruppenbezogenen Form am 29. Januar 2019 vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt, da sie weder mit dem Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl (gemäß Art. 38 Abs. 1 Satz GG) noch mit dem Verbot der Benachteiligung wegen einer Behinderung (gemäß Art. 3 Abs. 3 Satz 2 GG) vereinbar sind (BVerfG 2019: Rn. 83 ff. und 112 ff.). Zuvor hatte sich bereits das Ministerkomitee des Europarats, ein Forum für Debatten über allgemeine europäische Fragen, jedoch keine Institution der Europäischen Union, nach Inkrafttreten der *UN-Behindertenrechtskonvention* (UN-BRK) in seiner Empfehlung vom 16. November 2011 (CM/Rec [2011] 14) rigoros gegen eine Einschränkung des passiven und aktiven Wahlrechts aufgrund einer geistigen Behinderung

bzw. fehlenden Handlungsfähigkeit ausgesprochen (BMAS 2016: 168). Das Ministerkomitee folgte damit dem Artikel 12 der UN-BRK, der die volle Rechts- und Handlungsfähigkeit behinderter Menschen fordert.

Das Beispiel des Frauenwahlrechts zeigt ebenso wie das des inzwischen aufgehobenen Wahlrechtsausschlusses, dass zumindest eine Zeit lang die Verweigerung politischer Teilhabe gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen auf einem gesellschaftlichen Grundkonsens basierte, obwohl dies eine diskriminierende Praxis darstellte.

Teilhabe ist aber zugleich ein soziologischer Begriff sowie ein zentraler Begriff des Sozialrechts in Deutschland, der im Sozialgesetzbuch IX (»Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen«) und im Bundesteilhabegesetz titelgebend ist. Die Aufnahme in das Sozialgesetzbuch wird nachvollziehbar, wenn Behinderung als Partizipations- bzw. Teilhabeproblem begriffen wird, was laut Michael F. Schuntermann als das angemessene Verständnis im Kontext entwickelter Gesellschaften anzusehen ist (vgl. Schuntermann 1999). Außerdem ist der Begriff in das Konzept der »Teilhabegerechtigkeit« eingegangen, das vor allem in der Bildungs- und Sozialphilosophie im angelsächsischen Raum bedeutsam ist.

Aus soziologischer Perspektive werden mit dem Begriff der Teilhabe die Fragen verhandelt, wie gesellschaftliche Zugehörigkeit hergestellt und erfahren wird und wie viel Ungleichheit eine Gesellschaft akzeptiert. Teilhabe ist als ein historisch relatives, mehrdimensionales, abgestuftes und dynamisches Konzept anzusehen, welches handelnd verwirklicht werden kann (vgl. Bartelheimer 2007: 8).

Durch seine Aufnahme in das Sozialgesetzbuch IX ist der Begriff der Teilhabe zu einem zentralen Rechtsbegriff geworden. Infolgedessen wurden auch Klärungsversuche hinsichtlich seines Bedeutungsgehalts unternommen: Aus wissenschaftlicher Sicht geht es zuerst darum, »Teilhabe« begrifflich so zu präzisieren, dass dieses Konzept der empirischen Überprüfung zugänglich wird (Teilhabeforschung). In sozialpolitischer Hinsicht geht es darum, den »unbestimmten Rechtsbegriff« Teilhabe so weit zu konkretisieren, dass ein wirksamer Rechtsanspruch daraus abgeleitet werden kann (vgl. ebd.).

In Anlehnung an die oben aufgeführten Dimensionen des Selbstbestimmungsprinzips (vgl. Lindmeier/Lindmeier 2003) unterscheidet Christian Bradl fünf Dimensionen von Teilhabe, was sich mit anderen fachwissenschaftlichen Analysen weitgehend deckt (vgl. z. B. Wansing 2005):

1. »Gesellschaftliche *Teilhabe als Menschen- und Bürgerrecht*, die bürgerrechtliche Perspektive mit dem politischen Handlungsziel, gesellschaftlich übliche Lebensstandards und Lebensqualität zu verwirklichen (Normalisierungsprinzip).

2. Teilhabe als Grundprinzip eines Systems der Behindertenhilfe, in dem behinderte Menschen als individuelle Nutzer an der *Ausgestaltung von Dienstleistungen* stärker zu beteiligen sind. [...]
3. Teilhabe als *menschliches Grundbedürfnis*, in sozialen Systemen leben zu können, in gewünschten sozialen Bezügen »dabei sein« und »mitmachen« zu können, nicht ausgegrenzt, isoliert oder diskriminiert zu werden. [...]
4. Teilhabe als Bündel zu erlernender *sozialer Fähigkeiten (Kompetenzen)*, mit anderen Menschen konstruktiv zusammen leben, wohnen, arbeiten zu können.
5. Schließlich Teilhabe als *Gestaltung von Kommunikation*, vor allem bezogen auf den hier gemeinten Personenkreis, wenn wir Verhalten (auch als Verhaltensauffälligkeit) als Kommunikation, als Übermittlung von Bedürfnissen und Befindlichkeiten, und entsprechend herausforderndes Verhalten im Kontext von Kommunikationsproblemen und Beziehungsstörungen verstehen« (Bradl 2005: 185).

Auch Peter Bartelheimer nennt fünf Anforderungen an Teilhabe:

1. »Teilhabe ist nur historisch relativ zu verstehen« (Bartelheimer 2007: 8). Teilhabemöglichkeiten müssen also immer an den Möglichkeiten anderer Mitglieder einer konkreten Gesellschaft gemessen werden.
2. »Teilhabe ist mehrdimensional« (ebd.). In der Wechselwirkung von Teilhabemöglichkeiten in verschiedenen Lebensbereichen wie Familie, Erwerbsarbeit und Freizeit ergibt sich ein stimmiges Bild der Teilhabe Einzelner sowie ganzer Gruppen der Gesellschaft.
3. Teilhabe beschreibt Abstufungen hinsichtlich Ausgrenzung und Teilhabemöglichkeiten. Bartelheimer fordert, »klar zu unterscheiden zwischen erwünschter Vielfalt von Lebensweisen und inakzeptablen Gefährdungen von Teilhabe, die gesellschaftlichen Eingriff erfordern« (ebd.).
4. »Teilhabe ist ein dynamisches Konzept« (ebd.). Der Grad der Teilhabe eines Menschen muss vor dem Hintergrund von Lebenslauf und Biografie betrachtet werden. In der Situation von Kindern, Heranwachsenden oder älteren Erwachsenen gibt es beispielsweise in Bezug auf relevante Teilhabemöglichkeiten völlig unterschiedliche Prioritäten, ebenso gibt es aber durch die individuelle Biografie individuell relevante Teilhabewünsche und -notwendigkeiten.
5. »Teilhabe ist aktiv« (ebd.). Da Teilhabe handelnd verwirklicht wird, müssen bei der Beurteilung des Grades der Teilhabe die Handlungsmöglichkeiten eines Menschen und seine Möglichkeiten bei der Bewältigung schwieriger Lebenssituationen betrachtet werden.

Bartelheimers unter Punkt 3 benannte Anforderung, Abstufungen ungleicher Teilhabe zu differenzieren und zwischen erwünschter Vielfalt von Lebensweisen und nicht akzeptabler Gefährdung von Teilhabe zu unter-

scheiden, erweist sich als zentral für das Verständnis von Teilhabe und zugleich als besonders schwierig. Martin Kronauer greift sie in einem Beitrag auf, der sich mit Inklusion und Exklusion beschäftigt (Kronauer 2013). Darin unterscheidet er seiner Auffassung nach legitime Ausschlüsse von solchen, die die sozialen Lebenschancen der davon betroffenen Menschen beeinträchtigen. Als legitim beurteilt Kronauer etwa Ausschlüsse aufgrund des Fehlens von bestimmten Zugangsvoraussetzungen oder Interessen, beispielsweise der Fähigkeit zu singen, um in einen Chor aufgenommen zu werden, oder aufgrund der Notwendigkeit des Schutzes von bestimmten Personengruppen, etwa das Verbot von Kinderarbeit. Als nicht legitime Ausschlüsse dagegen benennt Kronauer den Ausschluss aus der Öffentlichkeit in Form von Unterbringung in geschlossenen Anstalten oder »die Verweigerung von Hilfen, die Menschen in die Lage versetzen könnten, an »offenen« sozialen Beziehungen teilzunehmen; durch den formellen oder informellen Ausschluss von sozialen, kulturellen und ökonomischen Ressourcen« (ebd.: 20). Für die Beurteilung eines Ausschlusses als illegitim ist wesentlich, dass er eine hohe Bedeutung für die gesamte Lebensgestaltung hat und sich auch auf andere Lebensbereiche auswirkt. Dies sind für Kronauer in unserer Gesellschaft der Ausschluss von – bzw. mangelnde Teilhabe an – gesellschaftlich anerkannter Arbeit (bzw. Bildung, Anm. d. Verf.), Bürgerrechten und grundlegenden sozialen Beziehungen, die Kronauer als tiefgreifend und besonders bedeutsam einschätzt, da sie in Wechselbeziehung zueinander stehen und anderen Lebensbereichen eingelagert sind. So ist beispielsweise in Deutschland über Arbeit auch der Zugang zum Gesundheits-, Pflege- und Rentensystem organisiert. Kronauer weist daher auch auf die Bedeutung immer wieder notwendiger öffentlicher Klärungen dieser Fragen auch im Rahmen von demokratischen Entscheidungsprozessen hin und definiert die Aufgabe von Inklusion »als die Überwindung illegitimer Schließungen und die Gestaltung legitimer, durchlässiger Grenzen« (ebd.: 21).

Im Hinblick auf die Arbeit mit schwer behinderten Menschen sucht Barbara Fornefeld »Teilhabe« als Zentralbegriff und in Abgrenzung von Empowerment und Selbstbestimmung zu definieren, wobei sie die soziologischen und sozialrechtlichen Bedeutungskontexte von Teilhabe als nicht ausreichend zurückweist. Stattdessen setzt sie »Teilhabe« mit Beziehung bzw. sozialer Bindung gleich und nutzt auch den Begriff der »Teilhabe«, ohne diesen allerdings klar zu definieren: »1. Teilhabe ist Gabe, d.h. sie wird durch das soziale Band zwischen den Menschen bzw. durch das soziale Leben selbst gebildet. 2. Teilhabe entsteht durch die im Beziehungsvollzug gegebene wechselseitige Anerkennung!« (Fornefeld 2019: 6). Dieser Versuch einer Neudefinition sowohl von sozialer Beziehung als auch von Teilhabe soll hier nur kurz erwähnt werden; für eine zielfüh-

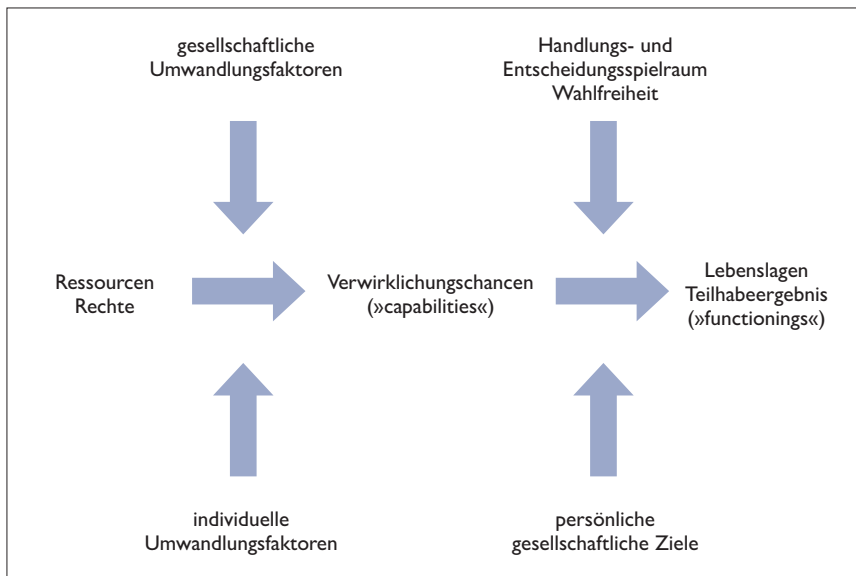
rende Weiterentwicklung müsste er allerdings mit den differenzierten und vielschichtigen soziologischen Definitionen verbunden werden.

Die Bedeutung von (gegenseitiger) Anerkennung steht ebenso wie die Bedeutung sozialer Beziehungen außer Frage und wird auch in den oben dargestellten Dimensionen des Teilhabebegriffs berücksichtigt. Die Stärke des Teilhabebegriffs, wie er durch die oben zitierten Autorinnen und Autoren definiert wird, liegt allerdings gerade in seiner Unabhängigkeit von individuellen Beziehungen und in seiner Eignung, gesellschaftliche Strukturen zu beschreiben und auch einzufordern.

Das komplexe Verhältnis zwischen »Ressourcen und Rechten«, das den Teilhabebegriff kennzeichnet, wurde von Peter Bartelheimer auf der Basis der Arbeiten von Amartya Sen und dessen »Capability Approach« (Befähigungsansatz) zu einem theoretischen Modell weiterentwickelt, das die verschiedenen Bedingungen gelingender Teilhabe zusammenführt (siehe Abb. 1). Sen als Armutsforscher fragt zuerst nach *materiellen Ressourcen* oder *Rechtsansprüchen*, die Zugang zu Teilhabe verschaffen. Er berücksichtigt aber, dass Ressourcen oder Rechtsansprüche lediglich die *Möglichkeiten* zu Teilhabe eröffnen. Um eine Umwandlung dieser Möglichkeiten in Teilhabe zu realisieren, sind zum einen individuelle Fähigkeiten, zum anderen gesellschaftliche Bedingungen, wie Normen oder Infrastrukturen, notwendig. All diese Faktoren münden in eine bestimmte Lebenslage oder ein bestimmtes »Teilhabeergebnis« (»functionings«) (vgl. Sen 1999).

Jean-Michel Bonvin hat das am Beispiel des Fahrradfahrens verdeutlicht. Wer Fahrrad fahren möchte, benötigt dazu ein Fahrrad (materielle Ressource), muss Rad fahren können (individueller Umwandlungsfaktor), und es muss eine gesellschaftliche Infrastruktur (Straßen, Fahrradwege) vorhanden sein (gesellschaftlicher Umwandlungsfaktor). Wahlfreiheit kann erst entstehen, wenn zusätzlich auch andere Fortbewegungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Wenn jemand nicht Fahrrad fährt, ist es wichtig zu wissen, ob jemand nicht möchte oder nicht kann. Wenn es jemand aufgrund der individuellen Faktoren nicht kann, ist es eine gesellschaftliche Aufgabe zu entscheiden, ob dies kompensiert werden kann und muss, beispielsweise durch Spezialfahrräder für Menschen mit körperlichen oder Sinnesbeeinträchtigungen, die ihr individuelles »Umwandlungshandicap« ausgleichen (vgl. Niediek 2014: 85). »Teilhabechancen können dementsprechend weder eindimensional an Ressourcen und Rechten, noch einseitig an den Dimensionen der individuellen oder gesellschaftlichen Umwandlungsfaktoren festgemacht werden. Eine sozial gerechte Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, dass *Handlungs- und Entscheidungsspielräume* zur Verwirklichung persönlicher und gesellschaftlicher Ziele eröffnet werden« (Lindmeier/Lindmeier 2012: 190; Hervorhebung im Zitat).

Abb. 1: Wie Teilhabe »funktioniert« – ein Modell nach Amartya Sens »Capability Approach«



Quelle: Bartelheimer 2007: 9.

Hinsichtlich der politischen Teilhabe ist es schwieriger – als im dargestellten Beispiel des Fahrradfahrens – zu beurteilen, ob Menschen sich aufgrund gesellschaftlicher Strukturen und/oder individueller Faktoren nicht beteiligen können oder ob sie dies nicht wollen. Inwiefern und ob sich Bürgerinnen und Bürger in politische Angelegenheiten einmischen und ihre politischen Partizipationsrechte in Anspruch nehmen, hängt von unterschiedlichen Faktoren ab, die gleichermaßen relevant sind für die Frage, ob und welche Verwirklichungschancen bestehen. Dies soll im Folgenden in Bezug auf vulnerable Gruppen und deren politische Teilhabe konkretisiert werden.

Auf der Ebene der »Ressourcen und Rechte« ist das Recht auf politische Teilhabe von Bedeutung, was beispielsweise in Artikel 21 der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* verankert ist und in Artikel 29 der *UN-Behindertenrechtskonvention* noch einmal explizit mit Blick auf die Situation von behinderten Menschen bezogen wird. Auch das Recht auf Bildung, insbesondere politische Bildung, ist auf dieser Ebene relevant, um Methoden und Möglichkeiten der Teilhabe am politischen Willensbildungsprozess zu erlernen.

Auf der Ebene der »persönlichen Ziele« sind die Motivation und der Wille zur politischen Teilhabe von Bedeutung. Teilhabe wird nämlich nicht ausschließlich von außen ermöglicht (also z. B. durch einen barrierefreien Zugang zum Wahllokal), sondern ist auch eine persönliche Entscheidung. Diese Entscheidung für eine politische Teilhabe kann aber nur getroffen werden, wenn äußere Barrieren nicht vorhanden sind und so eine Entscheidung ermöglicht wird, ob man als Individuum teilhaben will oder nicht. Außerdem ist die Frage zu klären, ob individuelle Entscheidungsspielräume bewusst als solche wahrgenommen werden. Wenn z. B. das Gefühl dominiert, durch Wahlen nichts entscheiden zu können, weil keine Partei in wesentlichen Punkten die eigenen Interessen vertritt, ist es fraglich, ob eine Motivation zur Wahrnehmung der politischen Teilhabe besteht.

Weiterhin sind die »individuellen Umwandlungsfaktoren« relevant. Damit sind in Bezug auf politische Teilhabe die Informiertheit über politische Themen, Strukturen und Prozesse gemeint, die Fähigkeit, politische Sachverhalte zu durchdringen und politische Bildungs- oder Mitbestimmungsangebote in Anspruch zu nehmen. Eine Grundlage dafür bilden auch die eigene Lesefähigkeit oder die Fähigkeit, Informationen auf andere Weise zu entschlüsseln, der persönliche Assistenzbedarf, sprachliche Fähigkeiten sowie die Fähigkeit, Informationsmedien zu bedienen und Ähnliches mehr.

Auf der Ebene der »gesellschaftlichen Umwandlungsfaktoren« ist entscheidend, Zugang zu »einer durch Medien bestimmten Öffentlichkeit« (BMAS 2013: 240) zu haben. In Erweiterung der Frage im oben angeführten Beispiel des Fahrradfahrens, ob ein Spezialfahrrad zur Verfügung gestellt werden sollte, um individuelle »Umwandlungshandicaps« auszugleichen, ist darüber hinaus zu entscheiden, welche Formen der Kompensation als gesellschaftliche Aufgaben in Bezug auf politische Teilhabe angesehen werden sollen. Dabei setzt sich mehr und mehr die Auffassung durch, dass weitergehende Kompensationen nötig sind: Zu den »gesellschaftlichen Umwandlungsfaktoren« gehören nicht nur die barrierefreie Zugänglichkeit des Wahllokals sowie die Nutzung von Assistenz für das Ausfüllen des Stimmzettels. An die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung angepasste Materialien und Angebote zur politischen Bildung, Gebärdendolmetschen von Nachrichten im Fernsehen, Nachrichten in einfacher Sprache und die Verpflichtung zur Gestaltung von Webseiten in einfacher Sprache gehören ebenfalls zu den gesellschaftlich bereitgestellten Grundvoraussetzungen, die eigenen Interessen zu organisieren und zu vertreten.

Erst wenn diese Komponenten gegeben sind, entstehen »Verwirklichungschancen«. Dann können Wahlmöglichkeiten und Handlungsspielräume das konkrete »Teilhabeergebnis« bestimmen als »die aktive Beteili-

gung der Bürger und Bürgerinnen bei der Erledigung der gemeinsamen (politischen) Angelegenheiten« (Schubert/Klein 2018: o. S.). Beispielsweise kann ein Individuum sich dann auf der Basis unterschiedlicher, gleichermaßen realisierbarer Möglichkeiten freiwillig entscheiden, sich parteipolitisch oder in einer Nichtregierungsorganisation politisch zu engagieren oder an Demonstrationen teilzunehmen. Damit würde auf der Basis der Freiwilligkeit politischer Teilhabe aus einer Auswahl geeigneter Informations- und Bildungsangebote sowie Mitgestaltungsformen ausgewählt.

Diese Komplexität führt vor Augen, dass Aktionen und Initiativen zur Verbesserung der politischen Teilhabe vulnerabler Gruppen auf ganz unterschiedlichen Ebenen ansetzen können. Dies verdeutlichen nicht zuletzt die Beiträge der Selbstvertreterinnen und -vertreter im Teil 3 des vorliegenden Bandes, die an verschiedenen Stellen über die Zugänglichkeit bestimmter Optionen und die Erweiterung ihrer Informationsmöglichkeiten sowie ihres Handlungs- und Entscheidungsspielraums im Verlauf ihres politischen Engagements berichten. Häufig zeigt sich hier auch die Bedeutung von bestimmten Personen, die ihnen den Weg ins politische Engagement öffneten, indem sie zur Beteiligung einluden, erste Informationen aufbereiteten und ermutigten.

Fazit

Besonders bedeutsam ist, dass der Motor für die Entwicklung der drei Leitprinzipien Empowerment, Selbstbestimmung und Teilhabe und deren Eingang in die pädagogische, insbesondere sonderpädagogische Arbeit das politische Engagement der Betroffenen war. Allen drei Prinzipien ist gemeinsam, dass sie zunächst eine rechtliche Perspektive einnehmen: Sie fordern gleichberechtigten Zugang zu allen Menschenrechten und Grundfreiheiten, das Recht auf Zugang zu Bildungseinrichtungen und eine selbstbestimmte Lebensführung in Bezug auf Wohnen und Assistenz für die Betroffenen sowie Teilhabe an allen gesellschaftlichen Lebensbereichen, z. B. am Arbeitsleben. Damit reichen die zentralen Forderungen der Leitprinzipien auch in jene Bereiche, die Martin Kronauer als diejenigen benennt, die die sozialen Lebenschancen von Menschen grundlegend beeinflussen (vgl. Kronauer 2013: 22) und die deshalb bei der Gestaltung einer inklusiven Gesellschaft besondere Berücksichtigung finden müssen. Insofern greifen die drei Prinzipien auch sozialpolitische Forderungen der Betroffenen auf. Weiterhin bieten die Prinzipien Pädagoginnen und Pädagogen und anderen Menschen, die marginalisierte Gruppen unterstützen, eine Richtschnur für ihre Arbeit. Sie betonen alle die besondere Beach-

tung der Wechselseitigkeit sozialer Nahbeziehungen sowie das Angewiesensein auf andere Menschen (vgl. Bradl 2005: 185). »Entscheidende Dimensionen sind dabei die persönlichen, politischen und sozialen Bürgerrechte, die den Einzelnen zustehen, der Zugang zu und die Bedingungen von gesellschaftlich anerkannter Arbeit und die Wechselseitigkeit in den sozialen Nahbeziehungen« (Kronauer 2013: 18).

Literatur

- Bartelheimer, Peter (2007): Politik und Teilhabe. Ein soziologischer Beipackzettel. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin. Arbeitspapier Nr. 1. Online verfügbar unter: <https://library.fes.de/pdf-files/do/04655.pdf> (Zugriff: 16.03.2020).
- BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2013): Teilhabebericht der Bundesregierung über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen. Teilhabe – Beeinträchtigung – Behinderung. Stand: August 2013. Bonn. Online verfügbar unter: <https://www.bmas.de/DE/Service/Medien/Publikationen/a125-13-teilhabebericht.html> (Zugriff: 16.03.2020).
- BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2016): Forschungsbericht zum aktiven und passiven Wahlrecht von Menschen mit Behinderung. Online verfügbar unter: https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/Forschungsberichte/fb470-wahlrecht.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (Zugriff: 16.03.2020).
- Bonvin, Jean-Michel (2006): Employment und Labour Market Regulation – Capability Approach. In: Bartelheimer, Peter/Boes, Andreas/Fuchs, Tatjana u.a.: Berichtserstattung zur sozioökonomischen Entwicklung Deutschlands. Zweiter Bericht, Zwischenbericht Teil I, Werkstattberichte. Göttingen. S. 64–68.
- Bradl, Christian (2005): Selbstbestimmung und Teilhabe als Herausforderung. In: Wacker, Elisabeth/Bosse, Ingo/Dittrich, Thorsten u. a. (Hrsg.): Teilhabe. Wir wollen mehr als nur dabei sein. Marburg. S. 185–198.
- BVerfG – Bundesverfassungsgericht (2019): Beschluss des Zweiten Senats vom 29. Januar 2019 – 2 BvC 62/14 –, Rn. (1-142). Online verfügbar unter: https://www.bverfg.de/e/cs20190129_2bvc006214.html (Zugriff: 16.03.2020).
- BVLH – Bundesvereinigung Lebenshilfe für geistig Behinderte e. V. (Hrsg.) (1996): Selbstbestimmung. Kongreßbeiträge. Marburg.
- Fornefeld, Barbara (2019): Teilhabe ist Gabe. In: Teilhabe, Jg. 58, H. 1. S. 4–9.
- Herriger, Norbert (2014): Empowerment-Landkarte: Diskurse, normative Rahmung, Kritik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 64, Nr. 13–14. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/apuz/180866/empowerment-landkarte?p=0> (Zugriff: 16.03.2020).
- Kronauer, Martin (2013): Soziologische Anmerkungen zu zwei Debatten über Inklusion und Exklusion. In: Burtcher, Reinhard/Ditschek, Eduard Jan/Ackermann, Karl-Ernst/Kil, Monika/Kronauer, Martin: Zugänge zu Inklusion. Erwachsenenbildung, Behindertenpädagogik und Soziologie im Dialog. Bielefeld. S. 17–25. On-

line verfügbar unter: https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/36929/ssoar-2013-kronauer-Soziologische_Anmerkungen_zu_zwei_Debattenuber.pdf;jsessionid=85840225B0C51A04C966053472E3A047?sequence=1 (Zugriff: 16.03.2020).

- Lindmeier, Bettina (2008): Empowerment als Leitidee der Gestaltung von Erwachsenenbildung. In: Heß, Gerhard/Kagemann-Harnack, Gaby/Schlummer, Werner: Wir wollen – wir lernen – wir können! Erwachsenenbildung, Inklusion, Empowerment. Marburg. S. 110–117.
- Lindmeier, Bettina/Lindmeier, Christian (2000): Vom independent living zum supported living – Neue Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben von Menschen mit (geistiger) Behinderung? In: Färber, Hans-Peter/Lipps, Wolfgang/Seyfarth, Thomas: Für die Körperbehindertenförderung Neckar-Alb: Wege zum selbstbestimmten Leben trotz Behinderung. Tübingen. S. 144–163.
- Lindmeier, Bettina/Lindmeier, Christian (2003): Selbstbestimmung in der professionellen Arbeit mit Menschen mit geistiger Behinderung. Zur Rezeption der US-amerikanischen Diskussion. In: Geistige Behinderung, Jg. 42., H. 2. S. 119–138.
- Lindmeier, Bettina/Lindmeier, Christian (2012): Pädagogik bei Behinderung und Benachteiligung. Stuttgart.
- Lindmeier, Christian (2002): Rehabilitation und Bildung – Möglichkeiten und Grenzen der neuen WHO-Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF) (Teil I). In: Die neue Sonderschule, Jg. 47, H. 6. S. 411–425.
- Lindmeier, Christian (2003): Rehabilitation und Bildung – Möglichkeiten und Grenzen der neuen WHO-Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF) (Teil II). In: Sonderpädagogische Förderung, Jg. 48, H. 1. S. 3–23.
- Miles-Paul, Ottmar (1992): ›Wir sind nicht mehr aufzuhalten!‹ Beratung von Behinderten durch Behinderte. Vergleich zwischen den USA und der Bundesrepublik. München. Online verfügbar unter: http://bidok.uibk.ac.at/library/miles_paul-peer_support.html (Zugriff: 13.05.2020).
- Miles-Paul, Ottmar/Frehse, Uwe (1994): Persönliche Assistenz: Ein Schlüssel zum selbstbestimmten Leben Behinderter. In: Gemeinsam leben, Jg. 2, H. 1. S. 12–16.
- Mobile – Selbstbestimmt leben Behinderter e. V. (2001): Selbstbestimmt Leben mit persönlicher Assistenz. Bd. A: Ein Schulungskonzept für Assistenznehmer. Neu-Ulm.
- Mürner, Christian/Sierck, Udo (2012): Behinderung. Chronik eines Jahrhunderts. Weinheim/Basel.
- Niediek, Imke (2014): Was hat ein Fahrrad mit Sozialraum-Orientierung zu tun? – Oder: Warum person-zentrierte Hilfe sich am Sozialraum orientieren muss (Beitrag in verständlicher Sprache). In: Teilhabe, Jg. 53, H. 2. S. 82–91. Online verfügbar unter: https://www.lebenshilfe.de/fileadmin/Redaktion/PDF/Wissen/public/Zeitschrift_Teilhabe/TH_2014_2.pdf (Zugriff: 16.03.2020).
- Prilleltensky, Isaac (1994): Empowerment in Mainstream Psychology: Legitimacy, Obstacles and Possibilities. In: Canadian Psychology/Psychologie canadienne, Jg. 35, H. 4. S. 358–375.
- Rappaport, Julian (1985): Ein Plädoyer für die Widersprüchlichkeit: Ein sozialpolitisches Konzept des ›Empowerments‹ anstelle präventiver Ansätze. In: Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis, Jg. 17., H. 2. S. 257–278.

- Rock, Kerstin (2001): Sonderpädagogische Professionalität unter der Leitidee der Selbstbestimmung. Bad Heilbrunn.
- Schubert, Klaus/Klein, Martina (2018): Das Politiklexikon. Begriffe, Fakten, Zusammenhänge. 7., aktual. u. erw. Aufl. Bonn. Lizenzausgabe: Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/> (Zugriff: 16.03.2020).
- Schuntermann, Michael F. (1999): Behinderung und Rehabilitation: Die Konzepte der WHO und des deutschen Sozialrechts. In: Die neue Sonderschule, Jg. 44, H. 5. S. 342–363.
- Schütze, Fritz (2000): Schwierigkeiten bei der Arbeit und Paradoxien des professionellen Handelns. In: Zeitschrift für Qualitative Bildungs-, Beratungs- und Sozialforschung, Jg. 1, H. 1. S. 49–96.
- Sen, Amartya (1999): Commodities and Capabilities. 3. Aufl. New Delhi.
- Theunissen, Georg (2016): Empowerment. In: Dederich, Markus: Handlexikon Behindertenpädagogik. Stuttgart. S. 114–116.
- Wansing, Gudrun (2005): Teilhabe an der Gesellschaft. Menschen mit Behinderung zwischen Inklusion und Exklusion. Wiesbaden.
- Weiß, Hans (1999): Empowerment in der Heilpädagogik und speziell in der Frühförderung – ein neues Schlagwort oder eine handlungsleitende Idee? In: Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete, Jg. 68, H. 1. S. 23–35.

Diskussion zunehmend losgelöst von dem obligatorischen Transport des damaligen „Sendungsbewusstseins“ einhergehend mit dem Anspruch des „Besserwissens“, bei dem sozial Benachteiligte im Lichte der armen, durch gesellschaftliche Umstände geschädigten, Opfer gesehen wurden, denen durch pädagogische Experten der richtige (selbst bestimmt solidarische) Weg zu weisen war. Welch eine Veränderung, wenn heute Fachpersonen Respekt vor der Autonomie ihres Gegenübers erlernen und bereit sind, Vertrauen zu geben in die eigenverantwortliche Veränderungskraft der Betroffenen selbst (unter Zurückstellung eigener oder gesellschaftlicher Normvorstellungen oder Lebensentwürfe), ohne auf ein offenes Benennen von Konsequenzen des erlebten Verhaltens zu verzichten. Empowerment ist auch ein Spiegel der Zunahme an Pluralität in unserer Gesellschaft.

Entsprechend sind auch Parallelen nicht zufällig zwischen dem Entstehen des Empowerment-Konzepts (Mitte der 70er Jahre) in den USA und dem zeitgleich entwickelten sozio-ökologischen Konzept durch Bronfenbrenner. Der Empowerment-Ansatz bezieht sich ebenfalls auf alle Ebenen, die Bronfenbrenner (1979) mit seiner Differenzierung in Mikro-, Meso-, Exo- und Makrosystem aufgezeigt hat. Theunissen (2000, 153ff) differenziert diese Ebenen im Zusammenhang mit dem Empowerment-Ansatz in eine

- individuelle Ebene. Hier stehen die persönliche Stärken im Vordergrund, die in Einzelarbeit gefördert werden,
- Gruppenebene. Hier stehen soziale Netzwerke im Mittelpunkt, bspw. Angehörige, Mitarbeiter oder stellvertretende Interessenvertreter,
- institutionelle Ebene, z.B. mit dem Fokus der (selbständigen) Wohnsituation, einer demokratischen Wohnkultur (z.B. in Wohnheimen) oder einem abgestimmten Konzept bspw. in betreuenden Kindertagesstätten,
- sozialpolitisch-gesellschaftliche Ebene, bspw. durch Einwirkung auf (sozial- und struktur-) politische Entscheidung, Aufklärung der Bevölkerung oder Förderung eines toleranten und inklusionsfreudigen gesellschaftlichen Klimas.

Mit seinem systemübergreifenden Ansatz öffnet das Empowerment-Konzept neben seiner Lebensweltorientierung in seiner inhaltlichen Ausgestaltung auch die Tür zu systemischen Sichtweisen, die die theoretischen Grundlagen der sozialen Arbeit heute weitgehend prägen.

2 Ziele von Empowerment

Die theoretischen Grundlagen geben im Zusammenhang mit ihrer historischen Entstehung und Ausgestaltung die Ziele eines konkreten Handlungsansatzes in der So-

zialen Arbeit vor. Mit Herriger können wir Empowerment als „programmatisches Kürzel für eine psychosoziale Praxis (bezeichnen), deren Handlungsziel es ist, Menschen das Rüstzeug für ein eigenverantwortliches Lebensmanagement zur Verfügung zu stellen und ihnen Möglichkeitsräume aufzuschließen, in denen sie sich die Erfahrung der eigenen Stärke aneignen und Muster solidarischer Vernetzung erproben können“ (Herriger 2002, 11). Ziel von Empowerment ist demnach, grundsätzlich vorhandene Fähigkeiten der Menschen zu kräftigen und Ressourcen aufzubauen, zu stärken und freizusetzen, die für ein selbst bestimmtes Ausgestalten eigener individueller Lebenswege und Lebensräume förderlich sind. Empowerment ist aus professioneller Sicht das Anstiften zur (Wieder-) Aneignung von Selbstbestimmung und das Ausfüllen des eigenen Lebensalltags.

Da Empowerment als emanzipatorischer Ansatz und gleichzeitig gesellschaftskritischer Ansatz zur Gewinnung von mehr Eigen-Kompetenzen definiert ist, schließt die Zielsetzung neben der Stärkung der individuellen Persönlichkeit (und seiner Durchsetzungsfähigkeit) auch die wertorientierte Vermittlung von Werten wie Solidarität, Gemeinschaft, Menschlichkeit und schließlich soziale Gerechtigkeit ein. Wofür diese Kompetenzen konkret eingesetzt werden, liegt primär in der autonomen Entscheidung der Agierenden. Der Fokus ist jedoch systemübergreifend und –verbindend, d.h. bspw. für die Gemeinwesenarbeit, dass neben dem Anregen von persönlichen Kompetenzen (z.B. Bildung oder persönliche Stabilisierung) als innere Ziele auch äußere Ziele wie die Verbesserung von Lebensbedingungen Inhalte des Empowerment-Ansatzes sind. Konkret bedeutet dies zum einen „mehr Chancengleichheit“. Hierbei steht die soziale Sicherheit im Vordergrund, d.h. v.a. materielle Ressourcen (Einkommen, Wohnraum, Infrastruktur). Sie trägt zu mehr Lebensqualität und zu erhöhten Entscheidungsspielräumen bei. Diese Rahmenbedingungen müssen von der Gesellschaft (Politik, Verwaltung, Sozialarbeit u.a.) zunächst geschaffen werden. Zum anderen wird jedoch auch das Aufbauen dieser Ressourcen in den Empowerment-Ansatz integriert. D.h.: Hilfe zur Selbsthilfe beginnt bereits bei der selbständigen finanziellen Absicherung und der Stärkung der Resilienzen gegen Druck von außen. Ziel ist somit auch „mehr Eigeninitiative“, die Menschen sollen ihre Lebensbedingungen selbst verändern und hierzu ihre eigenen Kompetenzen ausbauen und nutzen.

In der konkreten Handlungspraxis bedeutet diese Zielsetzung für die Adressaten, dass

- für die Fähigkeit sensibilisiert wird, eigene Wünsche und Interessen wahrzunehmen und in einen realistischen Kontext einzubetten,
- ein Gefühl entsteht, das Recht zu besitzen und die Kompetenz zu entwickeln, als Subjekt aktiv die eigenen Lebensumstände und Beziehungen zu gestalten und selbst Veränderungen herbei führen zu können,

- die Fähigkeit gestärkt wird, aus einer Vielzahl unterschiedlicher Lebensoptionen eigenverantwortete Entscheidungen zu treffen und sich für die eigenen Bedürfnisse einzusetzen und Bevormundungen und Grenzverletzungen anderer entgegen treten zu können,
- die Lebens- und Alltagsgewohnheiten kritisch reflektiert werden und handlungsbeschränkende Belastungen erkannt und abgebaut werden können,
- die Fähigkeit entsteht, sich selbst Informationen und unterstützende Ressourcen zu organisieren und effektiv zu nutzen,
- eigene Mitbestimmungs- und Teilhaberechte erkannt und eingefordert werden können,
- die Kompetenz entsteht, sich in solidarische Gemeinschaften zu integrieren, diese zu stärken und Kraft aus dieser Gemeinschaft zu entwickeln.

3 Inhaltliche Gestaltung des Empowerment-Ansatzes – die Stärkung von Ressourcen

Betrachten wir die inhaltliche Ausgestaltung eines Empowerment-Ansatzes, so richtet sich unser Blick auf Fachpersonen in psychosozialen Dienstleistungen. Sie müssen sich Methoden bedienen, die zum einen Rahmenbedingungen forcieren, in denen Eigenaktivität und -verantwortung wachsen können. Zum anderen richtet sich ihr Augenmerk darauf, ihre Adressaten selbst zu Autonomie anzuregen und entsprechende Ressourcen für diese Prozesse zu erschließen. Voraussetzung hierfür sind konkrete pädagogische Grundprinzipien wie Diskretion und Verlässlichkeit, zur Anregung von Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit bedarf es auch gezielt erschlossener Informationen. Im Mittelpunkt steht hierbei die Suche nach (zunächst individuellen) Fähigkeiten, Talenten und Interessen. Die Suche (man könnte auch sagen: Diagnostik) begrenzt sich dabei nicht nur auf Stärken und Interessen, sondern versucht, alle Quellen zur Erweiterung der „Möglichkeitsspielräume“ (Lenz 2002) mit der Perspektive Stärkung und Regeneration zu erkennen. Damit bezieht sich die „Stärken-Perspektive“ auf alle Felder auch im erweiterten Umfeld des Individuums. Bereits in einer diagnostischen Phase greifen drei wesentliche Grundprämissen eines Empowerment-Ansatzes:

- die *Subjektorientierung (Autonomie)*. Die Fachpersonen anerkennen die Einzigartigkeit ihres Gegenübers, sie nehmen diese bewusst wahr und zeigen Respekt auch vor spezifischen Eigenarten. Das heißt nicht, dass diese kritiklos übernommen werden, die Fachperson nimmt ebenso Respekt für ihre Sichtweise in Anspruch; sie hat Basisregeln und Grundwerte verinnerlicht, die – etwa bei „menschenun-

würdigen“ Situationen – auch zu der Notwendigkeit führen, Grenzen aufzuzeigen (vgl. z.B. Speck 2001, 25; Herriger 2002, 74f., Keupp 2002, 87).

- Die *Umfeldorientierung*. Hierzu gehört neben der Suche und Analyse von ressourcenstärkenden und –hemmenden Faktoren auch die Möglichkeit, aktiv auf deren Veränderung Einfluss zu nehmen. Grundlage bleiben hier Konzepte wie Lebensweltorientierung (Thiersch) oder lösungsorientierte systemische Ansätze. Einer Fokussierung auf marginale individuelle Schuld- und Stigmatisierungsfaktoren wird damit keinen Raum gegeben.
- *Partnerschaftlichkeit*. Fachperson und Adressat stehen sich gleichberechtigt gegenüber. Dies beinhaltet Rechte und Verpflichtungen beider Seiten gleichermaßen. Wie bei einer Dienstleistung ist es Gewinn bringend im Interesse von Klarheit und Verbindlichkeit, überschaubare *Vereinbarungen* über eine begrenzte Hilfeleistung zu schließen. Dabei erweist sich die Fragestellung nach der *Parteilichkeit* der Fachperson als unumgänglich. Diese stehen in ihrer partnerschaftlich orientierten Beziehung zu ihren (in diesem Fall:) Klienten (als unmittelbarem Auftraggeber) oftmals in Widersprüchen mit einem gesellschaftlichen und staatlichen Rahmen, der zumeist durch ihren Arbeitgeber (als mittelbarem Auftraggeber) repräsentiert wird. Zwischen mittelbarem und unmittelbarem Auftraggeber entstehen Loyalitätskonflikte. Lösen lassen sich diese Konflikte nur dadurch, dass die Fachpersonen ihren Arbeitsauftrag auf zwei Ebenen ausrichten: Im Mittelpunkt steht die individuelle Stärkung der Klienten hin zum Bestehen-Können *in* diesem System. Das bedeutet jedoch nicht, dass seine Regeln und Strukturen zu übernehmen wären – hier liegen Freiräume, sich mit den Klienten von gesellschaftlicher Normierung (im Rahmen o.g. Grenzen der Menschenwürde) abzugrenzen. Dem Auftrag des mittelbaren Auftraggebers wird die Fachperson dadurch gerecht, dass sie zur Emanzipation eines mündigen Bürgers beiträgt, der damit auch Kompetenzen in einer gelingenden Alltagsgestaltung, der Selbstorganisation und in einem solidarisch-demokratischen Engagement erwirbt. Gleichzeitig erfüllt die Fachperson vor Ort auch eine klassische Funktion des (Früh-) Warnsystems gegenüber gesellschaftlichen Problemen und Missständen – und ist damit prädestiniert für eine (mitunter unbequeme) Beratungsfunktion gegenüber Verbänden, Politik und sonstigen Entscheidungsträgern. Hier ist die Aufgeschlossenheit, Toleranz und das Innovationsinteresse des mittelbaren Auftraggebers gefragt.

Zum zentralen Begriff für die inhaltliche Gestaltung sozialer Arbeit hat sich der Fachbegriff der Ressource entwickelt. Was aber ist nun damit gemeint, wenn das Empowerment-Konzept es sich zur Aufgabe macht, die Ressourcen der Menschen fördern zu wollen? Obwohl häufig verwendet wird dieser Begriff in den aktuellen sozialwissenschaftlichen Diskussionen nur unscharf und sehr generell gebraucht. Herri-

ger (2005) verweist mit Bezug auf Willutzki (2003) auf die zentrale Bedeutung von Ressourcen für die „Bewältigung alltäglicher Anforderungen“ und damit für das psychische und physische Wohlbefinden und definiert sie als Potentiale zur Produktion lebenserhaltender oder -verbessernder Effekte. Ob ihr Einsatz seine Ziele erfüllt und vorhandene Ressourcen nutzbar gemacht werden hängt hierbei von der „subjektiven Zweckbestimmung“, d.h. den Zielen, Motiven und Interessen (Funktionalität), dem Erfassen eines konkreten Sinnzusammenhangs durch die jeweilige Person ab und davon, ob sie zielgerichtet zur Lösung der anstehenden Aufgaben eingesetzt werden (Aufgabenabhängigkeit). Demnach stellen Ressourcen die Währung dar, die für den Prozess der Bewältigung von Alltagsaufgaben, der Befriedigung individueller Bedürfnisse und der Verwirklichung von langfristigen Lebensplanungen eingesetzt wird. Sie dienen damit über eine konstruktive und erfüllende Alltagsgestaltung der Sicherung des eigenen Selbstwerts, dem Wohlbefinden und dem physischen und psychischen Stabilisieren der individuellen Lebensgestaltung.

Im Alltag der Sozialen Arbeit ist es notwendig, dass sich Betroffene wie Fachpersonen dieser Ressourcen bewusst werden. In Anlehnung an Theunissen und Plautte (1995, 13) lassen sich strukturelle, personale und soziale Ressourcen differenzieren:

- *Strukturelle Ressourcen* sind dabei das erwirtschaftete – in das Alltagsleben verankerte – „*Kapital*“, das ausgehend von einem Gefühl der Sicherheit und Anerkennung möglichst weitgehende Gestaltungsmöglichkeiten gewährleistet. Es lässt sich differenzieren in
 - o *ökonomisches Kapital*, also (regelmäßiges) Einkommen und dessen Sicherheit, Vermögen und Besitz bspw. an Grund- und Wohneigentum oder Wertpapieren. Das ökonomische Kapital bietet die Grundlage für ein
 - o *ökologisches Kapital*, in dem es bspw. durch die konkrete Ausgestaltung der Wohnbedingungen die Lebens- und Wohnqualität und den unmittelbaren Zugang zu einem – kulturell wie sozial – anregenden und regenerierenden Wohnumfeld gewährleistet,
 - o *kulturelles Kapital*, formal als zertifizierte Qualifikationen und Bildungsabschlüsse wie informell als die Summe des angeeigneten Wissens und der Kompetenzen zur Alltagsgestaltung, zur Reflexion von Zusammenhängen und zum (konkurrenzbezogenen) Durchsetzen von Interessen (bspw. auf dem Arbeitsmarkt),
 - o *symbolisches Kapital*, ausgehend von verinnerlichten und gefestigten Überzeugungen und Einstellungen, die zu einer umfassenden persönlichen Identität und zur Bindung an ein festes (individuelles) Wertesystem führen, in dem spezifische Werte und Normen Sicherheit und eine Leitlinie zur persönlichen Lebensgestaltung bieten.

- Letzteres bildet den Übergang zu *Personalen Ressourcen* als Handlungs- und (emotionale) Verarbeitungskompetenzen, die aus einem individuellen Wertesystem und lebensgeschichtlicher Erfahrungen gewachsen sind und ein individuelles Repertoire in der Auseinandersetzung mit belastenden Alltagssituationen, drohenden Verletzungen und persönlichen Krisen darstellen. Dieses Repertoire speist sich aus vielfältigen Quellen. Zu den wesentlichen gehören:
 - o *Selbstwertgefühl und Selbstakzeptanz* mit dem Glauben an die eigene Wertigkeit, an das Recht auf ein erfülltes Lebensgefühl und an die Sinnhaftigkeit der persönlichen Lebensziele und des eingeschlagenen Lebensweges,
 - o *Veränderungsoptimismus* mit dem Vertrauen an die Gestaltbarkeit der Umwelt und die eigene Kompetenz, daran mitzuwirken,
 - o *Problemlösungskompetenzen*, die in einer aktiven und offensiven Auseinandersetzung mit äußeren Anforderungen zielgerichtet eingesetzt werden können. Dazu gehört auch die Fähigkeit, angemessene deeskalierende Lösungsstrategien abgestuft einzusetzen,
 - o *emotionale Intelligenz* mit der Fähigkeit, die eigenen Befindlichkeiten sensibel und empathisch erspüren zu können und aktiv Wege zu finden, Ausgeglichenheit zu erreichen und Überforderungen frühzeitig entgegen wirken zu können,
 - o *Beziehungsfähigkeit*, die sich auf verschiedenen Ebenen realisiert: mit einer Offenheit für die Bedürfnisse, Interessen und Handlungsmotive anderer Menschen und der Fähigkeit, diese zu respektieren; mit der Kompetenz, eigene Gefühle transparent werden zu lassen; der Fähigkeit zu Verlässlichkeit und Kontinuität; und mit der Fähigkeit, Kritikpunkte an der eigenen Person reflektieren und ggf. akzeptieren zu können,
 - o *Flexibilität* mit der Fähigkeit, Veränderungen der Lebensumstände (z.B. Schicksalsschläge) in das eigene Lebenskonzept integrieren zu können,
 - o *Transparenz* mit der Offenheit, insbesondere in Krisensituationen Hilfesignale an andere Personen zu senden und eine persönliche Unterstützung in angemessener (nicht überfordernder) Weise anzuregen und anzunehmen.
- *Soziale Ressourcen* schließlich speisen sich aus einer Integration in (verschiedene) soziale Netzwerke, seien es Verwandtschafts- oder Freundschaftsbeziehungen oder Interessengemeinschaften wie Vereine, Freizeitgemeinschaften oder politische Organisationen. Diese Gemeinschaften sind nicht nur Orte eines sozialen Austauschs und ggf. einer pragmatischen Unterstützung, sie stärken auch die kommunikativen Kompetenzen und sättigen die Bedürftigkeit an sozialer Wärme und Zuwendung. Sie bilden insbesondere eine Ressource an Unterstützung bei der Bewältigung belastender und konfliktreicher Lebensphasen. Diese Unterstützung kann sich auf unterschiedliche Felder beziehen, bspw.

- o auf eine *materielle Unterstützung*, bei der finanzielle oder instrumentelle Hilfen zur Bewältigung von (Alltags-) Problemen oder Krisen angeboten werden. Sie dienen häufig der unmittelbaren Entlastung. Ähnlich wirkt eine
- o *kognitive Unterstützung*, bei der Informationen angeboten werden, bspw. über Rechtsansprüche oder Verwaltungsverfahren oder zu weiteren Informationsquellen, es können aber auch Handlungstechniken oder neues Know-how vermittelt werden. Es können auch
- o *weitere soziale Kontakte* vermittelt werden, die ihrerseits eine erneute *kognitive Unterstützung* bewirken oder durch eine ähnliche Betroffenheit einen solidarischen Zusammenhalt stärken (z.B. Betroffenen- und Selbsthilfegruppen). Im Mittelpunkt von Sozialen Ressourcen steht entsprechend – in engem Zusammenhang mit der Stärkung personaler Ressourcen – eine
- o *emotionale Unterstützung*. Sie vermindert nicht nur das Gefühl von Isolation, sondern über den kommunikativen Austausch (bei denen beide Seiten in die Wahrnehmung und damit Wertschätzung des anderen investieren) wird auch gerade unter einer subjektiven psychosozialen Belastungssituation das Selbstwertgefühl und damit die persönliche und soziale Identität gestärkt. Dies stärkt auch die personalen Ressourcen zum Abbau von Abhängigkeits- und Ohnmachtsgefühlen.

Alle drei Ressourcenebenen sind zentral für ein Empowerment-Konzept in der sozialen Arbeit. Sie sind allerdings – gemäß der Maslow'schen Bedürfnispyramide – hierarchisch gestuft: Grundlage eines Empowerment-Ansatzes ist zunächst die Existenz-Grundlage und damit *strukturelle Ressourcen* einschließlich gesicherter Ernährung und einer warmen Wohnsituation. Personale Entwicklung und soziale Teilhabe sind nur auf dem Fundament eines Mindestmaßes an struktureller Sicherheit möglich. Damit ist bei professionellen Hilfen bspw. in Armuts- und Obdachlosenmilieus oder bei Suchtproblematiken zunächst dort eine Basis zu schaffen. Meist sind jedoch auch die personalen und sozialen Ressourcen hiervon nicht zu trennen. Auch sie fungieren von Beginn an als tragender Halt für die Herausforderungen in psychosozialen Belastungssituationen und wirken damit pathologischen Kompensationserscheinungen (soziale Isolierung, Verlust eines Alltagsablaufes, psychosomatische Erkrankungen etc.) entgegen. Entsprechend liegen hier die zentralen Ansatzpunkte für eine psychosoziale Arbeit. Wenn es Betroffenen gelingt, sich – ggf. mit Hilfe sozialer Arbeit – wieder in soziale Netzwerke einzubinden, so steigt die Wahrscheinlichkeit, dass über die Befriedigung von Teilhabe-, Kontakt- und Anerkennungsbedürfnissen das subjektive Wohlbefinden steigt und damit Vulnerabilitätsfaktoren ab- und Resilienzen aufgebaut werden.

Mit dem Ziel, *Resilienzen*, d.h. die (psychische) Widerstandsfähigkeit zur Abwehr von ungünstigen die Lebensqualität beeinträchtigenden Einflüssen, zu stärken und Vulnerabilitäten (Effekte von Vorbelastungen, die gegenüber solchen Einflüssen verwundbar werden lassen) abzubauen, ist ein zentrales (psychologisches) Anliegen des Empowerment-Konzeptes berührt: Ein Schutzschild aufzubauen mit einer seelischen Widerstandskraft, möglichen Bedrohungen und der Gefahr einer vermehrten Hilflosigkeit nicht zu erliegen. Es ist bis heute wenig geklärt, *warum* manche Menschen sich trotz ungünstiger Rahmenbedingungen weitgehend unauffällig entwickeln (sich resilient erweisen), während sich andere unter ähnlich belastenden Lebensbedingungen vulnerabel zeigen und mit Auffälligkeiten, Misserfolgen und sozialem Rückzug reagieren. Einige Faktoren scheinen jedoch grundlegend zu sein:

- Die *Selbstakzeptanz*, also der Glaube an die eigenen Lebensziele und -werte, die ein sinnhaftes Fundament darstellen, an dem auch in Krisenzeiten fest gehalten wird,
- Die *Veränderungskompetenz*, also der Glaube, dass Umwelt selbständig zu gestalten ist und hierzu auch Kompetenzen vorhanden sind,
- *Problemtransparenz*, also eine offensive Auseinandersetzung mit Anforderungen und Lebensproblemen; diese müssen nicht zwingend (innerhalb von Problemsystemen) artikuliert werden, von Bedeutung ist ein eigenständiges Hinschauen und ein unabhängiges Abwägen der Konstellationen.

Diese Resilienz stärkenden Faktoren gehen meist einher mit einer identitätsgestützten Grundhaltung, die sich vor allem dann bewährt, wenn Krisensituationen zu bewältigen sind. Resilienzen sind um so stärker ausgeprägt, je stärker die eigene Lebensweise als stimmig und selbst-gestaltbar erlebt wird. Neue Situationen werden optimistischer und weniger misstrauisch und belastend angesehen, der emotionale Umgang mit ihnen ist offensiver und weniger ängstlich und es gelingt eher, für die jeweilige Situation problemangemessene Strategien zu entwickeln.

4 Rahmenbedingungen und Methodenanwendung

Welche Methoden stehen einem Empowerment-Konzeptes nun zur Verfügung, um seinem Ziel gerecht zu werden, die Stärken benachteiligter Menschen zu fördern und ihr autonomes Handeln als verantwortungsvolle Bürger zu unterstützen? Diese Methoden müssen ebenso abgestuft und individuell entwickelt und eingesetzt werden wie die Bedürfnislage nach Unterstützung je nach individuellen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen variiert.

Auf der *individuellen Ebene* sollen die Methoden zunächst dazu beitragen, mögliche Muster einer „erlernten Hilflosigkeit“ zu erschließen und damit korrespondierende Gefühle von Machtlosigkeit abzubauen. Im Rahmen einer (transparenten) gegenseitigen Vereinbarung (Kontrakt) werden Schritte besprochen, die – für einen begrenzten Zeitraum – zu einer höheren Selbständigkeit und einer gelingenden Alltagsbewältigung führen können. Erster Schritt ist hierbei stets eine

- *Erstdiagnostik bestehender und möglicher Ressourcen.* Es gilt verschüttete Potentiale an Kraft und individuellen Fähigkeiten und Interessen zu entdecken und offen zu legen, wodurch und wie diese Potentiale blockiert werden. Dazu muss zunächst erkannt werden, was kann der Klient (theoretisch) können. Ein schwieriges Unterfangen, da mögliche Entwicklungspotentiale zum Teil chronifiziert verkümmert und durch andere Kompensationsmechanismen und Vermeidungstendenzen überlagert sind. Je nach Klientel können hier standardisierte *Testverfahren* eingesetzt werden (z.B. eine Intelligenzdiagnostik bei der Frage einer so genannten „geistigen Behinderung“ bei einem Vorschulkind oder um Über- oder Unterforderungen bei einem jugendlichen Schulverweigerer zu erkennen). Das wichtigste Element ist jedoch das offene *Beratungsgespräch* mit umfangreichen anamnestischen (biographischen) Fragestellungen und dem Erfassen von (realistischen, visionären oder utopischen) Bedürfnissen und Zielvorstellungen. Obwohl für diese Diagnostikansätze insbesondere in systemischen (lösungsorientierten) Ansätzen eine gewisse Tradition herrscht, sind fachliche Grundlagen für eine spezifische Ressourcendiagnostik bislang rar³. Im Mittelpunkt steht, schrittweise Potentiale zu entdecken und für eine aktive, kontinuierlich-stabile Alltagsgestaltung nutzbar zu machen. Insofern mündet eine Erstdiagnostik fließend in eine
- *Verlaufsdiagnostik.* Durch das gemeinsame Erkennen von (ehemaligen) Stärken und dessen Aufdecken und Realisieren im Alltag wird versucht, schrittweise (zunächst kleine) Potentiale wieder sichtbar werden zu lassen. Durch die Form, wie dies gelingt oder scheitert, ergeben sich sukzessive weitere diagnostische Aufschlüsse,⁴ die thematisiert werden und Auswirkungen auf die weitere Perspektive einer Lebensgestaltung und der professionellen Hilfestellung haben. Diese Perspektive und die angestrebten Schritte für den Weg dorthin werden in einer gemeinsamen

3 Ansätze zur Systematisierung finden sich im z.B. im medizinischen Bereich durch das „Berner Ressourceninventar“, Trötschel&Graw, 2003) oder im psychotherapeutischen Bereich durch das „Ressourceninterview“ (Schiepek&Cremers, 2003).

4 Hier liegt aber gleichzeitig die Gefahr, Misserfolge im Zuge von resistenten Verweigerungen, sei es aus langfristig aufgebauten Ängsten vor einem Versagen oder in Folge von erlernter (und damit Gewinn bringender) Hilflosigkeit, als Unfähigkeit des Klienten umzudeuten. Dies lindert den eigenen fachlichen Misserfolg und verlagert die „Schuld“ für die ausbleibende Entwicklung auf den Klienten.

- *Hilfeplanung* festgelegt. Dies ist auch der Ort, einen *Kontrakt* mit dem Klienten zu schließen, in dem Ziele und Vorgehensweise gemeinsam besprochen und festgehalten werden. Dies dokumentiert das Dienstleistungsverhältnis und legt die Eigenverantwortung des Klienten dar; mögliche vergangene Entmündigungserfahrungen durch ein einseitiges Experten-Objekt-Verhältnis werden dadurch nicht wiederholt. Die Hilfe- (oder Förder- und Behandlungs-) planung ist inzwischen in zahlreichen Sozialgesetzen vorgegeben, eine Tradition oder allgemein etablierte fachliche Grundlagen gibt es hierfür bislang lediglich in der Jugendhilfe⁵, in anderen Feldern sozialer Arbeit scheitert dies – trotz z.T. bestehender gesetzlicher Grundlagen (z.B. für die Frühförderung in der Frühförderungsverordnung zur Ausgestaltung des SGB IX) – an der Verbindlichkeit und der Finanzierung. In dem Hilfeplan werden auch (realistische) Zukunftsvorstellungen einer Lebensgestaltung konstruiert und damit in kleinen Schritten Ansprüche erhoben, die eine Messlatte für künftige Entwicklungen bieten und Anlass für (kleine) Erfolgserlebnisse sein sollen. Die Umsetzung der dokumentierten Ziele wird kontinuierlich
- *Prozess begleitend reflektiert*. In fortlaufendem Austausch werden zwischen Klient und Helfer Ressourcen thematisiert, mögliche Hindernisse aufgedeckt und neue Zugangswege erschlossen. Dabei werden über die individuelle Ebene hinaus Ressourcenentwicklungen quantitativ und qualitativ erfasst und
- *Ressourcennetzwerke konstruiert und stabilisiert*. Dadurch wächst beim Adressaten sukzessive die Fähigkeit und Bereitschaft, sich selbst je nach individuellem Bedarf Unterstützung, Entlastung und Austausch zu suchen oder selbst anzubieten. Diese Netzwerke bieten einen langfristigen Schutz vor Isolierung und stellen ein Warnsystem für Rückfälle dar, ohne dass sich der Adressat einer fremdbestimmten (professionellen) Kontrolle ausgesetzt sieht, die er erdulden muss, an die er aber gleichzeitig auch wieder Verantwortung abgeben kann.

Die *Rolle der Professionellen* wandelt sich im Empowerment-Ansatz vom Anleiter oder Therapeuten hin zu einer Bezugsperson, die Ansprechpartnerin für individuelle Fragestellungen und für einen Ressourcen stärkenden Lebensrahmen ist. Diese in der Literatur als „case manager“ breit diskutierte Funktion⁶ soll dazu beitragen, in einem wechselseitigen Abstimmungsprozess verfügbare Gestaltungs- und Hilferessourcen zusammen zu führen und Problem- und Belastungssituationen systematisch zu reflektieren.

5 Hier werden seit der Verabschiedung des KJHG 1990 flächendeckend Hilfeplangespräche durchgeführt, die zu einer verbindlicheren Abstimmung geführt haben, gleichzeitig aber nicht überall alle wesentlichen fachlichen Ansprüche (Einbeziehung der Betroffenen in das Gespräch, interdisziplinäre Abstimmung zwischen verschiedenen Berufsgruppen etc.) umgesetzt haben; vgl. den Beitrag von Freigang in diesem Band.

6 Ich halte den in Großbritannien inzwischen geläufigeren Terminus „key worker“ für angemessener.

Als *Methode* wurde bereits bei spezifischen Fragestellungen die Möglichkeit von standardisierten Test- und Diagnostikverfahren erwähnt, ebenso systematische Verfahren zur diagnostischen Erfassung möglicher Ressourcen. Jenseits solch formalisierter Verfahren bleibt die zentrale Methode des Empowerment-Ansatzes – wie der sozialen Arbeit überhaupt – das *Gespräch*. Zentraler Ansatzpunkt hierzu sind bereits in der Phase der Erstdiagnostik *Anamnesegespräche*. Ich möchte diesen Begriff – der ebenso wie der Diagnostikbegriff aus der Medizin stammt, den ich jedoch für treffend halte – nicht auf dieses Wirkungsfeld beschränkt wissen. Anamnese bedeutet in diesem Fall, gemeinsam mit dem Klienten alle (biographisch-) relevanten Faktoren, die die Lebenszusammenhänge nachhaltig beeinflussen, nochmals aufzugreifen, zu verbalisieren und damit wieder offenbar werden zu lassen. Dadurch werden nicht nur dem Helfer notwendige Einblicke in Entstehung und Hintergründe des aktuellen Erscheinungsbildes ermöglicht, es entstehen auch beim Klienten Prozesse des Wiederaufgreifens von prägenden Lebenserfahrungen – mit angenehmen wie unangenehmen Assoziationen –, die eine (persönliche) Verbindung zwischen den Gesprächspartnern fördern. Durch das Gefühl des Helfers, dem Klienten mit Aufmerksamkeit und Zeit sein Interesse zu offenbaren, wird eine Gegenreaktion gefördert, bei der der Klient seinerseits das Gefühl entwickelt, hier lohne es sich (möglicherweise doch), Vertrauen und Offenheit zu investieren, ohne dass sich mögliche Vorerfahrungen an Stigmatisierung, Abwertung und Ausgrenzung oder schlichtweg Interesselosigkeit wiederholen. Hier kommen Erkenntnisse der narrativen Psychologie zum Tragen, wonach in biographischen Erzählungen mit dem Darlegen von Lebensereignissen auch der eigene Lebenssinn konstruiert und dem anderen näher gebracht wird. Dieses chronologische Präsentieren und In-Beziehung-Setzen von Lebenserfahrung trägt elementar dazu bei, dass Menschen ihre für ihre Identität bedeutsamen Ereignisse rekonstruieren, verarbeiten und weiter entwickeln. Lebensbrüche und traumatische Erfahrungen können wieder gefunden und reflektiert werden, alternative Strategien angedacht und fühlbar gemacht werden. Gleichzeitig können Erfolgserlebnisse an Gefühle wie Stolz, Wert-Sein und Würde erinnern und mit diesen Handlungsalternativen verknüpft werden und zu einer Perspektive einer künftig machtvolleren Lebensgestaltung führen.

Dabei ist offensichtlich, dass die Methodik sich im Einzelfall nach den Möglichkeiten des Klienten richtet. Selbstverständlich kann bei Menschen mit einer geistigen Behinderung das Gespräch (als rein verbale Kommunikation) nur bedingt eingesetzt werden. Der inhaltliche Ansatz des Sich-Einlassens auf die (biographische bedingten) Determinanten einer individuell ausgeprägten Persönlichkeit ist jedoch durchgängig. Dabei kommt es zu ständigen Wechselwirkungen zwischen der individuellen und der umfeldbezogenen Ebene. Wenn wir uns vergewissern, dass sich der Entste-

hungsprozess des Empowerment-Konzeptes in einer *Gemeinschaft* von Menschen vollzog, denen das Gefühl von Ohnmacht und Resignation zu eigen war und die sich zum Ziel setzten, ihre (Rest-) Kräfte zu bündeln und gemeinsam eine neue Stärke zu entwickeln, dann zeigt sich der enge Zusammenhang zwischen einer Stärkung individueller Ressourcen und ihren Wechselwirkungen mit *gruppenorientierten Prozessen*.

Für die professionellen Helfer bedeutet dies, eine Vielzahl von möglichen Netzwerken und bestehenden oder potenziellen Stützungssystemen ins Blickfeld zu nehmen, die eine Ressourcen stiftende Funktion übernehmen können: Familiensysteme, Peer-Groups, Freundschaften, Selbsthilfegruppen, institutionelle Hilfesysteme. Überall können Ressourcen vergraben sein, die der Entfaltung persönlicher Kräfte dienen, aber auch Keimzellen gemeinschaftlicher Gruppenerfahrungen und -engagements sein können. Gemeinschaftliches Ziel von Helfer und Klient ist es demnach, hier Zusammenhänge zu inszenieren und die individuellen Ressourcen in eine Wechselwirkung mit kollektiven Ressourcen zu bringen. Erster Ansatzpunkt hierfür sind zu meist familiäre oder freundschaftliche Beziehungen, da hier eine höhere Vertrautheit herrscht und gerade bei negativ vorbelasteten sozialen Erfahrungen die Hemmschwelle zu einer anonymen externen Gemeinschaft größer ist. Ausgehend von diagnostischen Erkenntnissen bzgl. bestehender Binnenbeziehungen ist es daher zunächst notwendig, beziehungshemmende Faktoren zu erkennen und zu reflektieren, emotionale Belastungen abzubauen und abgerissene Kommunikationsstrukturen auf ihre Substanz hin zu überprüfen. Zum Thema werden hier subjektive Hemmnisse gegenüber Kontakt und Kommunikation (z.B. Angst vor erneuter Verletzung), Ressentiments und biographische Beziehungszusammenhänge, die einer produktiven Auseinandersetzung entgegen stehen, aber auch die Grenzen einer persönlichen (emotionalen) Überforderung.

Neben dieser analysierenden Ebene tritt sodann eine verknüpfende Ebene, bei der eine Key-Worker-Funktion (bei artikuliertem Bedarf) positiven Einfluss auf die (Re-) Konstruktion von (zunächst privaten) Netzwerken nehmen kann. Ziel ist eine Gesamtkonstruktion eines funktionierenden sozialen Netzwerkes. Neben den bestehenden (familiären oder freundschaftlichen Binnenbeziehungen) richtet sich die Aufmerksamkeit aber auch auf mögliche externe Netzwerke, gerade wenn im Zuge einer lang anhaltenden Vereinsamung Binnenbeziehungen nicht mehr präsent sind. Bei der Unterstützung eines Entstehens oder einer Integration in neue Gemeinschaften können professionelle Helfer als Vermittler fungieren, die Wege zu gleich Betroffenen weisen, zu einer Kontaktaufnahme motivieren und soziale Erfahrungen mit den Klienten reflektieren können. Sie können sich aber – bei Bedarf – auch in das Gruppengeschehen sozialer Netzwerke integrieren (Bsp.: offene Jugendarbeit) und für eine Übergangszeit von innen heraus eine koordinierende, ausgleichende und solidarisierende

Funktion übernehmen. Ziel eines Empowerment-Ansatzes ist es, in Anknüpfung an seine Entstehungstradition bürgernahe soziale Netzwerke entstehen zu lassen oder zu stärken, in denen eine Anonymisierung innerhalb von Wohnstrukturen überwunden wird, soziale (Nachbarschafts-) Kontakte wieder fester Bestandteil einer Alltagskultur (in Aufwertung gegenüber einer individualisierten Medienkonsum-Kultur) werden und daraus die Kraft erwächst, in solidarischer Gemeinsamkeit ein Gefühl neuer Stärke zu entwickeln.

Über eine unmittelbare Klientelarbeit hinaus erfüllt Soziale Arbeit in diesem Zusammenhang auch die Funktion, gegenüber institutionellen Systemen als Vermittler und ggf. als Initiator von Veränderungsprozessen in Institutionen (sei es Verwaltung oder andere professionelle Dienstleister wie bspw. Behindertenverbände) zu fungieren. Deren Dienstleistungen vollziehen sich in weiten Teilen noch in einem weitgehend geschlossenen Binnensystem, das seine eigenen Gesetze entwickelt hat und für Außenstehende häufig zunächst befremdend und abschreckend wirkt. Jenseits neuer formaler Strukturen (wie Bürgerbeiräte für jeweils spezifische Klientelfragen, Behindertenbeauftragte etc.), die im Einzelfall sehr Gewinn bringend sein können, aber ihrerseits auch wieder neue Ressourcen erfordern, kann Soziale Arbeit gemeinsam mit den Institutionen ein Klima fördern, das kontinuierlich institutionelle Bevormundungen abbaut und eine offene bürgerfreundliche Dienstleistungsmentalität auch für sozial Benachteiligte und häufig Stigmatisierte wachsen lässt. Dies unterstützt mittelfristig den Rollenwandel der Betroffenen (von Behinderten über alte Menschen, Menschen in Armut, mit psychischen Erkrankungen u.v.a.) zu „aktiven Dienstleistungs-Konsumenten“, die auf allen Ebenen ihre Interessen selbst vertreten (vgl. Herriger 2002, 145ff.).

5 Klientenspezifische Settings und Grenzen des Empowerment-Ansatzes

Empowerment ist somit von einer Dienstleistungsmentalität geprägt, in der professionelle Soziale Arbeit ihren Klienten nicht die Verantwortung für eine gelingende Lebensstruktur abnimmt. Voraussetzung hierfür ist ein Mindestmaß an Verantwortungsbereitschaft und -fähigkeit. Entsprechend gestalten sich auf individueller Ebene die Rahmenbedingungen und methodischen Ansätze unterschiedlich je nachdem, welche Kompetenzen die Klientel zur Übernahme von Verantwortung mitbringen kann. Gleiches gilt auch für gruppenorientierte Prozesse. Im Rahmen der Gemeinwesenarbeit kann bspw. ein Ziel professioneller Arbeit sein, die Lebensbedingungen von Menschen in einem sog. Sozialen Brennpunkt zu verbessern. Damit ist jedoch noch völlig ungeklärt, was subjektiv von den Betroffenen als „Verbesser-

rung“ empfunden wird und ob überhaupt ein Konsens gefunden werden kann. Dies wäre zentraler Bestandteil einer Diagnostikphase. Darüber hinaus gehend ist es auch nach z.T. langfristiger gemeinschaftlicher Arbeit notwendig, die Zielsetzungen dahingehend zu überprüfen, ob das Ziel noch aktuell ist und Wege und Ziele noch identisch sind. Damit werden auch unterschwellige Wirkungsmechanismen (z.B. neue hierarchische Strukturen innerhalb einer Gruppe, die wiederum zu Entfremdungs- und Benachteiligungsgefühlen führen) offenbart. Ebenso kann reflektiert werden, welche Entwicklungs- und Lernprozesse unterhalb der Ebene eines gemeinschaftlichen Erreichens selbst gesteckter Ziele wirksam werden.

Anders ist es beim Ansatz eines Patienten-Empowerments. Hier bietet es sich an, auf notwendige Freiräume durch *Verantwortung übernehmende* medizinische Fachpersonen hinzuweisen, damit ein Mitgestalten von Menschen mit (chronischen oder kurzfristigen, realen oder potenziellen) Erkrankungen auf wirksamen Boden fallen kann. Hierzu muss klar gestellt werden, dass die Verantwortung für eine Behandlung – wo immer möglich – beim Patienten liegt, ein Beratungs- und Aufklärungsauftrag allerdings beim professionellen Experten. Angesichts der rechtlichen Dimension, die im medizinischen Bereich (ähnlich wie in der Jugend- oder Drogenhilfe) stets in Form von vermeintlichen Klageverfahren mit schwingt, kein leichtes Unterfangen. Hier stellen sich zusätzliche Hemmschwellen für eine Umsetzung eines Empowerment-Konzeptes in den Weg.

Bei der Hilfe für Menschen mit Behinderungen werden diese Erschwerungen einer Umsetzung gerne in der fehlenden (kognitiven oder psychischen) Fähigkeit oder Bereitschaft zur Übernahme von (Eigen-) Verantwortung gesehen. Hier ist kritisch zu hinterfragen, ob aus professioneller Sicht in der Tat die Möglichkeiten von selbstständigen (Mit-) Entscheidungen ausgeschöpft wurden oder ob nicht eine Unsicherheit der Fachpersonen oder Einfachheit der Arbeitsabläufe die Fachpersonen dazu motivieren, ihre Macht für die Übernahme von Entscheidungskompetenzen zu missbrauchen (anschauliche Beispiele bei Fornefeld 2000).

Um dem entgegen zu wirken ist eine weitere Ebene für eine qualifizierte inhaltliche Ausgestaltung des Empowerment-Konzeptes notwendig. Die Ebene der systematisch methodisch fundierten *Evaluation*, dem gezielten Einsatz von Instrumenten, die eine kritische Reflexion des persönlichen Einsatzes der Fachpersonen gewährleisten. Damit gibt das Konzept den Fachpersonen als klassische Einzelkämpfer vor Ort Anhaltspunkte darüber, ob die eingesetzten Methoden den Zielen noch entsprechen. Evaluierungskonzepte beinhalten neben einer gezielten Rückmeldung der Adressaten und einem Auswerten von Zielvereinbarungen auch die berufliche Reflexion in Form von (kollegialer und externer) Supervision, Teamkonferenzen oder standardisierten Evaluierungsinstrumenten.

Wie gesehen variieren die fachlichen Ansätze eines Empowerment je nach klienteigenen Spezifika maßgeblich. Indem die in der Gemeinwesenarbeit erwachsenen Methoden auf andere Bereiche – Suchthilfe, Jugendarbeit, Arbeit mit Menschen mit Behinderungen u.a. – übertragen werden, müssen diese auch gemäß den spezifischen Möglichkeiten und Bedürfnissen des Klientels angepasst werden. Die Grundparameter des Empowerment sind jedoch durchgängig, sie implizieren eine Veränderung der Helferkultur hin zum Dienstleistungsbereich, die Methoden beinhalten eine kritische Überprüfung, welche Angebote in der Tat Gewinn bringend und erforderlich und welche Angebote als vermeintlich sinnvoll *inszeniert* sind. Dabei können vielfältige Angebote (z.B. therapeutische Maßnahmen bei schweren Behinderungen) im Einklang mit den Klienten erfolgen, ohne dass das originäre Bedürfnis des Klienten die Therapie wäre, sondern möglicherweise die Zuwendung, von der der Klient schmerzhaft erlernt hat, dass diese (bezahlte) Zuwendung nur im Rahmen einer (finanzierten) Therapiemaßnahme erfolgt. Für einen solchen (hospitalisierten, möglicherweise nicht sprechenden) Menschen wäre ein hohes Maß an kommunikativer und lebenspraktischer Unterstützung und an Einfühlung in seine spezifischen Bedürfnisse und die (nonverbal) geäußerten Signale notwendig. Gerade mit seinem obligatorisch kontextuellen Ansatz ist Empowerment auch hier anwendbar, auch wenn *Theunissen* mit Recht auf die hohen Anforderungen hinweist, die die Fachpersonen mitbringen müssen, um zwischen notwendigen Interventionen („intervenierende Assistenz“) und vermeintlich notwendigen Eingriffen, die mit Verweis auf „das Wohl der Behinderten“ oder auf ihre defizitären Entscheidungsfähigkeit fremd-zugewiesen werden, zu differenzieren⁷. Die Gründe für eine Fremdbestimmung professioneller Fachpersonen sind gerade in der Arbeit mit Behinderten vielfältig: Neben der Sorge um das „Wohl“ der Klienten und die Notwendigkeit, selbst entscheiden zu müssen, da sich die Behinderten nicht genügend artikulieren könnten, werden auch fehlende Ressourcen insbesondere an Personalkapazitäten und andere strukturelle Sachzwänge wie „geordnete Tagesabläufe“, „bestehende Gruppenstrukturen“, Vorgaben durch eine Zentralversorgung der Einrichtungsträgers angeführt (vgl. auch z.B. *Theunissen* 2000). Die Mitarbeiter erscheinen hier in einer Sandwich-Rolle zwischen eigenen fachlichen Ansprüchen oder den erspürten Bedürfnissen ihrer Klientel und dem hierarchischen Machtgefüge von Einrichtungsstrukturen. Möglicherweise verstärken Konflikte mit Dritten – v.a. Angehörige, die eine fehlende Ordnung oder Sauberkeit bemängeln, oder Therapeuten, die einen „geordneten Rahmen“ zur Durchführung ihrer thera-

7 Rock (2001) gebührt hier das Verdienst, mit seiner Studie dezidiert auf Parameter aus der Alltagspraxis von Behinderteneinrichtungen hingewiesen zu haben, in denen sich Ansprüche an Selbstbestimmung und an Fürsorge (verbunden mit eingeschränkten fachlichen Rahmenbedingungen) diametral gegenüber stehen.

peutischen Behandlung erwarten – das Gefühl bei den Fachpersonen vor Ort, Ziel ihrer Arbeit sei es, für eine allgemeine Anpassung zu sorgen, um Auffälligkeiten – gerade in der Öffentlichkeit – zu vermeiden.

Die Analyse von Faktoren, die eine fachliche Weiterentwicklung zur Umsetzung eines Empowerment-Ansatzes in der Sozialen Arbeit hemmen, ist damit sehr aktuell. Sie stellt auch die Rolle der etablierten Wohlfahrtsverbände als im traditionell etablierten Subsidiaritätsprinzip Hauptträger Sozialer Arbeit auf einen kritischen Prüfstand, sowohl unter dem Aspekt der Qualifikationsfrage der Fachpersonen als auch unter dem Aspekt des Strukturfunctionalismus und der Verknüpfung von Wohlfahrtsverbänden mit politischen Entscheidungsträgern (vgl. Gehrhardt 1999, 407f.).

6 Fachliche Weiterentwicklung des Empowerment-Konzeptes

Das Empowerment-Konzept war über fast 20 Jahre hinweg in der theoretischen Diskussion wegweisend. Inzwischen besteht der Anspruch, dass es als allgemeingültiger Ansatz unstrittig ist. Er hat an vielen Stellen Eingang in die politische Gesetzgebung gefunden (insbesondere die Mentalität der Kundenorientierung betreffend). Unabhängig davon, dass er in der theoretischen Diskussion etabliert ist, zeigt die Praxis, dass seine Umsetzung auf Schwierigkeiten stößt, und es wird noch genauer auszuwerten sein, wie den Hemmfaktoren entgegen gewirkt werden kann. Er ist jedoch auch inhaltlich weiter zu entwickeln. Als Denkansatz kann er dazu beitragen, die Macht- und Vorurteilstrukturen zu offenbaren und Hemmnissen für eine mündigere Gesellschaft entgegen zu wirken und entsprechende Handlungskonzepte zu konkretisieren. Dies geht jedoch auf Dauer nicht ohne eine einvernehmliche Kooperation zwischen den gesellschaftlich engagierten Fachpersonen und Entscheidungsträgern in den Institutionen und in den Organisationen – auch bzgl. einer weiteren Praxisforschung und Weiterqualifizierung.

Die Klärung der Frage, ob damit ein grundsätzlich neues Denken verbunden sein kann, staut sich derzeit an den Gegenpolen von Ansprüchen an Empowerment vs. sozialpolitische Privilegien und Ressourcen, die sich gesellschaftliche Gruppen in früheren Jahren erarbeitet haben und in den letzten Jahren sukzessive einschränken müssen. Unter dieser Konfrontation um Kürzungen im Sozialwesen erscheint die fachliche Diskussion um „Empowerment“ als Störfaktor:

In die Diskussion um ein neues Bürger-Engagement, das von der Empowerment-Diskussion forciert wird, mischt sich als moderne Variante der Ansatz um eine Neugestaltung des „Ehrenamtes im Sozialwesen“. Ausgehend von der Förderung der Selbstkompetenz der Bürger soll das ehrenamtliche Engagement sich nicht mehr auf

All dies erfordert ein hohes Maß an flexiblem Handlungsrepertoire und an (persönlicher) Qualifikation. Erschwert werden die Anforderungen in der Tat dadurch, dass die strukturellen Ressourcen der Professionellen (egal ob Streetwork, Pflege, Behinderten- oder Jugendhilfe) sowohl an Personalkapazitäten wie an Qualifizierungsmöglichkeiten zunehmend beschnitten werden. Unabhängig hiervon sind auch die Ressourcen der Professionellen weiter zu effektivieren, und dabei sollte die gezielte und qualifizierte Organisation von Ehrenamtlichkeit eine Hilfe und keine Gefahr darstellen.

Eine professionelle psychosoziale Arbeit, die ihr Kapital in das Vertrauen und in die Stärken ihrer Klienten investiert, wendet sich ab von der Expertenmacht vergangener Zeiten. Auf dem Fundament einer Partnerschaftlichkeit auf gleicher Respekt-Ebene verlässt sie die Arbeitsgrundlage einer fürsorglichen Beziehung und gibt dem Klienten seine Verantwortung für seine Lebensgestaltung soweit wie möglich zurück. Gleichzeitig sorgt sie durch ein gegenseitiges Vereinbaren wechselseitiger Aufgaben und Angebote für Transparenz und eine Klarheit an Erwartungen und bedient sich überschaubarer Methoden. Ausgehend von einem zugewandten Erfassen der lebensbiographischen Grundlagen des Gegenübers werden gemeinsam Kompetenzen und Grenzen heraus gestellt und im Alltag respektiert. Gleichzeitig werden die Wünsche des Klienten aufgenommen und nach Möglichkeit in einen Hilfeprozess integriert, für den er die Forderführung und Verantwortung behält. Somit ist Soziale Empowerment-Arbeit nicht nur Dienstleistung oder stellvertretendes Eintreten für die vermeintlichen Interessen vermeintlich Schwächerer. Sie konzentriert sich auf ein sensibles empathisches Begleiten von Emanzipationsprozessen mit dem Ziel der individuellen und kollektiven Stärkung des Lebensalltages. Die soziale Stärke einer künftigen Gesellschaft wird daran gemessen werden, wie integriert Minderheiten sind, wie kompetent ihre Mitglieder mit Bildungsangeboten umgehen und wie mündig ihre Bürger Verantwortung für ihre Lebensgestaltung übernehmen können.

Literatur

- Bronfenbrenner, U. 1981 (1989): „The ecology of human development: Experiments by nature and design“, Cambridge, MA: Harvard University Press 1979, deutsche Übersetzung: „Die Ökologie der menschlichen Entwicklung“. Stuttgart
- Fornfeld, B. 2000.: Selbstbestimmung und Erziehung von Menschen mit Behinderung – Ein Widerspruch, in: Behinderte in Familie, Schule und Gesellschaft Nr. 1/2000
- Herriger, N. 1995: Empowerment und das Modell der Menschenstärken. Bausteine für ein verändertes Menschenbild der Sozialen Arbeit. In: Soziale Arbeit 5/1995 b, S. 155-162
- Herriger, N. 1997: Das Empowerment-Ethos. In: Sozialmagazin 11/1997, S. 29-35
- Herriger, N. 2002: Empowerment in der Sozialen Arbeit, Stuttgart

- Keupp, H. 2003: Ressourcen als gesellschaftlich ungleich verteilte Handlungspotentiale. In: Schemmel, H./Schaller, J. (Hg.): Ressourcen. Ein Hand- und Lesebuch zur therapeutischen Arbeit. Tübingen, S. 555-573
- Klafki, W. 1994: Neue Studien zur Bildungstheorie und Didaktik, Weinheim
- Klöck, T. 1993: Empowerment, in: Bitzan/Klöck (Hg.): Politikstrategien, Wendungen und Perspektiven, GWA-Jahrbuch 5, München
- Rapaport, J. (Hg.) 1984: „Studies in empowerment: steps toward understanding and action. New York
- Rock, K. 2001: Sonderpädagogische Identität unter der Leitidee der Selbstbestimmung, Bad Heilbrunn,
- Schiepek, G./Cremers, S. 2003: Ressourcenorientierung und Ressourcendiagnostik in der Psychotherapie. In: Schemmel, H./Schaller, J. (Hg.): Ressourcen. Ein Hand- und Lesebuch zur therapeutischen Arbeit. Tübingen, S. 147-192
- Simon, B. 1994: The empowerment tradition in american social work, New York
- Soloman, B. 1976: Black empowerment. Social work in oppressed communities. New York
- Stark, W. 1993: Die Menschen stärken. Empowerment als eine neue Sicht auf klassische Themen von Sozialpolitik und sozialer Arbeit. In: Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg (Hg.): Blätter der Wohlfahrtspflege. Deutsche Zeitschrift für Sozialarbeit. Stuttgart, Heft 2, 41-44
- Theunissen, W. / Plaute, G.: Handbuch Empowerment und Heilpädagogik, Freiburg 2002 (1. Auflage: 1995)
- Theunissen, G. 2000: Wege aus der Hospitalisierung. Empowerment in der Arbeit mit schwerstbehinderten Menschen, Bonn
- Tröskén, A./Grawe, K. 2003: Das Berner Ressourceninventar. Instrumente zur Erfassung von Patientenressourcen aus der Selbst- und Fremdbeurteilungsperspektive. In: Schemmel, H./Schaller, J. (Hg.): Ressourcen. Ein Hand- und Lesebuch zur therapeutischen Arbeit. Tübingen, S. 195-223
- Willutzki, U. 2003: Ressourcen. Einige Bemerkungen zur Begriffsklärung. In: Schemmel, H./Schaller, J. (Hg.): Ressourcen. Ein Hand- und Lesebuch zur therapeutischen Arbeit. Tübingen, S. 91-109.

Ruth Enggruber

Kritische Notizen zum Empowerment-Konzept in der Sozialen Arbeit

1. Vorbemerkungen

Direkt zu Beginn meines Beitrages möchte ich klarstellen, dass ich grundsätzlich mit dem Empowerment-Konzept in der Sozialen Arbeit übereinstimme. Dies gilt vor allem für die Verständnisse *psychologischen* und *politischen Empowerments*, die Norbert Herriger (2010) für die Soziale Arbeit präzisiert und bereits vor 14 Tagen in dieser Ringvorlesung vorgestellt hat. Trotz dieser grundlegenden Zustimmung möchte ich hier einige kritische Notizen dazu anmerken und Widersprüche herausarbeiten, die meines Erachtens in das Empowerment-Konzept systematisch eingelassen sind. Die selbstkritische Reflexion und Selbstvergewisserung der eigenen sozialpolitischen Verstrickungen und gesellschaftlichen Bedingungen sind spätestens seit den 60er Jahren des letzten Jahrtausends konstitutiv für das Selbstverständnis der Profession und Wissenschaftsdisziplin Soziale Arbeit (siehe z. B. Marburger 1979, aktuell May 2010). Deshalb ist sie meines Erachtens auch im Rahmen dieser Ringvorlesung zu leisten.

Bei meiner kritischen Auseinandersetzung, die sich letztlich nur auf Notizen beschränken kann, beziehe ich mich sowohl auf aktuelle Theoriediskurse in der Sozialen Arbeit als auch auf vorzufindende Positionen zum Empowerment-Ansatz sowie empirische Ergebnisse aus der Praxis der Sozialen Arbeit. Zur Strukturierung meiner Überlegungen hat Norbert Herriger (2010, S. 81 ff.) selbst Vorarbeit geleistet. Er fügt die Einwände gegen Empowerment, er bezeichnet sie zugespitzt als „Vorwürfe, die kritisch gegen dieses berufsethische Überzeugungsmodell ins Feld geführt werden“ (ebd. S. 81), in den folgenden drei Argumentationslinien zusammen:

- (1) „Die Ideologie des autonomen Subjekts und die Nicht-Beachtung von realen Leidenserfahrungen“ (ebd. S. 81)
- (2) „Die Ideologie des ‚Ellenbogen-Menschens‘“ (ebd. S. 83)
- (3) „Die neoliberale Umarmung des Empowerment-Konzeptes“ (ebd. S. 84).

Bevor ich mich mit diesen einzelnen Kritiksträngen beschäftigen werde, werde ich zunächst auf einige terminologische Schwierigkeiten des Empowerment-Begriffs und seine vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten eingehen.

2. Fragen an die Begrifflichkeit und Verwendung von *Empowerment*

Die Probleme bei der Begriffsbestimmung erläutert Ulrich Bröckling (2003, S. 323) in seiner überaus kritischen Positionierung zu *Empowerment* folgender Maßen: „Der Terminus bezeichnet sowohl eine Wertorientierung, an der sich das Handeln ausrichten soll, wie auch ein theoretisches Modell, um Transformationen auf individueller, organisatorischer und gesellschaftlicher Ebene zu beschreiben.“ Angesichts dieser schillernden Begrifflichkeit überrascht nicht, dass in der Sozialen Arbeit bisher eine systematische Einordnung von *Empowerment* fehlt: Während Norbert Herriger, wie bereits zitiert, *Empowerment* als „berufsethisches Überzeugungsmodell“ (ebd. S. 81) bzw. „professionelle Handlungsethik“ (ebd. S. 240) mit entsprechenden organisatorischen Rahmenbedingungen und Handlungsmethoden bezeichnet und damit vor allem auf professionelle Wert- und Grundhaltungen abstellt, sehen andere darin eine Methode oder sogar eine eigene „Theorie Sozialer Arbeit“ (Weber 2009, S. 17). Aufgrund seiner offenen Bedeutung ist das Empowerment-Konzept auch in anderen Wissenschaften und Praxisfeldern aufgegriffen worden (Herriger 2010, S. 240, Bröckling 2003). Schließlich ist die Selbstermächtigung der Subjekte, ihr Leben selbst zu bestimmen und aktiv (mit) zu gestalten, auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht z. B. für die Personalentwicklung und -organisation in Unternehmen interessant. Ebenso rekurren Soziologie und Politikwissenschaft auf Empowerment, wenn es um soziale Bewegungen generell oder speziell um Emanzipationsbewegungen in Ländern der internationalen Entwicklungszusammenarbeit geht, so wie dies Walter Eberlei in der letzten Veranstaltung dieser Ringvorlesung skizziert hat. Nicht zu vernachlässigen ist die Psychologie, die mit ihren Hinweisen zu einer im ganzheitlichen Sinne gesunden Lebensführung zum umfassenden psychischen, physischen und sozialen Wohlbefinden der Menschen beitragen möchte. Angesichts der vielseitigen Deutungs- sowie damit verbundenen Nutzungsmöglichkeiten kann *Empowerment* mit Ulrich Bröckling (2003, 2008) auch als „Sozialtechnologie“ bezeichnet werden, die politisch für viele attraktiv sei: „Die Linke benutzte Empowerment, um politischen Widerstand zu mobilisieren, die Rechte, um ökonomisch rationale und unternehmerische Akteure zu erzeugen“ (2003, S. 325).

Dieser kurze Ausflug in die terminologischen Unschärfen und vielfältigen Inanspruchnahmen von *Empowerment* soll hier genügen, um zu zeigen, dass „Empowerment ... in den letzten Jahren zu einem ‚Mode-Konzept‘ innerhalb der politischen, wissenschaftlichen und praktischen Diskurse geworden“ ist, wie Norbert Herriger (2010, S. 240) selbst feststellt. Umso mehr sind aus meiner Sicht kritische Reflexionen zum Empowerment-Konzept in der Sozialen Arbeit sowohl aus einer kritisch-theoretischen Perspektive als auch in seiner sozialpolitischen Verwobenheit gefordert. Dazu werde ich mich im Folgenden auf die Arbeitsdefinition von Norbert Herriger (2010, S. 20) einlassen:

„Der Begriff ‚Empowerment‘ bedeutet Selbstbefähigung und Selbstermächtigung, Stärkung von Eigenmacht, Autonomie und Selbstverfügung. Empowerment beschreibt mutmachende Prozesse der Selbstbemächtigung, in denen Menschen in Situationen des Mangels, der Benachteiligung oder gesellschaftlichen Ausgrenzung beginnen, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen, in denen sie sich ihrer Fähigkeiten bewusst werden, eigene Kräfte entwickeln und ihre individuellen und kollektiven Ressourcen zu einer selbstbestimmten Lebensführung nutzen lernen.“

Diese Definition, die sich sowohl auf das Handlungsziel als auch auf die Förder- und Lernprozesse einer Empowerment-Praxis in der Sozialen Arbeit bezieht und damit auch eine Wertorientierung transportiert, impliziert ein Menschenbild, das Norbert Herriger (ebd., S. 72 ff.) mit der „Philosophie der Menschenstärken“ umreißt. In kritischer Lesart ist damit die Vorstellung eines „autonomen Subjekts“ verbunden, das flexibel in unterschiedlichen gesellschaftlichen Lebensbedingungen zu einer selbstbestimmten Lebensführung mächtig ist.

3. „Die Ideologie des autonomen Subjekts und die Nicht-Beachtung von realen Leidenserfahrungen“

Die Kritik, dass hinter dem Empowerment-Konzept das ideologische Konstrukt eines „autonomen Subjekts“ steht, werde ich im Folgenden aus zwei verschiedenen Perspektiven einordnen und erläutern.

Bezugnahme auf die „structure/agency-Debatte“ (Raithelhuber 2008) in der Sozialen Arbeit

Die Kritik an der „Ideologie des autonomen Subjekts“ recurriert meines Erachtens auf die alte systematische Frage der Sozialen Arbeit, wie Menschen als Akteure in ihrer sozialen Umwelt betrachtet werden (Homfeldt/ Schröer/ Schweppe 2008, S. 7): Werden sie als handlungsmächtige Akteure, also ausgestattet mit „agency“, verstanden als Handlungsmächtigkeit, konstruiert, die ihre materielle und soziale Umwelt und damit auch ihre subjektive Lebensführung nach ihren Bedürfnissen und Interessen gestalten können, oder werden sie eher als ‚Opfer‘ sozialer Strukturen verstanden mit den damit verbundenen Zumutungen, Belastungen und Leidenserfahrungen. Das Denken in den gängigen Dualismen von Struktur und Handlung reicht weit in die sozialwissenschaftliche Theoriebildung hinein. In den letzten Jahren wird versucht, diese dualistische Betrachtung in integrativen Theoriezugängen aufzuheben und Struktur sowie Handlung systematisch aufeinander zu beziehen (Raithelhuber 2008). Allerdings rekonstruiert Eberhard Raithelhuber (2008, S. 36) „die Debatte um *structure/agency* als unendliche Geschichte“, weil es bisher in den diskutierten Sozialtheorien zum Beispiel von Anthony Giddens, Barry Barres und Pierre Bourdieu nicht gelungen ist, den Dualismus von Struktur und Handlung bzw. *structure* und *agency* zu überwinden und integrative Theorien zu entwickeln (Raithelhuber 2008; Ziegler 2008). Verweisen möchte ich auf die übernächste Veranstaltung im Rahmen dieser Ringvorlesung am 19.11.12, in der Lars Schmitt das Habituskonzept von Pierre Bourdieu aufnehmen und aus dieser Perspektive das Empowerment-Konzept einordnen und präzisieren wird.

Trotz der bisher sozialtheoretisch nicht aufgelösten Dichotomie zwischen Struktur und Handlung ist die *structure/agency*-Debatte für meine Überlegungen relevant. Denn einerseits werden im „Modell der Menschenstärken“ die „realen Leidenserfahrungen“ (Herriger 2010, S. 81 f.) der Adressat_innen Sozialer Arbeit ausdrücklich thematisiert. Zudem klassifiziert Norbert Herriger (2010, S. 80) das Empowerment-Konzept als „sozialaufklä-

rerisches Programm“, in dem ausdrücklich im Rahmen politischen Empowerments für soziale Gerechtigkeit eingetreten werde. Dennoch werden Strukturen sozialer Ungleichheit und die ungleiche Verteilung gesellschaftlich wertgeschätzter Güter wie soziales Ansehen, Einflussmöglichkeiten und damit auch Handlungsfähigkeit und –mächtigkeit nicht systematisch in das Theoriekonzept eingearbeitet (Ziegler 2008, S. 88). Stattdessen werden die Fähigkeiten zur Selbstbestimmung, Selbstermächtigung und Selbstorganisation der Subjekte einseitig betont und herangezogen, um strukturell bedingte Notlagen zu verändern. Zugespitzt könnte aus einer ungleichheitstheoretischen Perspektive gesagt werden: Die Verbesserung ihrer eigenen Lebenslagen wird mittels Förderung von Autonomie und Selbstermächtigung gerade an die Menschen delegiert, die zuvor von Seiten der Sozialen Arbeit als „ohnmächtig“ adressiert wurden, weil sie in ‚ohnmächtig machenden‘ Strukturen von Armut, fehlender Macht und Einflussmöglichkeiten sowie sonstigen Bedingungen sozialer Ungleichheit leben. Dabei belegen zahlreiche Studien zu sozialen Bewegungen die engen Zusammenhänge zwischen politischen Macht- und Einflussmöglichkeiten auf der einen und sozialer Herkunft der sich Organisierenden auf der anderen Seite (z. B. Ziegler 2008; Wagner 2012). Macht ist zwar mit Ulrich Bröckling (2003, S. 327, 2008) eine soziale Ressource, die grundsätzlich allen zugänglich ist, sie ist aber sehr ungleich verteilt. Somit ist zwar einerseits das mit dem Empowerment-Konzept verfolgte Ziel, Menschen dazu anzustiften und zu befähigen, sowohl in ihrem Lebensumfeld als auch auf meso- und makropolitischen Ebene machtvoll ihre eigenen Interessen einzubringen und zu vertreten (Herriger 2010, S. 81), ein ehrenwertes und auch zu unterstützendes Anliegen. Andererseits ist es erheblichen Risiken des Scheiterns ausgesetzt, denn mit Thomas Wagner (2012, S. 29) „gestaltet sich der Zugang unterprivilegierter Bevölkerungsgruppen zu einer effektiven politischen Repräsentation ihrer Interessen grundsätzlich prekär, weil gerade sie nur über eine schmale materielle und symbolische Ressourcenbasis zur Akkumulation eigener politischer Machtmittel verfügen.“

Mit dieser Argumentation möchte ich keineswegs das von Norbert Herriger (2010, S. 54 ff.) auch aus meiner Sicht zu Recht kritisierte defizitorientierte Klient_innenbild samt seiner „entmutigenden Opfer-Zuschreibungen“ (ebd. S. 82) wieder aufleben lassen. Gerade Empowerment-Konzepte haben in den letzten Jahren zur Überwindung des damit einhergehenden paternalistischen Fürsorgekonzeptes, in dem die Adressat_innen Sozialer Arbeit nur mit ihren Defiziten und damit auch ‚Behandlungsbedarfen‘ im Mittelpunkt standen, erheblich beigetragen. Dennoch ist aus einem Verständnis Kritischer Sozialer Arbeit zu kritisieren, dass die realen Machtverhältnisse und Lebenslagen der Menschen als Ansatzpunkte zur Lösung sozialer Probleme vernachlässigt werden. Denn in erster Linie stehen im Empowerment-Konzept die Selbstermächtigung des als autonom bestimmten Subjekts und die Förderung seiner Problemlösungskompetenzen im Fokus. „Zweifelloso liegt darin eine Psychologisierung (und damit Individualisierung) wenn schon nicht der Problemursachen, so doch der Wege zu ihrer Lösung“, wie Ulrich Bröckling (2003, S. 330) kritisch feststellt.

Auf diese Weise wird zum einen aus sozialtheoretischer Sicht das Wechselverhältnis zwischen Struktur und Handlung bzw. structure und agency zu stark auf die Handlungsmächtigkeit der Subjekte reduziert. Zum anderen steht aus professionsethischer Sicht

eine sich so verstehende Soziale Arbeit in der Gefahr, ihre Ansprüche politischer Einmischung zur Veränderung von sozialen Machtverhältnissen und zum Abbau sozialer Ungleichheit an die Klient_innen zu delegieren. Deshalb schlage ich vor, das Empowerment-Konzept auf der Basis sozialtheoretischer Überlegungen zur „structure/agency-Debatte“ weiterzuentwickeln. Möglicherweise wird dazu – wie bereits erwähnt – Lars Schmitt in der kommenden Woche auf der Basis der Habitus-theorie von Pierre Bourdieu einen Beitrag leisten.

Bezugnahme auf den Normalisierungs- und Normativitätsdiskurs in der Sozialen Arbeit – oder ‚Paternalistische Fürsorge und Expertentum im neuen Gewand‘

Als weiteren Diskussionsstrang zur „Ideologie des autonomen Subjekts“ beziehe ich mich in einem ersten Schritt auf den Normalisierungsdiskurs in der Sozialen Arbeit, wie er beispielsweise in dem von Fabian Kessl und Melanie Plöber (2010) herausgegebenen Sammelband geführt wird. Aus dieser Perspektive lassen sich zu der auch von mir ausdrücklich unterstützten Forderung nach Abkehr von defizitorientierten Klient_innenbildern zwei Widersprüche im Empowerment-Konzept rekonstruieren: Zum einen wird nicht problematisiert, dass auch dort nicht vollständig auf Defizitzuschreibungen und damit Stigmatisierungsprozesse mit entsprechenden Identitätszumutungen für die Betroffenen verzichtet werden kann. Bereits oben habe ich angedeutet, dass die Menschen in der Logik der Sozialen Arbeit zunächst als ‚ohnmächtig‘ und ‚machtlos‘ adressiert werden müssen, um überhaupt als Klient_innen anerkannt zu werden, die dann wiederum mit Bezug zu ihren Ressourcen zur Selbstermächtigung und Selbstbestimmung befähigt werden sollen. Dies gilt auch für Empowermentprozesse im Rahmen von sozialraumorientierter Sozialer Arbeit, so wie sie nächste Woche in dieser Ringvorlesung von Reinhold Knopp vorgestellt werden wird. Die Identifizierung von sogenannten „Stadtteilen mit besonderem Erneuerungs- oder Entwicklungsbedarf“ ist für die Bewohner_innen mit erheblichen Diskriminierungen und entsprechenden Identitätszumutungen verbunden (Kessl/Reutlinger 2007).

Zum anderen verfügen die Professionellen als Expert_innen qua ihrer jeweiligen institutionellen Verankerung im wohlfahrtsstaatlichen Gefüge über die entsprechende Definitionsmacht. Sie entscheiden über den Ein- und Ausschluss von Klient_innen entlang von normativen Konstruktionen von Hilfebedürftigkeit und Unterstützungswürdigkeit (Mecheril/ Melter 2010). Mithin ist es aufgrund der der Sozialen Arbeit immanenten Logik gar nicht möglich, auf jegliche „entmündigende Expertenurteile“ (Herriger 2010, S. 77), so wie im Empowerment-Konzept gefordert, zu verzichten. Stattdessen werden sie systematisch vorgesetzt.

Im Verständnis von Empowerment sehen die Expert_innen die Klient_innen also einerseits nicht mehr als passive, zu ‚behandelnde‘ Objekte sozialpädagogischer Intervention. Andererseits entscheiden sie aber mittels Zuschreibungspraktiken darüber, wer Zugang zu institutionellen Ressourcen erhält und damit ermächtigt wird und wer davon ausgeschlossen bleibt (Bröckling 2003, S. 330). Auch Norbert Herriger (2010, S. 219 ff.) thematisiert diese „Ungleichverteilung von Macht“ und plädiert für „Sharing power“ in dem Sinne, dass die Professionellen „die strukturellen Arrangements der Macht wie auch die stillen Verführungen zum Mächtig-Sein stets einer bewussten und kritischen Reflexion

zugänglich machen können“. Als Appell zur kritischen Selbstreflexion der Zusammenarbeit mit den Klient_innen teile ich diesen Anspruch. Allerdings erschließt sich mir nicht seine Relevanz für die grundsätzliche Entscheidung darüber, wer Zugang zu den institutionellen Ressourcen Sozialer Arbeit hat oder weiterhin erhält. Damit stellen sich grundlegende Fragen nach den normativen Entscheidungsgrundlagen und die darin eingelassenen Normalitätsvorstellungen. In diesem Zusammenhang verweist Ulrich Bröckling (2003, S. 330) auf das mit der „Philosophie der Menschenstärken“ verbundene Menschenbild, das Norbert Herriger (2010, S. 73 f.) wie folgt formuliert:

„Das Subjektmodell des Empowerment-Konzeptes ... ist getragen von dem festen Glauben an die Fähigkeiten des Individuums, in eigener Kraft ein Mehr an Autonomie, Selbstverwirklichung und Lebenssouveränität zu erstreiten – und dies auch dort, wo das Lebensmanagement der Adressaten sozialer Hilfe unter einer Schicht von Abhängigkeit, Resignation und ohnmächtiger Gegenwehr verschüttet ist.“

Nicht nur dieses Menschenbild, sondern auch die so genannte „Ressourcentaxonomie“ (ebd., S. 95 ff.), in der Personen- und Umweltressourcen klassifiziert sind, beinhalten nach meiner Lesart eine bunte Vielfalt gegenwärtig in der Gesundheitswissenschaft, Psychologie und Soziologie benannter Vorstellungen eines ‚guten Lebens‘, die in den Ermächtigungsprozessen der Sozialen Arbeit verfolgt und realisiert werden sollen. Dies führt zu einem weiteren im Empowerment-Konzept meines Erachtens enthaltenen systematischen Widerspruch: Einerseits wird zwar der Respekt für die eigene Zeit, eigenen Wege und Deutungen sowie für unkonventionelle Lebensentwürfe der Klient_innen eingefordert (Herriger 2010, S. 76 ff.), andererseits enthalten das Subjektmodell und die „Ressourcentaxonomie“ zahlreiche Normalitätsstandards und Konstruktionen eines guten und damit anzustrebenden Lebens. Zugegebener Maßen sehr pointiert stellt sich in Anlehnung an Klaus Günther (2002) die grundsätzliche Frage, ob sich das Individuum „als autonomes Subjekt“ auch ‚selbstbestimmt gegen seine Selbstbestimmung‘ entscheiden und sein bisheriges Leben in Abhängigkeiten und prekarierten Verhältnissen einem „Mehr an Autonomie, Selbstverwirklichung und Lebenssouveränität“ vorziehen kann.

Zumindest die nachdrücklich vorgetragene Forderung von Respekt und Anerkennung unkonventioneller Lebensentwürfe im Empowerment-Konzept (Herriger 2010, S. 85) lässt diese Interpretation zu, was allerdings von Hans-Uwe Otto, Albert Scherr und Holger Ziegler (2010, S. 145 f.) als „naiver Subjektivismus“ auf einer individuellen und „kultureller Relativismus“ auf einer kollektiven Ebene gegeißelt wird. Denn Menschen richten sich bekannter Maßen in ihren prekarierten Lebensverhältnissen ein und passen ihre Wünsche und Ansprüche an ein zufriedenstellendes Leben entsprechend an (ebd. S. 151 ff.). Deshalb sei die Position, die Problemlösungen den Klient_innen zu überlassen und die Wertorientierung Sozialer Arbeit auf Konzepten subjektiv empfundenen Wohlergehens zu begründen, „letztlich selbst affirmativ gegenüber den Resultaten gesellschaftlicher Repressions- und Ausbeutungsverhältnisse“ (Brumlik/ Keckeisen, zit. in Otto/ Scherr/ Ziegler 2010, S. 146). Sie plädieren deshalb für eine objektivierte normative Basis Sozialer Arbeit und bringen den Capabilities Ansatz der Befähigungsgerechtigkeit in der Fassung von Martha Nussbaum in den Normativitätsdiskurs ein. Dieser Vorschlag wird jedoch von Horst Bossong (2011, S. 599) als „harter Paternalismus“ grundlegend abgelehnt, weil mit ihm bestimmte Vorstellungen eines guten Lebens als allgemeingültig gesetzt werden.

Damit verbunden sei die Anmaßung, die Lebens- und Alltagspraxen anderer, auch die der Klient_innen Sozialer Arbeit, „als minder geglücktes, unrichtiges oder vertanes Leben zu qualifizieren“ (ebd., S. 595), was als normatives Grundverständnis Sozialer Arbeit schlichtweg abzulehnen sei.

Letztlich kann hier die Widersprüchlichkeit nicht aufgeklärt werden, ob das Empowerment-Konzept im lebensweltlichen Sinne von Hans Thiersch (2009) normativ im subjektiven Wohlergehen der Klient_innen seinen normativen Bezugspunkt hat, oder ob nicht doch ‚still und leise‘ das Menschenbild und die „Ressourcentaxonomie“ als verdeckte normative Vorstellungen von Normalität und gutem Leben wirksam sind.

4. „Die Ideologie des Ellenbogen-Menschen“

Mit dem Bild des „Ellenbogen-Menschen“ thematisiert Norbert Herriger (2010, S. 83 f.) die am Empowerment-Konzept geübte Kritik, dass dem „Modell der Menschenstärken“ im ideologischen Sinne ein auf die Durchsetzung seiner Interessen bedachtes Subjekt, das unbeirrt seinen eigenen Weg gehe, zugrunde liege. Dieser Interpretation der „Heroisierung von Ich-Stärke“ widerspricht Norbert Herriger (ebd. S. 84) ausdrücklich: „Das Modell der Menschenstärken verweist vielmehr auf die soziale Bezogenheit des einzelnen und investiert seine Hoffnungen in die produktive Kraft der Ressource Solidarität.“

Aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive ist dieses Verständnis von *Er- und Bemächtigung* als zu individualistisch zu hinterfragen. Denn mit Joachim Weber (2009, S. 11) ist „Macht ... zunächst nicht solidarisch, sondern widerständig, und in dieser Widerständigkeit erfüllt sie ihren politischen Zweck.“ Vor dem Hintergrund dieses Machtverständnisses kann das dem Empowerment-Konzept zugrundeliegende Gesellschaftsbild als harmonisierend bezeichnet werden, weil gesellschaftliche Konflikte ausgeblendet bleiben. Einerseits wird durch „psychologisches Empowerment“ (Herriger 2010, S. 190) das „autonome Subjekt“ angerufen und zur Selbstermächtigung befähigt. Andererseits sollen im Rahmen von „politischem Empowerment“ (ebd., S. 206) auch kollektive Selbstorganisationen, sei es als Gruppen, auf Stadtteilebene oder im Rahmen sozialer Bewegungen, zu „politischer Partizipation“ und bürgerschaftlichem Engagement bestärkt und ermächtigt werden. Dass Individuen, Gruppen oder soziale Bewegungen durchaus unterschiedliche politische Ziele verfolgen können und damit Konflikte und politische Auseinandersetzungen unvermeidbar sind, wird nicht thematisiert. Aber in politischen Machtkämpfen geht die Solidarität unweigerlich verloren. Deshalb ist nach Hannah Arendt (zit. in Weber 2009, S. 13) „Solidarität ... das Privileg der Ohnmächtigen“. Denn „die (solidarische) Menschlichkeit hat die Stunde der Befreiung noch niemals auch nur um eine Minute überlebt. Das heißt nicht, das sie nichts sei, sie macht in der Tat die Erniedrigung ertragbar; aber es heißt, dass sie politisch irrelevant ist.“

In meiner Lesart bezieht sich somit die Kritik, die Norbert Herriger in das Bild der „Ideologie des Ellenbogen-Menschen“ gefasst hat, nicht auf das ‚heroische, unsolidarische Subjekt‘. Vielmehr ist aus einer politikwissenschaftlichen Sicht kritisch zu notieren, dass

im harmonisierten Machtverständnis des Empowerment-Konzeptes soziale Konflikte und machtpolitische Auseinandersetzungen mit dem normativen Verweis auf Solidarität ausgeblendet werden. Exemplarisch kann dazu auf die bürgerschaftliche Kampagne gegen die Hamburger Schulreform verwiesen werden, in der sich die mit Abstiegsgefahren konfrontierte Mittelschicht ohne eine milieuübergreifende Solidarität gegen Angleichungsprozesse nach unten erfolgreich gewehrt hat (Wagner 2012, S. 31). Kurz zusammengefasst mit Ulrich Bröckling (2003, S. 331) ist die herrschende „Vorstellung einer zwar nicht prästabilisierten, aber mittels Empowerment zu stabilisierenden Harmonie zwischen individuellem *pursuit of happiness*, Organisationsentwicklung und gesellschaftlicher Integration“, in weiterführenden Überlegungen zum Empowerment-Konzept zu hinterfragen.

5. „Die neoliberale Umarmung des Empowerment-Konzeptes“

Die mit Chiffren vom „aktivierenden Sozialstaat“ oder „sozialinvestiven Sozialstaat“ bezeichnete Sozialpolitik bedient sich zu ihrer Legitimation originärer Begriffe Sozialer Arbeit, wie z. B. „Hilfe zur Selbsthilfe“ oder „Kompetenz- und Ressourcenorientierung“ sowie „Aktivierung“ der Kompetenzen zu Selbstorganisation und Selbstverantwortung (zusammenfassend Enggruber 2010). Auch das Empowerment-Konzept ist von dieser „begrifflichen Vereinnahmung“ (Seithe 2012, S. 271) betroffen. Dagegen wehrt sich Norbert Herriger (2010, S. 84 f.) vehement. Im Mittelpunkt seiner Kritik steht der im Sozialgesetzbuch II codifizierte Grundsatz des „Förderns und Forderns“ und das damit einseitig verfolgte Ziel, auch unter Androhung oder dem Vollzug von Sanktionen die Menschen in ihrer Beschäftigungsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt so zu aktivieren, dass sie nicht auf materielle Transferleistungen des Staates angewiesen sind und auf diese Weise nicht den öffentlichen Sozialhaushalten zur Last fallen. Dieser „Indienstrahme für eine Politik autoritärer Fürsorglichkeit“ setzt Norbert Herriger (ebd. S. 85) entgegen:

„Eine empowerment-orientierte Soziale Arbeit, will sie nicht zum Erfüllungsgehilfen der neuen sozialstaatlichen Zwangsprogrammatik werden, muß auf dem Eigensinn der Lebensentwürfe ihrer Adressaten beharren. Sie muß offen bleiben für unkonventionelle Lebensgestaltungen, muß Raum lassen für Widerspenstiges, muß sich einlassen auf ergebnisoffene Entwicklungsprozesse und Identitätsverläufe, die sich nur allzu oft an den exkludierenden Strukturen sozialer Ungleichheit brechen und jenseits der Arbeitsmarktrationalität verbleiben.“

Diesen ‚flammenden Appell‘, dass sich empowerment-orientierte Soziale Arbeit ihrer berufsethischen Grundlagen vergewissern und ihr professionelles Handeln daran ausrichten sollte, unterstütze ich in Gänze. Dennoch greift er meines Erachtens aus den folgenden vier Gründen als kritische Auseinandersetzung mit der „neoliberalen Umarmung des Empowerments“ zu kurz.

Ungleichheitstheoretische Reflexionen

Aus ungleichheitstheoretischer Sicht bezieht sich die Doktrin des „Sozialinvestitionsstaats“ auf die Gewährleistung von Chancengerechtigkeit und nicht auf Verteilungsgerechtigkeit in Gestalt der Umverteilung von Geldeinkommen zur Reduktion materieller

Armut (Olk 2009, S. 27). Damit verbunden ist die Vorstellung, dass jede und jeder selbst die Schuld trägt, wenn sie oder er die Chancen nicht ergreift. Mit dieser Auffassung werden kritisch formuliert sozialstrukturelle Problemlagen individualisiert, indem die Zuständigkeit zur Problemlösung den Individuen zugeschrieben wird. Damit einher geht die Privatisierung sozialer Risiken. Fabian Kessl (2005, S. 31) sieht die Aufgabe der wohlfahrtsstaatlichen Übereinkunft „kollektiver Risikokalkulation“ zugunsten einer „individuellen Risikokalkulation“. Dass gegenwärtig das Postulat der Chancengerechtigkeit kaum eingelöst werden kann und die Privatisierung von sozialen Risiken zu mehr sozialer Ungerechtigkeit führt, darauf verweist der sich gegenwärtig in der politischen Debatte befindliche Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Er belegt die zunehmende gesellschaftliche Spaltung in Arme und Reiche. Im Empowerment-Konzept werden zwar einerseits auch grundsätzlich die strukturellen Bedingungen für die Prekarisierung und Ausgrenzung weiter Bevölkerungsgruppen benannt. Andererseits bleibt aber die Problemlösung den Klient_innen der Sozialen Arbeit selbst überlassen, indem sie vor allem mit politischem Empowerment dazu ermächtigt werden sollen, sich in Selbsthilfegruppen und Bürgerinitiativen zu organisieren und politisch einzumischen. Dass der Verweis auf diese Einmischungsstrategien ohne Reflexion der strukturellen Lebensbedingungen zu kurz greift, weil sich die Nutzung gesellschaftlicher Partizipations- und Einflussmöglichkeiten sozial wiederum sehr ungleich verteilt, wurde zwar schon oben erwähnt. Dennoch möchte ich mit Thomas Wagner (2012, S. 25) nochmals herausstellen: „ein erweitertes Partizipationsrepertoire löst keinesfalls vorherrschende politische Machtstrukturen und Kräfteverhältnisse per se auf.“

Demokratiethoretische Reflexionen

Norbert Herriger (2010, S. 133 ff.) begründet die Zunahme des bürgerschaftlichen Engagements – neben anderem – zum einen mit den „strukturellen Grenzen der sozialstaatlichen Wohlfahrtsproduktion“ (ebd. S. 133), zum anderen mit der „Rückgewinnung des Politischen“ (ebd. S. 135). In kritischer Lesart kommt damit der Sozialen Arbeit im Rahmen des „politischen Empowerments“ eine durchaus ambivalente Rolle zu: Einerseits ist jeglichen Initiativen bürgerschaftlichen Engagements nicht abzusprechen, dass sie zu mehr politischen Partizipationsgelegenheiten und Protestbewegungen der Bürger_innen beitragen können. Andererseits eröffnen sie den sozialstaatlichen Instanzen jedoch auch die Möglichkeit, sich aus ihrer Aufgabenerfüllung zunehmend zurückzuziehen und diese privaten Initiativen zu übergeben. Denn in der Logik aktivierender Sozialpolitik fungieren die verschiedenen Organisationen und Zusammenschlüsse bürgerschaftlichen Engagements vor allem als ‚Ausfallbürgen‘ bisher sozialstaatlich erbrachter Leistungen, aus denen sich der Staat zunehmend zurückzieht und nur noch auf eine Steuerungsfunktion begrenzt.

Schon in den 1990er Jahren begann sowohl in Deutschland als auch Europa weit die Entwicklung, zentrale sozial-, bildungs-, wirtschafts- und gesundheitspolitische Strategien auf kommunaler Ebene anzusiedeln, weil im lokalen Raum öffentliche Institutionen gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren bürgerschaftlichen Engagements vor Ort direkt aktiv werden können. In sogenannten „Verantwortungsgemeinschaften“ werden Zusammenschlüsse von Akteur_innen aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ange-

strebt, verbunden mit der Hoffnung, die Sozialtats in den öffentlichen Haushalten durch preiswertere Lösungen für soziale Probleme zu entlasten (Beiträge in Dahme/ Wohlfahrt (Hrsg.) 2010). Zudem zeigen sich soziale Probleme auf kommunaler bzw. lokaler Ebene am unmittelbarsten und sind deshalb für die gesellschaftliche Integration besonders brisant und mit hohem Lösungsdruck verbunden. Aus einer demokratietheoretisch-kritischen Sicht stellen sich allerdings grundlegende Fragen politischer Repräsentation. Denn anstelle von demokratisch legitimierter Politik treten zunehmend Bündnisse aus einflussreichen gesellschaftlichen Gruppierungen, die im Zuge von Governance-Prozessen bereits im Vorfeld politische Entscheidungen maßgeblich mitbestimmen (Wagner 2012). Menschen, die von sozialer Ausgrenzung und prekären Lebensbedingungen betroffen sind, sind in diesen lokalen Bündnissen selten anzutreffen. Im Empowerment-Konzept werden diese Gefahren für demokratisch legitimierte Politik, die auch mit bürgerschaftlichem Engagement verbunden sind, vernachlässigt.

Empirisch gestützte Reflexionen auf der Basis des Doppelten Mandats Sozialer Arbeit

Obwohl ich einerseits das Postulat des Respekts und der Akzeptanz auch unkonventioneller Lebensentwürfe der Klient_innen uneingeschränkt unterstütze, vermisse ich in der Empowerment-Rezeption von Norbert Herriger andererseits Bezüge zur professionellen Denkfigur des Doppelten Mandats der Sozialen Arbeit (Seithe 2012, S. 68 ff.). Danach kann Soziale Arbeit nie ausschließlich den Wünschen und Interessen ihrer Klient_innen verpflichtet sein, sondern sie ist aufgrund ihrer sozialpolitischen Verankerung ebenfalls stets gefordert, den in der Regel im Sozialrecht eingeschriebenen Vorgaben nachzukommen. Ansonsten würde sie ihre eigenen ökonomischen Existenzgrundlagen in Frage stellen. Karin Böllert (2006, S. 24) spricht in diesem Zusammenhang treffend von der „Doppelung Sozialer Arbeit als Teil des Sozialstaats und als distanzierte Kritikerin desselben,“ Letztere im Interesse und damit auch in einer Art ‚Anwaltschaft‘ für ihre Klient_innen. Soziale Arbeit ist mithin auch immer ‚Komplizin‘ des aktivierenden Sozialstaats, schließlich ist sie in ihrem professionellen Eigeninteresse stets darauf bedacht, entsprechende Aufträge zu erhalten, um ihre Organisationen und dort vorhandenen Arbeitsstellen in ihrer Existenz ökonomisch zu sichern (Bossong 2011).

Dass Norbert Herriger es nur bei dem oben genannten Appell belässt und nicht auf der Basis des Doppelten Mandats die sozialstaatlichen Verstrickungen Sozialer Arbeit mitreflektiert, greift deshalb aus meiner Sicht zu kurz. Die Forschungsergebnisse von Tilman Lutz (2011) belegen eindrucksvoll die Wirkmächtigkeit sozialstaatlicher Vorgaben und zeigen, wie sich sukzessive der „Kontrolldiskurs“ aktivierender Sozialstaatlichkeit in die Deutungsmuster der Professionellen einschreibt. In seiner Typologie hat er bei den befragten Fachkräften Sozialer Arbeit in Hamburg zwar unterschiedliche Strategien im Umgang mit den neuen sozialstaatlichen Vorgaben gefunden. Sie bewegen sich zwischen Anpassung und Widerständigkeit, dennoch sind die Spuren des Kontrolldiskurses in den professionellen Selbstverständnissen klar nachzuzeichnen. Doch auch die in den Medien öffentlich geführten Diskurse zu Selbstverantwortung und Aktivierung der Bürger_innen sowie zu härteren Strafen für Menschen, die ihrer Verpflichtung zur Erwerbsarbeit nicht eigeninitiativ nachkommen oder sogar mit das Strafgesetz verstoßen, zeitigen Wirkun-

gen. Holger Ziegler (2011) hat in der Universität Bielefeld Studierende der Sozialen Arbeit befragt und festgestellt, dass sie sich in ihren Einschätzungen kaum noch auf Fragen sozialer Benachteiligung, sozialer Gerechtigkeit oder Umverteilung beziehen. Ihre Antworten sind in weiten Teilen eher geprägt von „Wohlfahrtskepsis“ und „autoritärer Punitivität“ (ebd. S. 76). In meiner Interpretation verweisen diese Forschungsergebnisse darauf, dass Appelle an professionelle Fachkräfte im Rahmen des Empowerment-Konzeptes, wie jener von Norbert Herriger, keineswegs ausreichen, um sie in ihrem professionellen Selbstverständnis und Deutungsmuster vor aktivierenden Sozialstaatslogiken zu bewahren. Hier sind meines Erachtens differenziertere, vor allem selbstkritischere Analysen und Auseinandersetzungen zu den gesellschafts- und sozialpolitischen Verstrickungen der Sozialen Arbeit gefordert.

Reflexionen im Kontext der Ökonomisierung der Sozialen Arbeit

Norbert Herriger (2010, S. 86 ff.) greift als mögliche „Werkzeuge einer Praxis des Empowerments“ auf Methoden der Diagnostik und des Case Managements zurück, ohne dabei die kritischen Diskurse aufzunehmen, die unter Schlagworten der Managerialisierung und Standardisierung der Sozialen Arbeit gegenwärtig geführt werden (zusammenfassend Enggruber 2010, Kessl 2012). Neben der sogenannten „Wirkungsorientierung“ sowie „Sozialraumorientierung“ sind es die Diagnostik und das Case Management, die für die betriebswirtschaftliche Neufassung der Sozialen Arbeit herangezogen und mit sozialtechnologisch anmutenden Ideen versehen werden. Vernachlässigt werden dabei ergebnisoffene Prozesse subjektorientierter Verständigung mit den Klient_innen. Zum Beispiel zeigen die Forschungsergebnisse von Eckhard Hansen (2011), die er zur Praxis des Case Managements in Großbritannien, Schweden und Deutschland erhoben hat, dass diese Methode zwar mit unterschiedlichen Gewichtungen, aber dennoch in allen drei europäischen Ländern vor allem zur Standardisierung und Kostenersparnis in der Sozialen Arbeit eingesetzt wird. Damit verbunden sind sozialtechnologische Vorstellungen, nach denen sozialpädagogische Interventionen möglichst effektiv und effizient zu leisten sind.

6. Fazit

An zahlreichen Stellen meines Vortrages habe ich bestimmt versäumt, meine grundsätzliche Zustimmung zum Empowerment-Konzept auszudrücken. Deshalb möchte ich dies abschließend nachholen, weil ich die Abkehr vom paternalistischen Fürsorgekonzept ebenso teile wie jene von defizitorientierten Klient_innenbildern. Außerdem stimme ich mit Friedhelm Vahsen (2010, S. 378) darin überein, dass der sozialpolitische Mainstream des „Sozialinvestitionsstaats“ (Olk 2009) und die zunehmende gesellschaftliche Spaltung zwischen Armen und Reichen in besonderem Maße von der Sozialen Arbeit fordern, die Menschen ausgehend von ihren Ressourcen dazu zu befähigen und zu ermächtigen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen und ihre Lebenspläne nach ihren subjektiven Vorstellungen zu realisieren. Als Reflexionsfolie werden „berufsethische Überzeugungsmodelle“ (Herriger 2010, S. 81) wie das Empowerment-Konzept benötigt, damit sich sowohl die Disziplin als auch Profession Sozialer Arbeit ihrer ethischen Standards und Ziele immer

wieder selbstkritisch vergewissern kann. Allerdings sollten sich die Überlegungen und Argumentationen nicht auf bloße moralische Appelle, idealisierende, harmonisierende Menschen- und Gesellschaftsbilder sowie entsprechende Methodenvorschläge beziehen. Darüber hinaus sollten Strukturen sozialer Ungleichheit ebenso wie gesellschaftliche Konfliktlinien und die sozialpolitischen Verstrickungen Sozialer Arbeit systematisch einbezogen werden. Dazu einen Beitrag zu leisten, war mein Anliegen in dieser Ringvorlesung.

Literaturverzeichnis

- Böllert, K. (2006): Die Produktivität des Sozialen – den sozialen Staat aktivieren. In: Böllert, K./ Hansbauer, P./ Hasenjürgen, B./ Langenohl, S. (Hrsg.): Die Produktivität des Sozialen – den sozialen Staat aktivieren. Sechster Bundeskongress Soziale Arbeit. Wiesbaden: VS, S. 15-27
- Bossong, H. (2011): Wohl-Wollen, „Staatsauftrag und professionelles Eigeninteresse. Eine Kritik aktueller fachdisziplinärer Maßstäbe in der Sozialen Arbeit. In: neue praxis, Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik, Heft 6, S. 592-617
- Bröckling, U. (2003): You are not responsible for being down, but you are responsible for getting up. Über Empowerment. In: Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 31. Jg., S. 323-344
- Bröckling, U. (2008): Empowerment: Fallstricke der Ermächtigung. Zwischen Gegenmacht und Sozialtechnologie. In: prävention, Heft 01, S. 2-6
- Dahme, H.-J./ Wohlfahrt, N. (Hrsg.): Regiert das Lokale das Soziale? Die Kommunalisierung und Dezentralisierung sozialer Dienste als sozialpolitische Reformstrategie. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren, 2010
- Enggruber, R. (2010): Professionelle Grundlagen Sozialer Arbeit für den Arbeitsmarkt. In: Burghardt, H./ Enggruber, R. (Hrsg.): Soziale Dienstleistungen am Arbeitsmarkt in professioneller Reflexion Sozialer Arbeit. Berlin: Frank & Timme, S. 13-59
- Günther, K. (2002): Zwischen Ermächtigung und Disziplinierung. Verantwortung im gegenwärtigen Kapitalismus. In: Honneth, A. (Hrsg.): Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus. Frankfurt/ New York: Campus, S. 117-139
- Hansen, E. (2011): Das Case/Care Management. Nationale Entwicklungslinien in Großbritannien, Schweden und Deutschland. In: neue praxis, Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik, Heft 4, S. 353-384
- Herriger, N. (2010): Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. 4. erw. u. erg. Aufl., Stuttgart: Kohlhammer
- Homfeldt, H. G./ Schröder, W./ Schweppe, C. (2008): Vom Adressaten zum Akteur – eine Einführung. In: Homfeldt, H. G./ Schröder, W./ Schweppe, C. (Hrsg.): Vom Adressaten zum Akteur. Soziale Arbeit und Agency. Opladen/ Farmington Hills: Barbara Budrich, S. 7-14
- Kessl, F. (2005): Soziale Arbeit als aktivierungspädagogischer Transformationsriemen. In: Dahme, H.-J./ Wohlfahrt, N. (Hrsg.): Aktivierende Soziale Arbeit. Theorie – Handlungsfelder – Praxis. Baltmannsweiler: Schneider Hohengehren, S. 30-43
- Kessl, F. (2012): Warum eigentlich „kritisch“? Eine Kontextualisierung gegenwärtiger Projekte der Kritik in der Sozialen Arbeit. In: Anhorn, R. u. a. (Hrsg.): Kritik der Sozialen Arbeit – kritische Soziale Arbeit. Wiesbaden: VS, i. E.
- Kessl, F./ Reutlinger, C. (2007): „Sozialhilfeadel oder Unterschicht?“ Sieben Einwände gegen die territoriale Manifestation einer neuen Unterschicht. In: Kessl, F./ Reutlinger, C./ Ziegler, H. (Hrsg.): Erziehung zur Armut? Soziale Arbeit und die neue Unterschicht. Wiesbaden: VS, S. 97-101

- Kessl, F./ Plöber, M. (Hrsg.): Differenzierung, Normalisierung, Andersheit. Soziale Arbeit als Arbeit mit den Anderen. Wiesbaden: VS
- Lutz, T. (2011): Soziale Arbeit im Kontrolldiskurs. Jugendhilfe und ihre Akteure in postwohlfahrtsstaatlichen Gesellschaften. Wiesbaden: VS
- Marburger, H. (1979): Entwicklung und Konzepte der Sozialpädagogik. München: Juventa
- Mecheril, P. /Melter, C. (2010): Differenz und Soziale Arbeit. Historische Schlaglichter und systematische Zusammenhänge. In: Kessl, F./ Plöber, M. (Hrsg.): Differenzierung, Normalisierung, Andersheit. Soziale Arbeit als Arbeit mit den Anderen. Wiesbaden: VS Verlag, S. 117-131
- Olk, T. (2009): Soziale Arbeit im deutschen Sozialstaatsmodell. Der „Sozialinvestitionsstaat“ und seine Auswirkungen auf die Soziale Arbeit. In: Kessl, F./ Otto, H.-U. (Hrsg.): Soziale Arbeit ohne Wohlfahrtsstaat? Zeitdiagnosen, Problematisierungen und Perspektiven. Weinheim/ München: Juventa, S. 23-34
- Otto, H.U./ Scherr, A./ Ziegler, H. (2010): Wieviel und welche Normativität benötigt die Soziale Arbeit? Befähigungsgerechtigkeit als Maßstab sozialarbeiterischer Kritik. In: neue praxis, Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik, Heft 2, S. 137-163
- Raithelhuber, E. (2008): Von Akteuren und *agency* – eine sozialtheoretische Einordnung der *structure/agency*-Debatte. In: Homfeldt, H. G./ Schröer, W./ Schweppe, C. (Hrsg.): Vom Adressaten zum Akteur. Soziale Arbeit und Agency. Opladen/ Farmington Hills: Barbara Budrich, S. 17-45
- Seithe, M. (2012): Schwarzbuch Soziale Arbeit. 2. durchgesehene und erweiterte Aufl. Wiesbaden: VS
- Wagner, T. (2012): „Und jetzt alle mitmachen!“ Ein demokratie- und machttheoretischer Blick auf die Widersprüche und Voraussetzungen (politischer) Partizipation. In: WIDERSPRÜCHE. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, 32. Jg., Heft 123, S. 15-38
- Weber, J. (2009): Begeisterung für die Macht als politische Grundhaltung. Ein Gegenentwurf zur deutschen Rezeption von Empowerment. In: WIDERSPRÜCHE. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, 29. Jg., Heft 112, S. 7-22
- Thiersch, Hans (2009): Lebensweltorientierte Soziale Arbeit. Aufgaben der Praxis im sozialen Wandel. Weinheim/ München: Juventa
- Vahsen, F. (2010): Agency, Capability, Dialogische Soziale Arbeit und libertärer Paternalismus (Nudge). Theoretische Bezugspunkte sozialarbeiterischen Handelns? In: neue praxis, Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik, Heft 4, S. 359-379
- Ziegler, H. (2008): Soziales Kapital und agency. In: Homfeldt, H. G./ Schröer, W./ Schweppe, C. (Hrsg.): Vom Adressaten zum Akteur. Soziale Arbeit und Agency. Opladen/ Farmington Hills: Barbara Budrich, S. 83-106
- Ziegler, H. (2011): Der aktivierende Sozialstaat und seine Pädagogik. Gerechtigkeitsideologien Studierender in der Sozialen Arbeit. In: Thiersch, H./ Treptow, R. (Hrsg.): Zur Identität der Sozialen Arbeit. Positionen und Differenzen in Theorie und Praxis. Sonderheft 10 neue praxis, Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik, S. 74-77

Materialien 4

Norbert Herriger

Sozialräumliche Arbeit und Empowerment. Plädoyer für eine Ressourcenperspektive

(veröffentlicht in: Deinet, U./Gilles, C./Knopp, R. (Hg.): Neue Perspektiven der Sozialraumorientierung. Planung - Aneignung - Gestaltung. Berlin 2005)

1. Empowerment: Definition und Grundorientierung

"Die Menschen stärken", "Ressourcen zur gelingenden Lebensbewältigung fördern", "individuelle und kollektive Handlungsfähigkeiten 'vor Ort' (weiter-)entwickeln"" – Stichworte wie diese verweisen auf ein Handlungskonzept, das in den letzten Jahren zum Fixstern am Himmel der Sozialen Arbeit avanciert ist: das Empowerment-Konzept. Ursprünglich eine Importware aus dem Bereich der gemeindebezogenen sozialen Arbeit und der Community Psychology der USA gehört dieses Konzept heute zu den Kursgewinnern auf dem psychosozialen Ideenmarkt. Es hat in der Sozialpädagogik, der psychotherapeutischen Arbeit, in der Gesundheitsförderung und der sozialraumorientierten Pädagogik Eingang in die Reformdebatte gefunden und vielfältige Modellprojekte stimuliert. In der Literatur finden sich viele Versuche, das was Empowerment (wörtlich übersetzt: Selbstbemächtigung; Selbstbefähigung; Stärkung der Eigenkräfte) ausmacht, auf den Begriff zu bringen. Gemeinsam ist allen Definitionsangeboten eines: Der Begriff Empowerment steht heute für alle solchen Arbeitsansätze in der sozialen Praxis, die die Menschen zur Entdeckung der eigenen Stärken ermutigen und ihnen Hilfestellungen bei der Aneignung von Selbstbestimmung und Lebensautonomie vermitteln wollen. Ziel der Empowerment-Praxis ist es, die vorhandenen (wenn auch vielfach verschütteten) Fähigkeiten der Menschen zu kräftigen und Ressourcen freizusetzen, mit deren Hilfe sie die eigenen Lebenswege und Lebensräume selbstbestimmt gestalten können. Empowerment - auf eine kurze Formel gebracht - ist das Anstiften zur (Wieder-)Aneignung von Selbstbestimmung über die Umstände des eigenen Lebens. Von dieser noch allgemeinen Definition ist es nicht weit, das zu bestimmen, was Empowerment in der sozialräumlichen pädagogischen Arbeit bedeutet. Empowerment meint hier: die Menschen 'vor Ort' ermutigen und befähigen, ihre Stimme zu erheben, ihre (raum- und alltagsbezogenen) Bedürfnisse zu artikulieren, eigene Ressourcen zu entdecken und ihre Lebensverhältnisse gemäß der eigenen Interessen zu gestalten. Diese Begriffsbestimmung macht eines deutlich: Eine sozialräumliche Arbeit, die sich dem Empowerment-Konzept verpflichtet weiß, formuliert einen Gegenpart gegen die Top-Down-Strategien einer stellvertretend planenden Stadtentwicklungspolitik. Nicht (alleine) die Expertenschaft von Sozialraumplanern, Stadtarchitekten und Sozialdemographen ist hier gefragt. Anknüpfend an alte Traditionslinien einer in politischen Kategorien formulierten parteilichen Gemeinwesenarbeit der 1980er Jahre zielt die Arbeit vielmehr auf die Aktivierung

der Bewältigungsressourcen der Bewohnerschaft und auf ihr Vermögen, zu 'Aktivposten' in der Gestaltung der eigenen Lebenswirklichkeit zu werden (vgl. ausführlich Herriger 2002, S. 11 ff.).

2. Prozesse sozialräumlicher Segregation

Sozialräumliche Arbeit heute ist eingebunden in das Spannungsfeld vielfältiger struktureller Umbrüche und Verwerfungen. Gemeinsamer Nenner der Vielzahl aktueller stadtsoziologischer Studien (vgl. weiterführend Anhut/Heitmeyer 2000; Friedrichs/Blasius 2000; Häußermann/Kronauer/Siebel 2004) ist die Diagnose multipler sozialer Spaltungen. Vier Problemlinien sollen hier benannt werden:

Die Verstetigung von Einkommensarmut und Arbeitslosigkeit: Die sich beschleunigende Deindustrialisierung ganzer Wirtschaftsregionen, die Automatisierung und die Tertialisierung der Produktion und Standortverlagerungen ins Ausland führten seit Beginn der 1980er Jahre zu einem signifikanten Verlust von Arbeitsplätzen im Bereich der gering qualifizierten Arbeitnehmer, welcher auch durch eine 'Umleitung' dieses Arbeitsvermögens in den Dienstleistungssektor nicht aufgefangen werden konnte. Diese Welle der Exklusion der "Jedermann-Qualifikationen" aus dem Arbeitsmarkt war begleitet durch eine durchgreifende Prekarisierung auch der qualifizierten betrieblichen und dienstleistenden Arbeit (Outsourcing, verbunden mit Einkommensminderung, Ausdünnen von arbeitsrechtlichen Sicherheiten; Befristung der Beschäftigungsverhältnisse). Gemeinsam führten diese Veränderungen des Arbeitsmarktes zu einer Entqualifizierung des Arbeitsvermögens, zu einem Anwachsen von armutsnahen Beschäftigungsverhältnissen im Niedriglohnsektor und zu einer dauerhaften Ausgrenzung nicht marktfähigen (weil nicht umfassend qualifizierten) Arbeitsvermögens aus dem Arbeitsmarkt. Am Rande der Arbeitsgesellschaft entstanden so neue Risikogruppen der Armut ("new urban underclass"), denen der Zugang zu einer stabilen Arbeitsmarktintegration dauerhaft verwehrt ist: Mehrpersonenhaushalte mit nur einem Einkommen im Niedriglohnsektor oder in Arbeitslosigkeit; Ein-Elternteil-Familien mit nur geringer Arbeitsmarktintegration; Zuwanderer und Migrantenfamilien der ersten Generation; und Jugendliche und junge Erwachsene ohne Zugang zum Arbeitsmarkt.

Die Verfestigung von sozialräumlichen Mustern der residenziellen Segregation: Die Deregulierung des Wohnungsmarktes und eine renditeorientierte Investitionspolitik des privaten Marktes (das Ende des sozialen Wohnungsbaus; das Auslaufen von Mietpreisbindungen und kommunalen Belegungsrechten; Sanierung, Eigentumsbildung und Gentrification) führten zu einer Verknappung des innerstädtischen Wohnungsangebotes für einkommensschwache Haushalte. Diese Engführung des niedrigpreisigen Wohnungsangebots aber löste eine Welle höchst selektiver innerstädtischer Wanderungsprozesse aus: Haushalte in prekären Lebensverhältnissen konzentrierten und konzentrieren sich in benachteiligten Wohnquartieren, deren bauliche, infrastrukturelle und stadtkulturelle Armut ein renditeorientiertes Investment der privaten Marktes auch in der Zukunft nicht lohnend erscheinen lassen. Mit dieser Einwanderung von Armutshaushalten in bereits benachteiligte Quartiere aber wächst zugleich die ethnische Heterogenität und kulturelle Fremdheit dieser unfreiwilligen Nachbarschaften. Überschreitet diese Heterogenität und Fremdheit aber, verbunden mit Deinvestment und einem signifikanten Absinken der Wohnqualität, einen kritischen Punkt, so beschleunigt sich die Abwanderung der alten (mehrheitlich deutschen) Stammbevölkerung (Singles; junge Familien in relativ stabilen Einkommenslagen). Diese Bevölkerungsgruppen wandern aus in Wohnstandorte, die Lebensqualität und soziale Homogenität zu einem bezahlbaren Preis miteinander verknüpfen (innenstadtnahe sanierte Altbaugebiete; familienfreundliche Wohngebiete im

Grüngürtel der Städte). Diese hier beschriebenen Prozesse innerstädtischer Wanderung und Sukzession führen auf diese Weise zu einer Entmischung der Wohnbevölkerung entlang der Koordinaten von Einkommen, Familienstatus und Nationalität; es entsteht eine innerstädtische Landkarte residenzieller Segregation.

Die Entstehung von "Kolonien der Ausgeschlossenen": Die Konzentration von benachteiligten Bevölkerungsgruppen auf das enge Territorium ohnehin schon benachteiligter Quartiere führt zu zusätzlichen diskreditierenden Effekten für die Menschen mit dieser Adresse ("eine arme Nachbarschaft macht die Bewohner noch ärmer"). Häußermann (2000, S. 17 ff.) beschreibt diese benachteiligenden Kontexteffekte ("Abwärtsspirale") wie folgt: Die selektive Abwanderung von einkommenssicheren Haushalten und das hieran geknüpfte Absinken der ortsgebundenen Kaufkraft führen in einer zweiten Welle zu einer Auswanderung des Kapitals und zu einer Minderung der Investments. Die Folge: das Veralten und der Verfall des Wohnraumbestandes; ein Down-Grading des (halb-) öffentlichen Raumes und ein Ausdünnen der kommerziellen, kulturellen und sozialen Infrastruktur. Hinzu kommt: Schlechte materielle Wohn(umfeld-)bedingungen verringern den Horizont der Lern-, Erfahrungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen. Enge Wohnungen, die keine ungeteilte Privatheit zulassen, ein betoniertes, naturfernes Wohnumfeld, wenige anregende und die Eigengestaltung herausfordernde Spielmöglichkeiten, durch Schnellstraßen und Bahnlinien eingezäunte Aktionskreise – alles dies sind Eckwerte einer anregungsarmen sozialräumlichen Umwelt, die den Kindern und Jugendlichen wenig Stoff für eine entdeckend-lernende, kreative und gestaltende Umweltaneignung bereitstellt. Und ein weiterer diskreditierender Kontexteffekt, auf den Häußermann (2000, S. 19f.) aufmerksam macht: Die Erfahrungswelt der Kinder wird durch die fehlende soziale Repräsentation von Normalitätsnormen (insbesondere Erwerbsrollen; eine marktangepasste Arbeitsethik; regelmäßiger Schulbesuch und schulische Leistungsbereitschaft u.a.m.) weiter eingeschränkt. Hoch segregierte Armutsquartiere werden so zu einem 'Sozialisationsmilieu der Abweichung'; das Fehlen von Normalitätsmodellen und sozialen Verpflichtungen, die ein "normales Leben" ausmachen, programmiert einen stillen lebensgeschichtlichen Drift der Kinder in eine abweichende ortsgebundene Minderheitskultur, die gegenüber dem Mainstream der Mehrheitsgesellschaft die Legitimität einer "Normalität der Abweichung" aggressiv behauptet.

Die Verschärfung der ethnischen Segregation nach innen: Auch im Binnenraum dieser Quartiere der Überflüssigen vollziehen sich Prozesse der Separation und der Segregation: Auf engem Raum und in unfreiwilliger Nachbarschaft bilden sich nach außen hermetisch geschlossene "ethnische Kolonien". Dies bedeutet: Es vollzieht sich eine innerquartierliche Entmischung der Lebenswelten entlang der Dimensionen von Ethnie, Nationalität und Religion ("Parallelgesellschaften"). Diese ethnischen Kolonien sind kleinräumige homogene Gemeinschaften, die nach innen stark integriert und somit Schutzschild sind gegen die konflikthafte Unübersichtlichkeit einer multiethnischen Nähe. Diese ethnisch homogenen lokalen Kulturen vermitteln zum einen Schutz, Verbundenheit und Ortsidentität. Sie produzieren zum anderen soziale Schließungen, sie zeichnen eine Grenzlinie zwischen Innen und Außen, zwischen Zugehörigkeit und Fremdheit, entlang derer sich interethnische Konflikte im Quartier entzünden. Die Folge dieser ethnischen Segregation im Binnenraum benachteiligter Quartiere aber ist eine Aufkündigung von gruppenübergreifender Solidarität und das Verblässen von Gemeinsinn. Die Wohnbevölkerung spaltet sich in konkurrierende, sich wechselseitig abgrenzende und bedrohende Teilgruppen, denen nur mehr eines gemeinsam ist: eine 'lokale Kultur der Gleichgültigkeit'.

Die soziologische Forschung betrachtet diese kritischen Entwicklungen mit einem distanzierten,

analytisch-sezierenden Blick. Geprägt ist diese Wahrnehmung städtischer Lebenswirklichkeit in weiten Passagen von einem *Defizit-Blick auf Orte und Menschen*. Negative Szenarien vom Verfall der baulichen Substanz, vom Versiegen ökonomischer Impulse, von der Verödung der infrastrukturellen und kulturellen Landschaft bestimmen den forschenden Blick auf "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf". Und zugleich werden auch die Menschen, die hier ihre Wohnadresse haben, werden ihre Lebenslagen und Lebenserfahrungen, ihre biographischen Geschichten, ihre sozialen Bindungsnetzwerke und Alltagsgeschicklichkeiten nur allzu oft allein in Kategorien von Defizit, Mangel und Ungenügen wahrgenommen (vgl. Herriger 2002, S. 63ff.; Keim 2004). Die Folge dieses Defizit-Blicks aber ist, dass die vorhandenen Lebensfähigkeiten und Alltagskompetenzen der Menschen, denen die sozialräumliche Arbeit begegnet, ihre produktiven Ressourcen von Lebensbewältigung und Lebenskraft aus dem Blick geraten. Die soziologische Datensammlung ist so vielfach eine "Buchhaltung von Lebensschwächen".

Das Empowerment-Konzept nun bricht mit diesem Blick auf die Schwächen und Abhängigkeiten. Menschen werden hier nicht mehr (allein und ausschließlich) in ihrer Hilfebedürftigkeit wahrgenommen. Ganz im Gegenteil: Sie werden - auch in Lebenslagen der Exklusion, der Belastung und der Demoralisierung - in der Rolle von kompetenten Akteuren wahrgenommen, die über das Vermögen verfügen, ihren Lebensalltag in eigener Regie zu gestalten. Dieses Vertrauen in die Stärken der Menschen, in produktiver Weise die Belastungen und Zumutungen der alltäglichen Lebenswirklichkeit zu verarbeiten, ist Leitmotiv einer jeden Empowerment-Praxis – es spiegelt sich in den Zielsetzungen und den Grundprinzipien einer ressourcenorientierten sozialräumlichen Arbeit.

3. "Kollektive Ressourcen stärken": Ziele der Empowerment-Arbeit im Stadtteil

Obwohl von wachsender Popularität ist der Ressourcenbegriff in der aktuellen sozialwissenschaftlichen Diskussion oft nur vage und wenig griffig gefasst. Um uns diesem Begriff ein wenig zu nähern, bedarf es eines kurzen Exkurses in das psychologische Denken. Folgen wir hier der Argumentation von Willutzki (2003). Hiernach liegt der Ressourcenperspektive "die Annahme (zugrunde), dass Ressourcen für die Bewältigung alltäglicher...Anforderungen bzw. Lebensaufgaben von zentraler Bedeutung sind und somit letztlich unsere psychische und physische Gesundheit sowie unser Wohlbefinden von ihrer Verfügbarkeit und ihrem Einsatz abhängig sind". Ressourcen sind Potentiale (der Person selbst und/oder der ihr erreichbaren sozialen Umwelt), deren Einsatz lebenserhaltende bzw. lebensverbessernde Effekte produziert. Ob aber Potentiale als "lebenserhaltend" bzw. "lebensverbessernd" eingeschätzt wird, hängt davon ab, inwieweit sie im Dienste zentraler Ziele, Motive und Interessen der Person stehen, d.h. funktional sind im Lichte einer subjektiven Zweckbestimmung (Willutzki 2003, S. 91 und 95). Hiermit ergeben sich drei Elemente einer Definition:

- Funktionalität von Ressourcen: der 'Nutzwert' von Person-Umwelt-Potentialen bemisst sich je nach ihrer Instrumentalität im Hinblick auf die Erreichung definierter personale Ziele, Motive, Interessen;
- Aufgabenabhängigkeit von Ressourcen: Ressourcen haben keine generalisierte Wirksamkeit; sie dokumentieren ihre Wirksamkeit erst im Hinblick auf je zur Lösung anstehende konkrete Aufgaben und Problemsituationen.
- Bewertung und Sinnzuschreibung: Personen- und Umweltpotentiale konstituieren sich

als Ressourcen erst in einem Prozess der Bewertung und der Sinnzuschreibung durch die Person selbst.

Unsere Definition schließt hier an und ergänzt diese Ausführungen um einige Aspekte: Unter Ressourcen wollen wir jene positiven Personenpotentiale ("personale Ressourcen") und Umweltpotentiale ("soziale Ressourcen") verstehen, die von der Person (1) zur Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse, (2) zur Realisierung von langfristigen Identitätszielen, (3) zur Bewältigung altersspezifischer Entwicklungsaufgaben oder (4) zur gelingenden Bearbeitung von kritischen Lebenslagen und belastenden Alltagsanforderungen genutzt werden können und damit zur Sicherung ihrer psychischen Integrität, zur Kontrolle von Selbst und Umwelt sowie zu einem umfassenden biopsychosozialen Wohlbefinden beitragen (vgl. weiterführend Herriger 2005).

Kehren wir nun zurück zum Thema Empowerment. Bedeutsam für unsere weitere Argumentation ist hier nun die Differenzierung zwischen **fallbezogener** und **raumbezogener** Empowerment-Arbeit.

Empowerment-Arbeit auf der Ebene der sozialen Einzelhilfe und der Familienarbeit (fallbezogenes Empowerment) zielt auf die **Förderung von individuellen Ressourcen**. Im Vordergrund stehen hier: die Stärkung von ökonomischen Ressourcen (berufliche Qualifikation und berufsbegleitende Unterstützung; Sicherung des Zugangs zu rechtlich garantierten Sozialleistungen); die Gewinnung von kulturellen Ressourcen (Unterstützung der schulischen und beruflichen Bildungsgeschichte; Erwerb von zertifizierten Bildungsabschlüssen mit Arbeitsmarktperspektiven); die Bestärkung von personalen Ressourcen (Stärkung von Selbstwert, Kontrollüberzeugungen und subjektiven Problemlösungskompetenzen; Schaffung eines positiv erlebten Familienklimas; Unterstützung in kritischen Statuspassagen) (zu den Zielen und methodischen Handwerkszeugen dieser fallbezogenen Empowerment-Arbeit vgl. weiterführend Herriger 2002, S. 83ff.).

Empowerment-Arbeit auf der Ebene sozialräumlicher Aggregate (raumbezogenes Empowerment) zielt hingegen auf die **Förderung von kollektiven Ressourcen 'vor Ort'**, auf die Förderung von Stärken, Fähigkeiten und Talenten einer Mehrzahl von Quartiersbewohnern also, die im kooperativen Handeln von Hausgemeinschaften, Nachbarschaften, Bewohnerversammlungen und lokalen Aktionsgruppen entstehen und wachsen. Ein Blick auf die Agenda der im Bund-Länder-Programm "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - Die Soziale Stadt" zusammengeschlossenen Projekte lässt vor allem zwei Aktionsstrategien erkennen, die diesem Ziel einer sozialräumlichen Ressourcenaktivierung dienen:

Vernetzung, soziale Unterstützung, "embedding": Empowerment zielt zum einen auf das Stiften von neuen Netzwerken und Zugehörigkeitsgemeinschaften. Vor allem dort, wo die Resignation, die Demoralisierung und die Entmutigung der Bewohner einen autonomen Prozess der Selbstorganisation sabotieren (und dies ist die Startsituation vieler sozialräumlicher Projekte), dort ist Empowerment Zündfunke einer solidarischen Vernetzung. In vielfältigen kleinen Aktionen, die erste bescheidene Schritte hin zu einer Verbesserung der Lebensqualität vor Ort sein können, bringt eine solche pädagogische Regiearbeit Menschen mit vergleichbaren Anliegen und Betroffenheiten zusammen, sie macht Mut, liefert Assistenz bei der Formulierung und Adressierung von Anliegen und unterstützt die Menschen in ihrem je eigenen Weg der Aneignung und der Gestaltung ihrer Lebenswelt. Gelingt es auf diese behutsame und nicht-bevormundende Weise, ein buntes Patchwork von Netzwerken zu stimulieren, die von Vertrauen und Vertrautheit, von Solidarität und wechselseitiger Anerkennung getragen sind, so mehrt sich das soziale Kapital des Stadtteils. Die Bewohner entwickeln ein Gefühl der Zugehörigkeit und der Verbundenheit über Generationengrenzen und ethnische Barrieren hinweg ("embedding"), sie

erfahren hilfreiche emotionale und alltagspraktische Unterstützung in der Besorgung von Alltagsanliegen, sie treten aus dem Schatten einer amtlichen Fürsorglichkeit hinaus in eigene Verantwortungsrollen und werden so zu Aktivposten in der Gestaltung ihrer erweiterten sozialen und räumlichen Umwelt.

Politikfähigkeit, Interessenorganisation, politische Einmischung: Empowerment zielt zum anderen auf eine "Ermutigung zum aufrechten Gang" (Keupp 1997), auf die Bekräftigung der Politikfähigkeit der Bewohnerschaft. Politikfähigkeit umfasst nach sozialwissenschaftlicher Definition zwei Komponenten: Organisationsfähigkeit und Konfliktfähigkeit.

Organisationsfähigkeit meint in diesem Zusammenhang die Kompetenz der Quartiersbewohner, die widerstreitenden partikularen Bedürfnisse und Interessen einzelner Bewohnergruppen - wie z.B. die Interessen der älteren Bürger versus die Interessen der Kinder - miteinander in lebhaften Kompromissformeln zu versöhnen (Interessenmediation), ein begründetes kollektives Interesse in die Kanäle von Politik und Verwaltung 'einzufädeln', es meint bürokratische Kompetenz im Umgang mit der Sprache, den Verfahren, Regelungen und Begründungsnotwendigkeiten des politisch-administrativen Systems wie auch die Fähigkeit, auf der Klaviatur der medialen Selbstdarstellung zu spielen. Konfliktfähigkeit bedeutet hingegen die Teilhabe an Prozessen der politischen Willensbildung einzufordern, die Verweigerung von Entgegenkommen und Konsensbereitschaft 'auf der anderen Seite' zu skandalisieren, sich machtvoller Bündnispartner in Politik, Verbänden und Zivilgesellschaft zu versichern und so Widerstandsmacht geltend zu machen. Auf diesem oft zunächst unsicheren und mit vielen Stolpersteinen gepflasterten Weg in die politische Selbstbestimmung verlassen die Menschen die ausgetretenen Pfade erlernter Hilflosigkeit. Sie gewinnen - gemeinsam mit anderen - Zuversicht, sie übernehmen Regie und Verantwortung in der Gestaltung lokaler Lebensverhältnisse und werden Schritt für Schritt zu einem Machtfaktor auf der Bühne der lokalen Öffentlichkeit.

4. Offene Horizonte einer Empowerment-Arbeit im Stadtteil

Die komplexe Problemlage in benachteiligten Stadtteilen, in der bauliche Desintegration, soziale Probleme und interagierende Kontexteffekte miteinander verwoben sind, erfordert ein integriertes Reformprogramm der Stadtteilentwicklung. Nicht also das unverbundene Nebeneinander von baulicher Modernisierung, lokaler Wirtschaftsförderung, ortsgebundenen Arbeitsprojekten und pädagogischen Initiativen – gefordert ist eine integrierte Politik, welche alle Akteure einbezieht und eine ressourcenorientierte Soziale Arbeit mit ortsspezifisch zugeschnittenen Beiträgen der Stadtentwicklungs-, Arbeitsmarkt-, Wohnungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zu einem koordinierten Ganzen verknüpft (so auch die explizite Zielstellung des Programms "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf"). In dieser "konzertierten Aktion" lassen sich freilich unterschiedliche Schwerpunkte und fachliche Zuständigkeiten unterscheiden. Wir wollen hier zwei Ebenen differenzieren: Zum einen eine integrierte, vernetzte und ressortübergreifend gestaltete Stadtteilentwicklung, in der die verschiedenen Ressorts von Politik, Kommunalverwaltung und Arbeitsagentur gemeinsam im Sinne der Bedarfe des sozialen Raumes agieren. Und zum anderen die aktivierende, organisierende und moderierende Arbeit im Stadtteil selbst, die sich – wie oben beschrieben – die Förderung von sozialen Zugehörigkeitsnetzwerken und den Aufbau von vielfältig-bunten Strukturen der Partizipation und politischen Beteiligung der Bewohner auf die Fahnen geschrieben hat.

Perspektiven einer integrierten und ressortübergreifenden Stadtteilentwicklung: Auf die Bedeutung eines ressortübergreifenden integrierten Handlungsprogramms macht Häußermann (2004) aufmerksam. Er fordert eine Modernisierung von Politik und Verwaltung, in der die

Sozialraumentwicklung zu einer Querschnittsaufgabe wird - über alle Ressortgrenzen und vertikale Organisationslinien hinweg; und er fordert die Einführung von neuen Strategien der Reformimplementation ("new governance"). "'Governance' bezeichnet die Organisation von Politiksteuerung, die sich nicht auf den administrativen Apparat beschränkt. Sie stellt in Rechnung, dass an der Entwicklung von Stadtteilen eine Vielzahl von öffentlichen und nicht-öffentlichen Akteuren in einem komplexen Zusammenspiel beteiligt ist – im Unterschied etwa zur Durchsetzung von rechtlichen Normen. Schlichte top-down-Strategien sind in einem solchen Handlungsfeld überfordert bzw. nicht erfolgreich durchsetzbar. Mit dem Programm Soziale Stadt sollen neue Formen von "urban governance" angestoßen und erprobt werden. Dazu gehört die Überwindung von drei Grenzen, die jeweils spezifische Reibungsverluste und Blockaden verursachen: die Grenze zwischen den Fachressorts bzw. Dezernaten; die Grenze zwischen öffentlichen und nicht-öffentlichen Akteuren, die Grenzen zwischen Verwaltung und Bürgern bzw. Bewohnern. Die Überwindung dieser Grenzen soll Synergieeffekte freisetzen und Engagement für die Bewältigung komplexer Problemlagen wecken" (Häußermann 2004, S. 24). Vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Entwicklungsprojekte der Stadt Essen formuliert Lüttringhaus (2000) dieses Anliegen in gleicher Weise: "Auf der Ebene der Gesamtstadt geht es zum einen darum, Geldströme in die benachteiligten Gebiete umzulenken, die von der Reststadt abgespalten sind, und zum anderen darum, über neue Kooperationsstrukturen zwischen den verschiedenen Ämtern, Vertretern von Arbeitsamt, Privatwirtschaft, Verbänden, Universitäten usw. die Rahmenbedingungen ‚von oben‘ so zu verbessern, dass die vorhandenen Ressourcen unkomplizierter ‚von unten‘ gebündelt und effektiver genutzt werden können. Ziel ist eine Struktur, auf die die MitarbeiterInnen an der Basis zurückgreifen können, um nicht bei jedem einzelnen Projekt stets mühsam die verschiedenen AnsprechpartnerInnen suchen und die Fäden zusammenknüpfen zu müssen" (Lüttringhaus 2000, S. 83). Ein Blick auf den Politik- und Verwaltungsalltag der Kommunen dokumentiert, dass diese Forderung nach einer Abkehr von der "sektoralen Linienverwaltung", so richtig sie auch ist, noch wenig geübte Praxis ist. Unterschiedliche Finanzierungsgrundsätze, nicht abgestimmte Rechts- und Erlassgrundlagen, vor allem aber Ressort-Egoismen und nicht kompatible Verwaltungssprachen und –kulturen stehen einer Vernetzung von Teilpolitiken, Verwaltung und Markt entgegen. Einen Schritt in die richtige Richtung weisen hier die Projekte der Stadt Essen: Dort realisiert ein "Verwaltungs-koordinator" (allerdings beschränkt allein auf den Zuständigkeits-horizont der Kommunalverwaltung) die hier aufgeführte Mittelpunkt-funktion. Seine Regiearbeit gilt der ressortübergreifenden Bündelung und Territorialisierung von quartiersbezogenen Maßnahmen in den Bereichen Bau- und Verkehrsplanung, Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Qualifikation sowie Infrastrukturentwicklung (vgl. hierzu weiterführend Lüttringhaus 2000, S. 84ff.).

Perspektiven der Ressourcenaktivierung vor Ort: Die soziale Landschaft von Stadtteilen verändert sich in beschleunigten Zeittakten. Innerstädtische Mobilität und Sukzession verändern das demographische und multiethnische Gesicht der Stadtteile, Kurswechsel im rechtlichen System der sozialen Sicherung (siehe die Einführung des SGB II zum 1.1. 2005), aber auch nicht-kalkulierbare Umbrüche des industriellen Arbeitsmarktes (siehe die Massenentlassungen am Opel-Standort Bochum) führen zu verschärften und neuen Armuts-lagen. Eine ressourcenorientierte Soziale Arbeit, die ihre Adressaten erreicht, bedarf daher in besonderem Maße einer lebensweltlichen Sensibilität für die sich verändernden Bedarfe, Interessen, Ressourcen der Bewohnerschaft. Gefordert ist hier eine (in kurzen Zeitintervallen jeweils fortzuschreibende) kleinräumige Sozialberichterstattung, die durch den systematischen Einsatz von Instrumenten der Bedarfs- und Ressourcendiagnostik das politische und pädagogische

Handeln, a jour' hält ("was ist den Bewohnern wichtig" - "welche Ideen haben sie" - "welche lokalen Ressourcepersonen/Multiplikatoren können mit ins Boot geholt werden"; vgl. ausführlich Herriger 2005). Die Bedarfs- und Ressourcendiagnostik ist eine erste Komponente im Kompetenzprofil der *"StadtteilmoderatorInnen"*, die vor Ort Aktivist:innen der Ressourcenaktivierung sind. Hinzu kommen weitere Bausteine einer spezifischen Professionalität: eine gute Portion an pädagogischer Phantasie; Verhandlungsgeschick in der Zusammenarbeit mit Wohnungsbauträgern, Architekten, Stadtplanern, privaten Investoren und die Moderation von konfligierenden partikularen Interessen; Networking-Kompetenz beim Anstiften von zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation und bürgerschaftlichem Engagement; und nicht zuletzt eine Mut machende Unterstützung der Bewohner beim Aufbau von vielfältig-bunten Partizipations- und Beteiligungsformen (Jour fixe mit Bezirksvertretern; runde Tische in ortsbezogenen Planungsverfahren; Bewohnerbeiräte bei den Wohnungsgenossenschaften; Elternvertretungen in Kindertageseinrichtungen, Schulen, Jugendzentren; Kinder- und Jugendparlament u.a.m.). Insgesamt ergibt sich somit ein höchst anspruchsvolles Profil von beruflichen Qualifikationen, Fähigkeiten und Kompetenzen, das Grundstoff für die Tätigkeit als Stadtteilmoderator/in ist. Hierin mischen sich unterschiedliche Rollen:

- **"Problemsensor"**: Diagnosestelle für stadtteilbezogen-strukturelle Problemlagen und Problemverschärfungen;
- **"Ressourcendiagnostiker"**: Seismograph für (noch verschüttete/ungenutzte) Talente, Stärken und Kompetenzen der Bewohner und das Schaffen von Möglichkeitsräumen zu deren Erprobung;
- **"Organisationshelfer"**: Anschub-, Finanz- und Organisationshilfe für Bewohneraktivitäten und Selbstgestaltung;
- **"Türöffner"**: Anwaltliche Vertretung der Bewohner beim Zugang zu lokaler Politik, Verwaltung, Wirtschaft;
- **"Dialogmanager"**: Moderation von Verständigungsprozessen im Schnittfeld zwischen privater Lebenswelt, Verwaltung, Institutionen und Markt; und
- **"Konfliktmediator"**: Vermittlung in Situationen des Konfliktes innerhalb der Bewohnerschaft und Ausgleich von partikularen Interessen.

StadtteilmoderatorInnen sind intermediäre Instanzen. Sie stellen Verbindungen her zwischen den verschiedenen Sphären von privater Lebenswelt, lokaler Öffentlichkeit, Politik, Verwaltung und Markt. Diese intermediäre Netzwerker schlagen Brücken zwischen der "Fachwelt" und der "Alltagswelt" und suchen hierbei auf beiden Ebenen nach Kommunikations- und Beteiligungsansätzen. Erfolgreich sind sie in dem Maße, in dem es ihnen gelingt, jenes Empowerment-Ethos zu leben und berufsalltäglich zu füllen, das Maria Lüttringhaus in dem hier abschließenden Zitat wie folgt formuliert: "Wer mit dem Anspruch von Empowerment antritt und Menschen unterstützen will, ihre Lebensbedingungen selbst zu gestalten, und auftretende Konflikte bearbeiten will, der muss Abschied nehmen vom problemlösenden Expertentum, das schon weiß, wie die Lösung aussieht, muss sich verabschieden vom Modell einer ‚naiv-parteilichen‘ Gemeinwesenarbeit, die prinzipiell parteilich und solidarisch auf der Seite der Betroffenen steht. Gefragt ist eine ‚Parteilichkeit‘, die nicht uneingeschränkt die Positionen der Benachteiligten übernimmt, sondern Parteilichkeit anders ausdrückt: durch die Unterstützung der BewohnerInnen bei der selbständigen Interessenwahrnehmung und durch die Ermutigung von Konfliktparteien, die Auseinandersetzung...offen und selbst zu führen. Diese grundsätzliche Akzeptanz verschiedener Seiten schließt eigene Positionen nicht aus, jedoch ermöglicht sie es, sich respektvoll mit den unterschiedlichen Standpunkten auseinander zu setzen, diese ernst zu nehmen und dadurch in einen Prozess der Verständigung zu treten" (Lüttringhaus 2000, S. 95).

Literatur

Anhut, R./Heitmeyer, W. (Hg.) (2000): Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. München

Friedrichs, J./Blasius, J. (2000): Leben in benachteiligten Wohngebieten. Opladen

Häußermann, H. (2000): Die Krise der „sozialen Stadt“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B10-11/2000, S. 13-21

Häußermann, H. (2004): Die Ziele des Programms ‚Soziale Stadt‘. In: Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Nordrhein-Westfalen (Hg.): Soziale Stadt – 10 Jahre Projekterfahrungen in NRW; Dokumentation der Veranstaltung vom 23. April 2004, Düsseldorf, S. 16-25

Häußermann, H./Siebel, W. (2004): Stadtsoziologie. Eine Einführung. Frankfurt/M.

Häußermann, H./Kronauer, M./Siebel, W. (Hg.) (2004): An den Rändern der Städte. Frankfurt/M.

Herriger, N. (2002): Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. 2. Auflage, Stuttgart

Herriger, N. (2005): Internet-Portal www.empowerment.de, 4. ergänzte und erweiterte Auflage, Mai 2005

Herriger, N. (2005): Ressourcendiagnostik und Ressourcenaktivierung in der Sozialen Arbeit, unveröffentl. Manuskript (zur Veröffentlichung vorbereitet), Düsseldorf

Hinte, W. (1996): Soziale Kommunalpolitik. Soziale Räume gestalten statt Elend verwalten. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, Heft 3/1996, S. 27-33

Keim, R. (2004): Armut und Zusammenleben im Stadtviertel. Analytisches Potential und praktische Grenzen einer „Ressourcenperspektive“. In: Walther, U.J./Mensch, K. (Hg.): Armut und Ausgrenzung in der „Sozialen Stadt“. Konzepte und Rezepte auf dem Prüfstand. Darmstadt, S. 129-142

Keupp, H. (1997): Ermutigung zum aufrechten Gang. Tübingen

Lüttringhaus, M. (2000): Empowerment und Stadtteilarbeit. In: Miller, T./Pankofer, S. (Hg.): Empowerment konkret. Handlungsentwürfe und Reflexionen aus der psychosozialen Praxis. Stuttgart, S. 79-98

Willutzki, U. (2003): Ressourcen. Einige Bemerkungen zur Begriffsklärung. In: Schemmel, H./Schaller, J. (Hg.): Ressourcen. Ein Hand- und Lesebuch zur therapeutischen Arbeit. Tübingen, S. 91-109.

(Manuskript abgeschlossen: 23. 02. 2005)

Ich möchte nicht geheilt werden!

Warum ich ein Problem mit dem Begriff „Heilerziehungspflege“ habe – und mit den Folgen, die sich aus der Bezeichnung oftmals ergeben.

Autor: Raul Krauthausen

Worte bewegen unsere Welt. Worte geben Sinn, bewerten, entwerten, gestalten, können Neues erschaffen und zerstören. Worte sind mächtig. Und deshalb können Bezeichnungen einen großen Unterschied machen. In diesem Zusammenhang finde ich den Begriff „Heilerziehungspflege“ äußerst problematisch. Warum das so ist, möchte ich im Folgenden erklären – und zur Diskussion anregen, wie wir gemeinsam vorurteilsfreie Sprache, Begriffe und damit auch wertschätzendes Verhalten entwickeln können.

Was genau ist Heilerziehungspflege (HEP)?

In den Beschreibungen zum Berufsbild der Heilerziehungspflegerinnen liest man deren Aufgaben: Menschen mit geistiger, körperlicher, seelischer oder mehrfacher Behinderung aller Altersgruppen sollen sozialpädagogisch und pflegerisch in ihrem Leben begleitet, versorgt und erzogen werden.

Außerdem umfasst der Tätigkeitsbereich Beratung in allen lebenspraktischen Fragen, in Rechtsfragen und auch bei sensiblen zwischenmenschlichen Beziehungen. Wenn nötig sollen durch die Heilerziehungspflegerinnen Planungs-, Unterstützungs- und Assistenzprozesse eingeleitet und voll umfassend begleitet werden – dabei soll dem behinderten Menschen ein möglichst selbstbestimmtes und selbständiges Leben ermöglicht werden.

Nach einer 2-5-jährigen Ausbildung (je nach Bundesland) können Fachkräfte zum Beispiel in Tagesstätten, Wohnheimen, Einrichtungen für betreutes Wohnen, in der persönlichen Assistenz, in Einrichtungen der Psychiatrie, Berufsbildungsbereichen, Werkstätten, Integrativ- und Sonder-Kindertagesstätten und Rehabilitationseinrichtungen arbeiten.

Definition des Begriffes „Heil-erziehungs-pflege“:

- **„Heil-...“:** Das Wort „Heil“ meint im Zusammenhang mit der Heilerziehungspflege grundsätzlich „Ganzheitlichkeit“.

Kritik: Gleichzeitig findet sich der Begriff „Heilen“ meistens im [medizinischen Kontext](#) und bedeutet hier dann: „eine Krankheit beseitigen“. Die Idee einer „Heilung“ im Zusammenhang mit dem Thema Behinderung ist fatal – denn sie suggeriert, dass Behinderung etwas Defizitäres ist, das idealerweise beseitigt werden sollte.

- **„...-Erziehungs-...“:** Das Lexikon Brockhaus definiert Erziehung so: Unter Erziehung versteht man die pädagogische Einflußnahme auf die Entwicklung und das Verhalten Heranwachsender. Dabei beinhaltet der Begriff sowohl den Prozeß als auch das Resultat dieser Einflußnahme. (Brockhaus Enzyklopädie, Stichwort Erziehung).

*Kritik: Dies auf erwachsene Menschen – egal ob mit oder ohne Behinderung – anwenden zu wollen, ist unpassend und paternalistisch. In Deutschland finden erzieherische Maßnahmen bei Erwachsenen gesellschaftlich akzeptiert lediglich bei der Resozialisierung im Strafvollzug statt – in der Bemühung, dass Straftäter*innen ihr Verhalten ändern und sich den moralischen Vorstellungen der Mehrheitsgesellschaft anpassen.*

- **„...-Pflege“:** Bei dem Begriff „Pflege“ geht es um Versorgung und Betreuung von kranken, behinderten oder sterbenden Menschen, die üblicherweise von Pflegefachkräften oder Angehörigen übernommen und so effektiv wie möglich durchgeführt wird.
Kritik: Betroffene nennen es oftmals: „Hauptsache satt, sauber, trocken“. Der behinderte Mensch erscheint hierbei passiv. Allerdings ist die Grundidee vom Umgang mit behinderten Menschen, die Hilfe bei alltäglichen Tätigkeiten benötigen, so viel Selbständigkeit auch im hygienischen Bereich zu erhalten oder zu entwickeln.

Der Balance-Akt:

Der Aufgabenbereich von Heilerziehungspfleger*innen reicht oft stark in die Privatsphäre der behinderten Menschen hinein. Es wird schnell klar, dass hier besonders viel Empathie gefragt ist. Gerade auch bei Menschen mit schweren Mehrfachbehinderungen muss immer im Vordergrund stehen, den Willen und die Wünsche des*r Einzelnen als Priorität zu sehen. Nicht die Vorstellung des*der Heilerziehungspfleger*in, was seiner*ihrer Meinung nach für den behinderten Menschen das Beste wäre, ist entscheidend – sondern die Wünsche des*der Betroffenen. Auch wenn es Zeit und Geduld kosten mag, diese herauszufinden und zu verstehen, sollte dieser Aspekt immer maßgebend für Heilerziehende sein.

Eines ist klar: Lebensbegleitung heißt nicht Bevormundung, sondern Unterstützung, wo es notwendig wird, Förderung, wo es möglich ist und aktives Eintreten gegen Benachteiligungen durch mangelnde Teilhabe. Das kann nur gelingen, wenn Heilerziehungspfleger*innen gelernt haben, Beeinträchtigungen, Ursachen und Auswirkungen richtig einschätzen zu können, Fähigkeiten und Ressourcen zu erkennen und zu aktivieren. Oft sind es Strukturen und Barrieren der Umwelt, die behinderten Menschen eine volle Teilhabe verwehren, wie zum Beispiel fehlende Rampen oder Aufzüge, nicht vorhandene Blindenleitsysteme oder nicht stattfindende Gebärdensprachdolmetschung und keine Texte in Leichter Sprache.

Anstatt behinderte Menschen therapieren, normalisieren oder in Sondereinrichtungen stecken zu wollen, sollte immer zuerst der inklusive Weg gesucht werden.

Heilerziehungspfleger*innen sollten hier kooperativ und interdisziplinär denken und handeln – und mit anderen Berufsgruppen, Fachdiensten und Regelschulen Lösungen entwickeln. Gemeinsam mit den Betroffenen sollte über Ziele, Inhalte und Formen jeder Aktivität diskutiert und gemeinsam die bestmögliche Lösung gefunden werden. Das Ziel muss immer sein: Jeder Mensch sollte ein für sich sinnvolles und erfülltes Leben führen und als Teil der Gesellschaft aktiv sein können.

Das Problem:

In Gesprächen oder bei [Online-Diskussionen](#) mit Heilerziehungspfleger*innen habe ich immer wieder den Eindruck, dass ein großer Teil ihrer beruflichen Motivation ist, „gute Taten“ für hilfsbedürftige Menschen zu vollbringen. Und das „gute Gefühl“, sich um scheinbar hilflose Individuen kümmern zu können, über allem steht. Viele „lieben“ ihren Beruf und finden, dass es „nichts Schöneres gibt als behinderten Leuten zu helfen“. Ihre „Patienten sind immer so fröhlich und dankbar“.

Wenn ich Vorträge vor Heilerziehungspfleger*innen halte und mit Vertretern*innen dieser Berufsgruppe diskutiere, wird mir immer wieder erzählt, wie befriedigend dieser Beruf ist, wie gut es sich anfühlt, gebraucht zu werden und helfen zu können – und wie sehr die Dankbarkeit der behinderten Menschen die Anstrengungen im Job vergessen lassen.

Mir wird bei derartigen Beschreibungen nicht selten mulmig: Viel zu oft geht es um die guten Gefühle, die Heilerziehungspfleger*innen empfinden. Und zu selten liegt der Fokus bei den Menschen mit Behinderung. So schön es ist, wenn man durch den Beruf Befriedigung empfindet – sollte diese nicht durch die Hilfsbedürftigkeit und Dankbarkeit der zu versorgenden Menschen entstehen.

Jede*r Heilerziehungspfleger*in sollte regelmäßig seine*ihre Motivation für die Berufswahl hinterfragen.

Generell finde ich die wiederkehrende Beschreibung „sie sind so dankbar“ höchst bedenklich. Die Heilerziehungspfleger*innen sind für die behinderten Menschen mit Assistenzbedarf da, hierfür werden sie ausgebildet und bezahlt. Wenn hier Dankbarkeit seitens der Betroffenen ins Spiel kommt – läuft etwas schief, stimmt die Balance nicht, findet die Zusammenarbeit nicht auf Augenhöhe statt.

Statt behinderte Menschen zu fördern oder zu empowern, werden sie nicht selten separiert und abhängig gehalten, um sich – im schlimmsten Falle angetrieben von einem [Helfersyndrom](#) – das befriedigende Gefühl gebraucht zu werden, aufrecht erhalten zu können.

Leider unterstützt so manche Beschreibung des Heilerziehungspflegeberufes diese Vorstellungen. Man liest zum Beispiel:

Du wirst sehr viel Verantwortung für deine Schützlinge auf dich nehmen müssen, denn diese sind immer auf dich angewiesen und vertrauen auf deine Unterstützung. Möchtest du einen Beruf ausüben, in dem du sehr viel mit hilfsbedürftigen Menschen zu tun hast, echte Herausforderungen zu bewältigen hast und wo du wirklich gebraucht wirst, dann ist eine Ausbildung zum Heilerziehungspfleger bestimmt das Richtige für dich!

(Quelle: [ausbildung.de](#))

Oder:

Du arbeitest mit Menschen und kannst die positiven Auswirkungen auf die von dir betreuten Menschen direkt erleben. (...) Ich finde es gut, enge Beziehungen und Freundschaften zu den betreuten Menschen aufzubauen.

(Quelle: [Zukunftsberuf Pfleger](#))

Es wird von „Berufung“ (Quelle: Campus Berlin), „fürsorglichem“ Charakter (Quelle: [azubiyo](#)) und der hohen Anerkennung des Berufes durch die Gesellschaft (Quelle: Gesellschaft für Pflege- und Sozialberufe gGmbH) geschrieben.

Behinderte Menschen werden auffällig häufig auf verschiedenen Ausbildungs-Portalen als „Schützlinge“ bezeichnet – eine Zusammenarbeit mit den Betroffenen auf Augenhöhe ist in diesen Konzepten offensichtlich nicht angedacht. Paternalismus pur.

Wenn ich bisher das Thema Heilerziehungspflege kritisch aufgriff, gab es u.a. online heftige, zuweilen gekränkte oder auch einfach uneinsichtige Reaktionen von Heilerziehungspflegenden.

Einige Beispiele:

Du willst nicht geheilt oder gepflegt werden, interessant..... also manche Denkweisen von Menschen mit Behinderung muss ich echt nicht verstehen. Jeder will so leben, wie er es möchte, aber diese Selbstbestimmungsnummer, die kann man auch echt übertreiben.

(Quelle: [Facebook-Kommentar](#))

Ich lasse mir wegen einer Berufsbezeichnung nicht madig machen, dass ich bestimmte Werte veretrete. Und ja – auch muss in meinem Alltag erziehen und pflegen. Das stellt nun mal einen Teil meines Berufes dar und das ist nicht zu verleugnen

(Quelle: [Facebook-Kommentar](#))

Würde viele meiner Bewohner auch lieber im ambulant betreuten Wohnen sehen. Aber dieses ist nunmal bei vielen Behinderungsbildern nicht möglich.

(Quelle: [Facebook-Kommentar](#))

Es ist nunmal Fakt, dass es bei schweren geistigen Behinderungen eine Grenze in den Möglichkeiten der Förderung gibt. Muss man darüber wirklich diskutieren?

(Quelle: [Facebook-Kommentar](#))

Ein Lösungsansatz:

Auch Menschen mit Behinderung, die selbst nicht wissen, welche Assistenz sie genau benötigen, haben einen eigenen Willen, der respektiert werden muss. Mehr noch: Der Wille sollte nicht nur respektiert werden, sondern er ist als Willensbekundung umzusetzender *Arbeitsauftrag*.

Es steht Heilerziehungspflegenden nicht zu, die eigenen Maßstäbe für das Leben anderer Menschen anzulegen. Stattdessen ist es ihre Pflicht, zu prüfen, wie die Wünsche des*der Betroffenen gewahrt und umgesetzt werden können. Entsprechende Ansätze bietet das [Prinzip des Personenzentrierten Denkens und der Persönlichen Zukunftsplanung](#). Dies ist eine Methode zur Unterstützung von Menschen mit hohem Assistenzbedarf. Die individuelle Planung von Perspektiven im Dialog mit den betroffenen Menschen und ihren Angehörigen orientiert sich an den Wünschen und den Zielen des betroffenen Menschen in allen Lebenssituationen (Schule, Beruf, Freizeit, Hobby). Der Ansatz fragt konkret danach, was der Einzelne braucht und will, um sein Leben mit Zufriedenheit und Wohlbefinden führen zu können. Hier wird mit Selbstbestimmung, Empowerment und Kompetenzen gearbeitet.

Der Empowerment-Ansatz geht davon aus, dass der Mensch mit Behinderung immer auch Experte in eigener Sache und dass der Status des Erwachsenseins anzuerkennen und zu würdigen ist. Selbst dann, wenn diese Lebensweise nicht die wäre, die der*die Heilerziehungspflgende Fachkraft für sich selbst als „richtig“ empfinden würde.

Behinderte Menschen wollen nicht geheilt, erzogen und gepflegt werden – sondern wünschen sich Assistenz und Unterstützung, um so selbständig wie möglich zu sein und nach ihren eigenen Vorstellungen leben zu können. Der Mensch mit Behinderung definiert selbst, was er*sie

braucht – ganz egal, welche Behinderung vorliegt. Über die individuellen Bedürfnisse von behinderten Menschen sollte nicht das Personal entscheiden.

Aber nicht nur ein neues Bewusstsein und neue Aufgabenstellungen bezogen auf den Berufsstand der Heilerziehungspfleger*innen sind nötig – auch eine andere Bezeichnung muss her. Eine treffende, wertschätzende, auf Respekt basierende, die den Assistenz-Charakter der Tätigkeit hervorhebt.

In diesem Sinne schlage ich als neue Berufsbezeichnung für die Heilerziehungspflege **Inklusionsassistent*in** vor; als Anwält*innen/Alliierte*innen der Betroffenen unterstützend aktiv zu werden – und nicht als Vormund.

Fragen, die ich zum Thema Heilerziehungspflege mit euch diskutieren möchte:

- Gibt es Ausbilder*innen mit Behinderung?
- Wie inklusiv ist die Ausbildung der Heilerziehungspflege eigentlich?
- Gibt es behinderte Menschen, die diesen Beruf ausüben? Und wenn nein, warum nicht?
- Wird das **medizinische oder das soziale Modell von Behinderung** gelehrt?
- Wie kann verhindert werden, dass die Paternalismus-Falle zuschlägt?
- Welche Ideen, Anregungen und Vorschläge habt ihr zu dem Thema?

Quelle: <https://raul.de/allgemein/ich-moechte-nicht-geheilt-werden/>

2.3 Der Mensch als Individuum und soziales Wesen

2.3.1 Teilhabe

Teilhabe oder Partizipation besagt, am sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben gleichberechtigt mit allen Bürgern, ohne zusätzliche Einschränkungen, teilzunehmen. Niemand darf aufgrund einer Behinderung ausgeschlossen werden. Faktoren, die eine Teilnahme an gesellschaftlichen Prozessen verhindern, müssen beseitigt werden. Barrierefreiheit ist eine Voraussetzung für Teilhabe, sie bezieht sich nicht nur auf rollstuhlgerechte Gebäude oder alternative Kommunikationsmedien, sondern auch auf soziale Barrieren. Teilnahme und Teilgabe (die Möglichkeit, der Gemeinschaft etwas zu geben, also meinen Teil beizutragen) addieren sich zur Teilhabe.

Mit dem 2001 eingeführten ICF-Modell der WHO werden Gesundheitsprobleme (hierzu gehören nach dieser Klassifikation auch Behinderungen) in Qualität und Ausmaß der Einschränkungen von Aktivitäten bestimmt. Dazu zählen ebenso Benachteiligungen in der Teilhabe, also der Interaktion und Partizipation im persönlichen Lebensumfeld und in der Gesellschaft. Die Eingliederung und die Verbesserung der Chancengleichheit werden zum zentralen Auftrag der Rehabilitation. Gesetzlich verankert wird dies im SGB IX, in dem Behinderung als Beeinträchtigung an der Teilhabe zum Ausdruck kommt. Das SGB IX setzt das Benachteiligungsverbot der Verfassung um und rückt nicht länger die Defizitorientierung in den Mittelpunkt. Selbstbestimmung, Wunsch- und Wahlrecht sowie die Teilhabeorientierung bei der Bewilligung und Gestaltung von Hilfen kennzeichnen die Subjektorientierung, den personenzentrierten Assistenz- und Dienstleistungscharakter der Unterstützungsangebote, wie sie leitend für das neue Bundesteilhabegesetz sind.

ICF | 37

SGB IX | 736

Bundesteilhabegesetz | 732

2.3.2 Autonomie

Bedeutung

Der Begriff der Autonomie stammt aus dem Griechischen von autos (Selbst) und nomos (Gesetz) und lässt sich übersetzen mit „sich selbst als Einzelner oder als Gruppe ein Gesetz geben“. Im Völkerrecht bedeutet Autonomie das Recht eines Staates oder von Teilgebieten eines Staates auf Selbstbestimmung. Der Begriff der Autonomie ist stark von Kant geprägt, der dies als Besonderheit des Menschen ansah, als Vernunftwesen sich selbstverantwortlich Gesetze zu geben.

Autonomie 2 | 243

In Bezug auf Menschen in verschiedenen Lebensphasen und -situationen werden zwei **Formen von Autonomie** unterschieden: einerseits die Möglichkeit, Autonomie auszuüben, d. h., tatsächlich eigene Entscheidungen selbstverantwortlich treffen zu können und das eigene Leben zu gestalten. Dies wird häufig auch als Selbstbestimmung bezeichnet.

Selbstbestimmung | 76

Andererseits gilt die grundsätzliche Anerkennung der Autonomie eines Menschen, auch wenn dieser sie nicht ausüben kann, als grundsätzliche Unverfügbarkeit des anderen. Auch ein Neugeborenes, ein Mensch im Koma oder ein Sterbender ist in diesem Sinne autonom, da keinem anderen Menschen zusteht, über ihn zu verfügen.

2.3.3 Selbstbestimmung

Bedeutung

Da niemand alle Aspekte seines Lebens kontrollieren und sein Schicksal in jeder Hinsicht selbst in die Hand nehmen kann, bleibt Autonomie eine Vision. Der Begriff der Selbstbestimmung hingegen reicht weniger weit und bezieht sich immer auf einen konkreten Bereich des Lebens. Schon in der Herleitung des Wortes von seinem griechischen Ursprung wird deutlich, dass die Selbstbestimmung (Autonomie) immer eine Kehrseite hat, zu der sie in einer Spannung steht: die Fremdbestimmung (Heteronomie). Das Erleben von Selbstbestimmung ist ein zentrales Ziel der Heilerziehungspflege. Selbstbestimmung ist zentraler Bestandteil von Lebensqualität. Wenn Menschen die Möglichkeit haben, selbst über ihr Handeln, ihr Verhalten und ihren Körper zu entscheiden, kann sich Lebensqualität entfalten.



Zum Thema Selbstbestimmung finden sich unter anderem bei Aktion Mensch aktuelle und kritische Beiträge: www.aktion-mensch.de/themen-informieren-und-diskutieren

Bindung | 145

Entwicklung von Selbstbestimmung

Im Rahmen der persönlichen Entwicklung eines Menschen sind viele Erfahrungen notwendig, bis er als Person zu selbstbestimmten Entscheidungen gelangen kann, die es ihm möglich machen, das eigene Leben zu planen und darüber entscheiden zu können. Diese Entwicklung verläuft psychologisch in der Regel über die Bindung an Erwachsene, von denen der Mensch sich dann wieder abnabeln kann, um einen selbstbestimmten Weg zu entwickeln. Da Menschen immer auf soziale Beziehungen angewiesen sind, werden sie nie eine vollständige Selbstbestimmung erlangen. Vielmehr werden sie sich immer wieder in teilweise selbst gewählte Fremdbestimmung begeben.

Würden in einer sozialen Gemeinschaft von jedem Mitglied nur selbstbestimmte Ziele verfolgt, hätte die Gruppe kaum dauerhaften Bestand. Eine funktionierende Gemeinschaft beruht darauf, dass alle Mitglieder über Möglichkeiten der Selbstbestimmung verfügen, die erst die Übernahme von Verantwortung für die Gemeinschaft möglich machen. Nur wer über sich entscheiden kann, kann dies auch wieder gewinnbringend in der Gemeinschaft einsetzen.



Lea Krauß ist Spielerin in einer Fußballmannschaft. Sie hat regelmäßig Turniere, die häufig am Wochenende stattfinden. Ihr Ziel, möglichst bei jedem Spiel „ihres“ Vereins dabei zu sein, verfolgt sie konsequent. In ihrer Wohngemeinschaft ist sie deshalb selten dabei, wenn am Wochenende gemeinsam gekocht und geputzt wird. Die Mitbewohner kritisieren ihre Abwesenheit deutlich. Die pädagogischen Mitarbeiter suchen mit ihr das Gespräch, um die Balance zwischen Selbstbestimmung und Verantwortung zu vermitteln.

Begleitung der Entwicklung von Selbstbestimmung

Die Entwicklung der Selbstbestimmung eines Menschen kann von außen unterstützt werden. Die heilerziehungspflegerische Begleitung von Personen richtet sich daher häufig darauf, eine selbstbestimmte Persönlichkeit heranzubilden. Dabei ergibt sich die Paradoxie, dass, um Selbstbestimmung anzuregen, aber zunächst in die Autonomie der Person eingegriffen wird, indem Ziele für sie formuliert werden.



Martin Poser arbeitet in einer WfbM und wohnt in einer betreuten WG. Tim Stropf ist dort als Heilerziehungspfleger tätig und ermuntert Herrn Poser, sich auf einen ausgelagerten Arbeitsplatz zu bewerben. Nachdem sich Herr Poser anfangs sehr gesträubt hat, gefällt ihm das Praktikum so gut, dass es ihm sehr wichtig wird, den Arbeitsplatz zu bekommen.

Paradoxie

(scheinbare) Widersprüchlichkeit

Begleitung von Entwicklungsprozessen zur Selbstbestimmung muss auch damit einhergehen, Risiken zuzulassen, denn nur durch eigene gute wie schlechte Erfahrungen mit Selbst- und Fremdbestimmung kann letztlich Selbstbestimmung erzielt werden. Diese **Dilemmata** müssen Heilerziehungspflegerinnen aushalten und gestalten können.

Dilemma

„Zwickmühle“, Wahl zwischen zwei (gleich unangenehmen) Dingen

Selbstbestimmung von Menschen mit Unterstützungsbedarf

Im Rahmen der Selbstbestimmung suchen Menschen mit Unterstützungsbedarf, zunehmend mehr Einfluss auf die Art und Form der Unterstützung, die sie bekommen, zu erlangen. Auch deshalb wurden im **Sozialgesetzbuch IX** die Selbstbestimmungsmöglichkeiten gestärkt, ist dies ein Kernthema der UN BRK und Bestandteil des Bundesteilhabegesetzes.

Der Verein zur Förderung der Autonomie Behinderter (fab e.V. Kassel) entwickelt Kriterien, anhand derer sich wirkliche Selbstbestimmung erkennen lässt:

„In der etwa 20 Jahre alten Geschichte, in welcher Menschen in Deutschland versuchen, ein selbstbestimmtes Leben mit personeller Hilfe zu führen, haben sich vier ‚Kompetenzen‘ herausgebildet, anhand derer sie beurteilen, ob von Selbstbestimmung in diesem Zusammenhang die Rede sein kann oder nicht:

- 1 Die Organisationskompetenz: WO, WANN, WIE und VON WEM die Hilfe geleistet wird, bestimmt die behinderte Person selbst.
- 2 Die Personalkompetenz: WELCHE ASSISTENTEN konkret die Hilfe

übernehmen sollen, wird von dem Hilfeempfänger bestimmt.

- 3 Die Anleitungskompetenz: Wie die konkrete Hilfe von den Assistenten ausgeführt wird, richtet sich NACH DEN ANWEISUNGEN der behinderten Person, die als ExpertIn in ihrer Angelegenheit eigene Bedürfnisse am besten kennt.
- 4 Die Finanzkompetenz: Die behinderte PERSON SELBST KONTROLLIERT die Steuerung der Finanzierung und sorgt somit für den wirtschaftlichen Umgang der Finanzmittel.“

SGB IX | 736



www.fab-kassel.de

Auf der Homepage des Vereins zur Förderung der Autonomie Behinderter finden Sie viele weitere Informationen.

Quelle: www.fab-kassel.de/assistenten_tagung.html, 8.1.2011

Selbstbestimmung in der Heilerziehungspflege

Heilerziehungspflegerinnen begleiten Menschen mit Unterstützungsbedarf auf dem Weg zu mehr Selbstbestimmung. Dabei bedarf es vielfältiger Entdeckungs- und Erfahrungsangebote. Selbstbestimmung kann sich nur im Spannungsfeld der eigenen Möglichkeiten und Grenzen entwickeln. Hier kann es Aufgabe von Heilerziehungspflegerinnen sein, diesen Entwicklungsprozess zu unterstützen. Sie bewegen sich dabei in ihrer Berufsrealität immer wieder zwischen den Polen der Verteidigung und der Begrenzung von Selbstbestimmungsmöglichkeiten und müssen diese im Sinne der Zielgruppe ihres Handelns ausloten.



Sabine Friedrichs liebt ihren neuen Freund sehr. Andi Müller möchte ein Kind und Sabine Friedrichs ist nicht abgeneigt, als sie die begleitende Heilerziehungspflegerin Sonja Malic um Rat fragt. Diese ist sich unklar, ob Sabine Friedrichs realistisch einschätzt, was es bedeutet, Mutter zu sein, und welche Verantwortung sie für sich selbst und das Kind tragen muss. Sie tauscht sich mit einer Kollegin über ihre Einschätzung aus und dass sie Sabine Friedrichs abraten möchte, ein Kind zu bekommen. Dabei erlebt Sonja Malic es als Konflikt, einerseits die Selbstbestimmungsmöglichkeiten von Sabine Friedrichs einschränken zu wollen und andererseits dem Anspruch auf Förderung und Stützung der Selbstbestimmung nachzukommen. Zugleich möchte sie Sabine Friedrichs stärken, dieses auch in der Partnerschaft zu verwirklichen.

Viele Menschen, die von Heilerziehungspflegerinnen professionell begleitet werden, können nur sehr schwer erkennbar ihre **Selbstbestimmungswünsche** zum Ausdruck bringen und befinden sich im Entwicklungsprozess der eigenen Selbstbestimmung. Hier ist es Aufgabe der Heilerziehungspflegerinnen, durch das Einfühlen in die Person (Empathie) diese Bedürfnisse zu erkennen und zu thematisieren, um diesen Prozess zu unterstützen.

Strukturen in Einrichtungen der Behindertenhilfe können so beschaffen sein, dass Selbstbestimmungswünsche als Störfaktoren erlebt werden. Es ist Aufgabe der Heilerziehungspflegerinnen, diese strukturellen Behinderer von Selbstbestimmung zu erkennen und abzubauen.

2.4 Modelle zur Assistenz und Unterstützung

2.4.1 Empowerment

Bedeutung

Befähigung bzw. Ermächtigung ist die Übersetzung des Begriffs Empowerment. Die Idee, die hinter diesem Begriff steht, lässt sich verkürzt so beschreiben: Menschen mit Beeinträchtigung sollen ermächtigt werden, das Zepter selbst in die Hand zu nehmen. Sie sind die Experten für ihre Lebenssituation, Experten in eigener Sache. Damit geht Empowerment zunächst von Professionellen aus, die benachteiligte Gruppen stärken, führt dann aber auch zu einer Selbstermächtigung und Selbstbefähigung, die unabhängig von der Unterstützung Professioneller macht.

Das Konzept Empowerment ist für die Heilerziehungspflege ein sehr umfangreicher Gedanke. Es geht darum, **Handlungsräume** für Menschen mit Behinderung zu schaffen, in denen sie eigene Stärken entdecken können.

Entstehung

Das Empowerment-Konzept ist von seiner Entstehungsgeschichte her ein politisches Konzept. Die Wurzeln liegen im angloamerikanischen Sprachraum. Ausgangspunkt war die soziale Arbeit mit sozial benachteiligten Gruppen. Diese sollten gestärkt werden, um soziale Ungerechtigkeit zu überwinden, und führten zu einer Protestbewegung. In der **Selbsthilfe** sahen diese Gruppen, z. B. Angehörige von Menschen mit Behinderung und Menschen mit Behinderung, eine Möglichkeit, selbst neue Wege, Einfluss und Macht über das eigene Leben zu erzielen. Sie wollten sich von der Ohnmacht befreien. Dazu nahmen sie ihre Belange selbst in die Hand und besannen sich auf die eigenen Kräfte und Ressourcen. Sie wollten das eigene Leben selbst gestalten und bestimmen.

Stärkerwerden begleiten

Von professionellen Unterstützern verlangt das Empowerment-Konzept ein anderes Rollenverständnis. Es geht nicht darum, für die Adressaten der Unterstützung zu handeln und zu sorgen. Vielmehr unterstützen Begleiter durch kooperative Hilfe, durch klare Parteinahme für die Adressaten diese in ihrem Selbst-Stärkerwerden. Dazu bedarf der Person wahrzunehmen und der Person widerzuspiegeln, damit diese die Stärken vermehrt für sich selbst nutzen und einsetzen kann. Empowerment ist deshalb zunächst ein individueller Ansatz, der sich aber schnell auf die Handlungsfähigkeit in der Gruppe ausweitet. In der Gruppe gleich betroffener oder gleich gesinnter Menschen werden die eigenen Meinungen und Kompetenzen ausgetauscht und dadurch entsteht eine weitere Stärkung der eigenen Ressourcen.





Frau Gardecke wurde von den Betreuern ihrer Wohn Einrichtung für Menschen mit Behinderung ermutigt, sich in den Heimbeirat wählen zu lassen. Durch diese Arbeit nimmt sie ihre eigenen Stärken zunehmend bewusst wahr und wird als Person gestärkt. Im Austausch mit anderen Heimbeiräten erkennt sie, dass andere Personen ähnliche Fähigkeiten und Stärken besitzen und über ähnliche Problemlagen nachdenken. Dies ermutigt sie, die erkannten Unzufriedenheiten auf einer strukturellen Ebene gemeinsam vorzutragen und zu verändern. Das führt auch zu Auseinandersetzungen mit den Betreuern ihrer Gruppe.

So ist **Empowerment** ein gesamtgesellschaftlich verändernder Ansatz, denn gestärkte Menschen können leichter ihre Anliegen in der Gemeinschaft zum Thema vortragen. Empowerment kann sich deshalb leichter im Zusammenspiel mit anderen entwickeln.

Heilerziehungspflegerinnen, die Empowerment-Prozesse begleiten, müssen

- eine konsequente Stärkenperspektive statt einer Sicht der Defizite einnehmen,
- Vertrauen in die Eigenkräfte der Person setzen, sowohl in die der Person, die begleitet wird, wie auch in die eigenen,
- einen Kontext mitgestalten, der Empowerment nicht nur zulässt, sondern förderlich für die Wahrnehmung der eigenen Stärken ist (nicht auf das Fehlende verweisen, sondern das schon Erkennbare und im Verborgenen Erahnbare stützen),
- das soziale Modell von Behinderung für sich verinnerlicht haben,
- sich selbst zurücknehmen können und den Empowerment-Prozess einer Person in der Eigenentfaltungskraft nicht lenken oder behindern,
- auf struktureller Ebene gemeindenahе teilhabeorientierte Unterstützungssettings vorantreiben, den Sozialraum als Ressource der Begleitung einbeziehen.

soziales Modell von
Behinderung | 30
gemeindenahе teilhabe-
orientierte Unterstützungs-
settings 2 | 230

2.4.2 Assistenz

Das Assistenzparadigma löst das Fürsorge- bzw. Betreuungsparadigma ab und führt somit zu neuen Unterstützungsformen.

Im **Paradigma der Fürsorge und Betreuung** galt es, den sogenannten „Behinderten“ gut zu versorgen, sich fürsorglich um ihn zu kümmern. Das bedeutet: Der Betreuer weiß, was gut für den Menschen ist, den er begleitet. Aus dem, was er als fachlich richtig ableitet, ergibt sich sein Handeln. Die Gefahr im Betreuungsparadigma ist, dass die Betreuungsperson nicht beachtet, was die Person, die begleitet wird, für sich selbst als richtig erachtet. Die Motivation für dieses Handeln ist in der Regel positiv: Es sollen fachlich gute Wege und optimale Hilfe angeboten werden.

Fürsorge | 79

Das hat Vorteile für die Person, die betreut wird: Sie kann sich in einer relativ sicheren Situation bewegen, muss wenig „Anstrengung“ entwickeln, um eigene Ideen zu erkennen, und kann sich darauf verlassen, dass es jemanden gibt, der die Richtung vorgibt und es gut mit ihr meint. Doch es gibt auch Nachteile: Das Entwickeln eigener Ideen ist immer überlagert von den Ideen anderer, die es besser wissen und gut mit der betreuten Person meinen. Mittelfristig hat das zur Folge, dass der Bezug zum eigenen Lebensentwurf verloren geht. Die begleitete Person wird in ihrer Eigentätigkeit und Aktivität nicht angefragt, wird aufgrund von Überfürsorge passiv. Diese Form der Hilfe kann eine entmündigende Wirkung entfalten.



Macht | 646
Aggression 2 | 623



Hilfreiche Tipps für das Assistenz-Arbeitgebermodell finden sich unter:
www.forsea.de/tipps/arbeitgeber.shtml#weg

Regiekompetenz

stammt aus der Independent-living-Bewegung. Die Menschen haben Anspruch darauf, die Formen der Hilfe selbst zu bestimmen. Dazu gehören Personalkompetenz, Raumkompetenz und Anleitungskompetenz für die Ausführung der Hilfen.

Im Betreuungsparadigma wird auch ein Machtaspekt deutlich. Der Betreuer hat die Macht, dem Betreuten zu sagen, wohin er gehen soll, der Betreute befindet sich in einer machtloseren Stellung. Seine Macht zeigt er dann möglicherweise an anderer Stelle, indem er beispielsweise Aggressionen oder ein Verhalten zeigt, das viel Energie bei den Begleitern bindet.

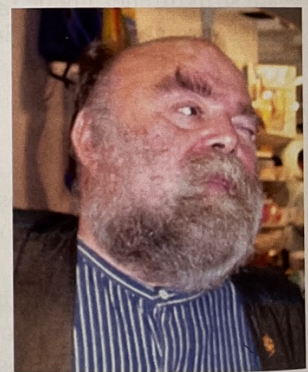
Das Paradigma der Assistenz

Im Assistenzparadigma wird folgendes Rollenverständnis deutlich gemacht: Der Assistenznehmer bestimmt selbst, welche Hilfe er möchte, um selbstbestimmt leben zu können. Der Assistenzgeber, z. B. die Heilerziehungspflegerin, gibt die eingeforderte Unterstützung. Assistenz bedeutet also, auf Wunsch zur Hand zu gehen.

Der Mensch mit Unterstützungsbedarf übernimmt die Führung und zeigt den Weg auf. Bei der Beschreitung des Weges unterstützt dann der Assistenzgeber. Das bedeutet, der Assistenzgeber wird „auf Zuruf“ des Menschen mit Unterstützungsbedarf tätig. Dieser sagt ihm, was er für ihn ausführen und wie er dieses tun soll. Der Assistenzgeber wird zu einer Art verlängertem Arm des Assistenznehmers. Dabei ist es für die Assistenzgeber eine wichtige Kompetenz, die eigenen Vorstellungen zur angefragten Dienstleistung zurückzuhalten. Heilerziehungspflegerinnen müssen diesen Prozess reflektieren und „aushalten“ können.

Übernimmt die Assistenznehmerin umfassende Verantwortung für die eigene Hilfe, wird sie zur Arbeitgeberin. Das bedeutet, dass alle Fragen der Gewinnung geeigneter Assistenten, der Anleitung derselben, der Personalführung und -verwaltung selbstständig ausgeführt werden. Der Begriff Regiekompetenz fasst dieses zusammen.

Zum Weiterdenken Gusti Steiner [Abb. 1], selbst körperbehindert und einer der Vorkämpfer der Behindertenselbsthilfe, machte sich stark für die Eigenbelange von Menschen mit Unterstützungsbedarf. Er verwies darauf, dass die Begriffe Selbstbestimmung und Assistenz Kampfbegriffe der politischen Selbsthilfe Behinderter sind. Gleichzeitig warnte er die pädagogischen Fachleute des alten Behindertenhilfesystems davor, „die Kampfbegriffe der Behindertenbewegung zu inflationieren oder zu pädagogisieren, also unter der Wahrung alter Machtverhältnisse Fähigkeiten zur Selbstbestimmung und zur Assistenz vermitteln zu wollen“. (Steiner, G.: „Selbstbestimmung und Assistenz“. In: Gemeinsam leben – Zeitschrift für integrative Erziehung Nr. 3-99)



[1] Gusti Steiner (1938–2004).
Bürgerrechtler und Sozialarbeiter

Ende der 1990er Jahre stellten die Pädagogen Claudia Hoffmann und Georg Theunissen ein Assistenzkonzept für die Arbeit mit Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung vor [Tab. 1]. Sie differenzieren acht Teilbereiche von Assistenz und verstehen diese als „umfänglichere Assistenz“, in die Aspekte der Unterstützung einfließen. Sie meinen damit, dass aufgrund der intellektuellen Beeinträchtigung der Assistent praktischer Helfer und Bezugsperson zugleich sein muss. Er muss Menschen mit Beeinträchtigung dabei begleiten, auf dem Weg zunehmend selbst für sich zu bestimmen.